

Das WIR entscheidet!



- Tagesordnung
- Geschäftsordnung
- Anträge
- Personalvorschläge

Bezirksparteitag 2013

26. Oktober 2013, Stadthalle Cloppenburg

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
SPD-Bezirk Weser-Ems, Olaf Abdinghoff-Feldkemper, Bezirksgeschäftsführer;
Huntestr. 23, 26135 Oldenburg
Redaktion: Olaf Abdinghoff-Feldkemper, Monika Achtert, Christian Nowski

**©2013 SPD-Bezirk Weser-Ems Irrtum vorbehalten · Alle Rechte, insbesondere
das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung, unter Vorbehalt des
Herausgebers; nur mit schriftlicher Genehmigung.**

**Deckblatt: Individualdruck, Foto: OAF
Druck: Individualdruck, Osnabrück**

Vorläufige Tagesordnung

des Bezirksparteitages SPD Weser-Ems
Samstag, den 26.Oktober 2013 in Cloppenburg

Beginn: 09:30 Uhr

- 1. Eröffnung u. Begrüßung**
Grußworte
Totengedenken
- 2. Konstituierung des Parteitages**
 - a) Wahl eines Präsidiums
 - b) Wahl einer Mandatsprüfungs- und der Zählkommissionen
- 3. Beschlussfassung über Tages- u. Geschäftsordnung**
- 4. Berichte**
 - a) der Vorsitzenden
 - b) der Schatzmeisterin
 - c) der Revisoren
 - d) Aussprache zu den Berichten
- 5. Rede Stephan Weil**
Nds. Ministerpräsident und SPD-Landesvorsitzender
- 6. Bericht der Mandatsprüfungskommission**
- 7 Entlastung des Vorstandes**
- 8. Satzungsändernde Anträge**
- 9. Wahlen**
 - a) der/des Vorsitzenden
 - b) der 3 Stellvertreter/innen
 - c) des/der Schatzmeisters/in
 - d) der Beisitzer/innen
 - e) der Revisoren
 - f) der Schiedskommission
 - g) der Delegierten (21) zu Bundesparteitagen
 - h) der Delegierten (7) zum Parteikonvent
- 10. Anträge und Entschließungen**
- 11. Hermann-Tempel-Preisverleihung**
- 12. Schlusswort des/der gewählten Bezirksvorsitzenden**

Vorläufige Geschäftsordnung

des Bezirksparteitages SPD Weser-Ems

Samstag, den 26.Oktober 2013 in Cloppenburg

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die von den Unterbezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Bezirksvorstandes.

Mit beratender Stimme nehmen teil:

- a) die Mitglieder des Kleinen Bezirksparteitages
 - b) die Revisorinnen und Revisoren
 - c) die Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordneten des Bezirks
 - d) die Mitglieder der Antragskommission
 - e) die Vorsitzenden der Bezirksarbeitsgemeinschaften bzw. deren Stellvertreterinnen oder Stellvertreter
 - f) die Vorsitzenden der Bezirksarbeitskreise, -kommissionen und -projektgruppen
 - g) die Unterbezirksvorsitzenden
 - h) die Unterbezirksgeschäftsführer
 - i) die Parteitagsreferentinnen und Parteitagsreferenten
2. Der Parteitag ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend ist. Die Beschlussunfähigkeit wird nur auf Antrag festgestellt.
 3. Die Beschlüsse des Parteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst, soweit die Statuten der Partei nicht anderes vorschreiben.
 4. Die Wahlen erfolgen nach der Wahlordnung der SPD (i.d.F. vom 4.12.2011). Wahlen zu Parteiämtern erfolgen in getrennten Wahlgängen mittels Stimmzettel.
 5. Wahlvorschläge für Parteiämter müssen bis zu einem vom Parteitag festzulegenden Termin dem Präsidium vorliegen.
 6. Die Redezeit der Diskussionsrednerinnen und Diskussionsredner beträgt 3 Minuten. Sie erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldungen das Wort. Die Wortmeldungen werden erst nach Beendigung des Referats oder der Berichte entgegengenommen. Sie erfolgen unter Angabe des Unterbezirks, dem die Rednerin und der Redner angehören.
 7. Initiativanträge müssen von mindestens 30 Delegierten unterschrieben sein. Sie müssen bis zu einem vom Parteitag festzusetzenden Termin dem Präsidium vorliegen. Es gelten die Regelungen des Bezirksstatuts §13 (4).
Änderungsanträge müssen schriftlich beim Tagungspräsidium eingereicht werden.
 8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragstellerinnen und Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge das Wort. Die Abstimmung erfolgt, wenn je eine Rednerin oder Redner für oder gegen den Antrag gesprochen hat.
Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt 2 Minuten.
 9. Berichterstatte(r)innen und Berichterstatte(r) können außerhalb der Reihenfolge das Wort erhalten.
 10. Persönliche Erklärungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig. Sie müssen der Verhandlungsleitung schriftlich vorgelegt werden.
 11. Während der Dauer des Parteitages tagen seine Gremien parteiöffentlich.

SPD-Bezirksparteitag 2013

Anträge

Antragsübersicht

SPD Weser-Ems Bezirksparteitag 2013 – Stand: 2. Oktober 2013

Nr.	Thema	Antragsteller
	Satzungsänderung	
1	§ 23 Bundestagswahl und Landtagswahl	Bezirksvorstand
2	Rederecht für SGK auf Parteitag	UB Oldenburg-Land
3	§ 23 Bezirksstatut	UB Oldenburg-Stadt
A	Arbeit	
1	Missbrauch von Werkverträgen Einhalt gebieten	UB Aurich
2	Deutliche Einschränkung der Leiharbeit	UB Aurich
3	Strenge Regulierung auf dem Arbeitsmarkt	Juso-Bezirkskonferenz
4	Werkverträge: Umsetzung der Verordnung (EG) 853/2004 und 853/2004	AfA-Bezirksvorstand
5	Abschaffung von befristeten Arbeitsplätzen	UB Oldenburg-Land
6	Gleicher Lohn für Beschäftigte in Leiharbeit	KV Friesland
B	Bildungspolitik	
1	Dritte pädagogische Fachkraft keine freiwillige Leistung	UB Aurich
2	Frühkindliche Bildung – jetzt erst Recht	Juso-Bezirkskonferenz
3	Lernmittelausleihe Sek II	Juso-Bezirkskonferenz
4	Inklusion an Grundschulen	UB Oldenburg-Land
5	Qualifizierte Drittkraft in den Kindertagesstätten mit Betreuungsplätzen für unter Dreijährige	KV Grafschaft Bentheim
6	Personelle und finanzielle Unterstützung der Ganztagschulen	KV Grafschaft Bentheim
7	Inklusionspädagogik	KV Grafschaft Bentheim
8	Freie Lehrstellen in ländlichen Bereichen besetzen	KV Friesland
E	Energiepolitik	
1	Neue Perspektiven für Deutschlands Energiepolitik	Juso-Bezirkskonferenz
2	EEG Umlage Berechnung	AfA-Bezirksvorstand
3	Stromsteuer senken – Privilegierung bei EEG-Umlage begrenzen	UB Oldenburg-Land
I	Internationales	
1	Für eine neue Außen- und Sicherheitspolitik	Juso-Bezirkskonferenz
2	Beschränkung der deutschen Rüstungslieferungen	UB Oldenburg-Land
KV	Kommunales und Verkehr	
1	Verbesserung der Trinkwasserqualität	KV Grafschaft Bentheim

2	Neuverhandlung der Regionalisierungsmittel	OV Stadland
3	Stellenausschreibung	KV Wilhelmshaven
4	Beschleunigung von nationalen Infrastrukturprojekten	OV Stadland
5	Stärkung der kommunalen Rechte bei „Schrottimmobilien“	KV Wilhelmshaven
6	Planungshoheit der Gemeinde stärken Privilegierungen im Baugesetzbuch aufheben	UB Oldenburg-Land
7	Stärkung der Ortsräte	KV Osnabrück-Land
8	Trinkwasser ist ein Grundrecht – Privatisierung stoppen!	UB Aurich
9	Sicherung der Dorferneuerung	UB Aurich
10	Gründung von Wohnungsbaugesellschaften	Juso-Bezirkskonferenz
11	Pfand gehört daneben – Solidarität mit PfandflaschensammlerInnen	Juso-Bezirkskonferenz
12	Gewerbesteuern	KV Friesland
13	Wasserversorgung ist kommunale Daseinsvorsorge	KV Friesland
P	Partei	
1	Berufstätigkeit Kandidaten	KV Wilhelmshaven
2	SPD auch als Hörbuch	UB Aurich
3	Überprüfung der Beitragsverteilung	KV Emsland
S	Soziales und Gesundheit	
1	Keine Anrechnung der Riesterrente auf Grundversicherung (SGB XII)	UB Aurich
2	Sozialverträgliche Stromtarife	UB Aurich
3	Bezahlbare Mieten in Städten und Gemeinden	UB Aurich
4	Abschaffung der zeitlichen Vergütung im Pflegeausrichtungsgesetz	UB Aurich
5	Wohnungsgenossenschaften	UB Aurich
6	Fachkräftemangel in der Pflege beheben	UB Aurich
7	Soziales Wohnen ermöglichen – Wohnraum sozial gestalten	Juso-Bezirkskonferenz
8	Mütterrente	AG 60plus Bezirksvorstand
9	Koalitionsvereinbarung schnell umsetzen	UB Oldenburg-Land
10	Gleiche Anrechnung von Kindererziehungszeiten	UB Oldenburg-Land
11	Deutliche Anhebung des Kindergeldes für untere Einkommensbezieher	UB Oldenburg-Land
12	Anpassung des Hartz IV Satzes	UB Oldenburg-Land
13	Entlohnung in der Altenpflege	KV Grafschaft Bentheim
14	Rente: Gleichbehandlung der Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder	KV Friesland

SI	Sicherheit und Inneres	
1	Kommunale Handlungsfelder gegen Rechtsextremismus	Bezirksvorstand
2	Aufgabenänderung und Verselbständigung des Standorts Bramsche und Landesaufnahmebehörde Nds.	KV Osnabrück-Land
3	Abschaffung der Umstellung Sommer/Winterzeit	KV Osnabrück-Land
4	Frei, schnell, für alle, überall: Zugänge zum Internet ausbauen – Netzneutralität bewahren!	UB Aurich
5	Kein Einsatz von Kampfdrohnen durch die Bundeswehr	UB Aurich
6	Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz	UB Aurich
7	Ferientermine entzerren	UB Aurich
8	Wohnungsabzocke stoppen – BestellerInnenprinzip einführen	Juso-Bezirkskonferenz
9	Bezüge Bundespräsident	Juso-Bezirkskonferenz
10	Rentenversorgung Politiker	KV Wilhelmshaven
11	NPD-Verbot	UB Oldenburg-Land
12	Schließung Nordhorn - Range	KV Grafschaft Bentheim und Emsland
U	Umwelt	
1	Schutz der Bienen	OV Stadland
2	Fracking in sensiblen Bereichen verbieten	UB Aurich
3	Ungebremste Errichtung von Biogasanlagen stoppen – Förderung begrenzen	UB Oldenburg-Land
4	Generelles Verbot von Fracking	KV Emsland
WF	Wirtschaft und Finanzen	
1	ÖPP	AfA-Bezirksvorstand
2	Die Einführung der kaufmännischen Buchführung für das Land Niedersachsen	OV Stadland
3	Spekulationen an den Rohstoffmärkten begrenzen	KV Osnabrück-Land
4	Managergehälter begrenzen	UB Aurich
5	Keine Bürgschaften für den Bau von AKW`s	UB Aurich
6	Angemessene Beiträge der Vermögenden zur Bewältigung der Finanzkrise	UB Aurich
7	Zukunftsplan Nord-West	Juso-Bezirkskonferenz
8	Spekulationen auf Lebensmitteln	UB Oldenburg-Land
9	Änderung des Niedersächsischen Gaststättengesetzes (NGastG)	UB Oldenburg-Land
10	Maritimer Koordinator für Europa	Bezirksvorstand

SPD-Bezirksparteitag 2013

Satzungsänderung

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

2 **Antrag Nr. 1 Satzungsänderung**

3 **Antragsteller: Bezirksvorstand**

4 **Satzungsänderungsantrag**

5
6 **Der SPD-Bezirksparteitag möge folgende Änderung der Bezirks-**
7 **satzung beschließen:**

8
9 **§ 23 Bundestags- und Landtagswahl**

10
11 *(1) Die Wahl von Kandidat/-innen zu Bundes- und Landtagswahlen*
12 *erfolgt nach Vorgabe der Statuten der Sozialdemokratischen Partei*
13 *Deutschlands und den Vorgaben der jeweiligen Wahlgesetze.*

14
15 (2) ~~a) Die~~ Delegierten zu Bundes- und Landtagswahlkreis-
16 konferenzen und zu Unterbezirks- bzw. Kreisverbands-
17 delegiertenkonferenzen sind von den Mitgliedern der
18 SPD-Ortsvereine in den Ortsvereinen des Wahlkreises
19 bzw. des Unterbezirks oder Kreisverbandes zu wählen.

20
21 ~~(2) Diese Mitgliederversammlung besteht~~

22 *b) Mitgliederversammlungen bestehen* aus den zum
23 Zeitpunkt des Zusammentritts im Wahlkreis wahlbe-
24 rechtigten Mitgliedern der Partei nach Maßgabe der
25 Wahlgesetze.

26
27 (3)
28 - (8) unverändert

29
30 Weiterleitung an:

- 31 - SPD-Landtagsfraktionen
- 32 - SPD-Landesparteitag
- 33 - SPD-Bundestagsfraktion
- 34 - SPD-Bundesparteitag
- 35 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

49 **Antrag Nr. 2 Satzungsänderung**

50 **Antragsteller: UB Oldenburg-Land**

51 **Satzungsänderungsantrag**

52 **Der SPD-Bezirksparteitag möge folgende Änderung der Bezirks-**
53 **satzung beschließen:**

54
55 Der Bezirksvorstand wird gebeten, sein Bezirksstatut dahingehend
56 zu verändern, dass der/die Vorsitzende oder ein/e Vertreter/in der
57 SGK Weser-Ems bei den Bezirksparteitagen sowie kleinen Bezirks-
58 parteitagen Antrags- und Rederecht erhält.

59
60 Des Weiteren wird der Bezirksvorstand gebeten, dass außerstatua-
61 risch der/die Vorsitzende oder ein/eine Vertreter/in der SGK We-
62 ser-Ems zu den Bezirksvorstandssitzungen und den Bezirkspartei-
63 tagen hinzu geladen und beratend teilnehmen kann.

- 64
65 Weiterleitung an:
66 - SPD-Landtagsfraktionen
67 - SPD-Landesparteitag
68 - SPD-Bundestagsfraktion
69 - SPD-Bundesparteitag
70 - andere:

71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94

Empfehlung der
Antragskommission:

**Überweisung an
den Bezirksvorstand
mit der Bitte
um Aufnahme in
die Geschäftsordnung**

95 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

96 **Antrag Nr. 3 Satzungsänderung**

97 **Antragsteller: UB Oldenburg-Stadt**

98 **Satzungsänderungsantrag des §23 des Bezirksstatut**

99

100 **Der SPD-Bezirksparteitag möge folgende Änderung der Bezirks-**
101 **satzung beschließen:**

102

103 Zur Umsetzung der Beschlüsse des Bundesparteitages im Dezem-
104 ber 2011 Berlin und gemäß dem gültigen Organisationsstatut des
105 SPD §12, (4) wird das Statut des Bezirkes Weser-Ems in folgender
106 Weise geändert:

107

108 **§ 23 Bundestags- und Landtagswahl**

109 (1) Die Kandidatinnen und Kandidaten für die Bundes- und Land-
110 tagswahlen können in Mitgliedervollversammlungen oder Dele-
111 giertenkonferenzen aufgestellt werden. Die Entscheidung über das
112 Verfahren treffen die betroffenen Unterbezirks- oder Kreisvor-
113 stände.

114 Werden die Kandidatinnen und Kandidaten durch eine Delegierten-
115 konferenz bestimmt, so sind die Delegierten zu Bundes- und Land-
116 tagswahlkreiskonferenzen und zu Unterbezirks- bzw. Kreisver-
117 bandsdelegiertenkonferenzen von den Mitgliedern der SPD-
118 Ortsvereine in den Ortsvereinen des Wahlkreises bzw. des Unter-
119 bezirks oder Kreisverbandes zu wählen.

120

121

122 Weiterleitung an:

123 - SPD-Landtagsfraktionen

124 - SPD-Landesparteitag

125 - SPD-Bundestagsfraktion

126 - SPD-Bundesparteitag

127 - andere:

128

129

Empfehlung der
Antragskommission:

Erledigt durch Annahme
Antrag 1

SPD-Bezirksparteitag 2013

A

Arbeit

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

Antrag Nr. A 1

Antragsteller: UB Aurich

Missbrauch von Werkverträgen Einhalt gebieten

Der SPD – Bezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert die Bekämpfung des Missbrauchs von Werkverträgen unter anderem als Dumpinginstrument. Sie fordert eine klare gesetzliche Unterscheidung zwischen echten und Scheinverträgen sowie scharfe Sanktionen bei vorsätzlicher Falschetikettierung. Außerdem müssen die Betriebsräte und Personalräte über den Einsatz von Werkverträgen mitbestimmen können.

Im Einzelnen sind für die SPD im Bezirk Weser-Ems folgende Eckpunkte für die Regulierung des Instruments Werkverträge notwendig:

- Die Abgrenzung „echter“ Werkverträge von Umgehungswerkverträgen. Für den Fall, dass ein solcher Umgehungswerkvertrag vorliegt, muss sichergestellt sein, dass seine Ziele, nämlich das Vorenthalten von Entgelt- und sonstigen Ansprüchen aus dem Arbeitsverhältnis und die Umgehung von ansonsten bestehenden Rechten, vereitelt werden.
- Bei Auslagerung von Tätigkeiten in Werkvertragsarbeit muss Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Widerspruchsrecht eingeräumt werden.
- Dem Betriebsrat/Personalrat und einer im Betrieb des Auftraggebers vertretenen Gewerkschaft ist ein Verbandsklagerecht auf Feststellung des Vorliegens eines missbräuchlichen Werkvertrages einzuräumen mit der Rechtsfolge, dass für die betroffenen Beschäftigten Arbeitsverträge mit dem Auftraggeber entstehen.
- Die Abgrenzung von Selbstständigkeit und Scheinselbstständigkeit muss gesetzlich präziser erfolgen.
- Eine Beweisumkehrlast, wodurch der Auftraggeber nachweisen muss, dass es sich nicht um Scheinselbstständigkeit handelt.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung:

Streichung Zeile 31 -36

Empfehlung der
Antragskommission:

45 Weiter ist die Mitbestimmung von Betriebsräten und Perso-
46 nalräten bei Fremdvergabe von Aufträgen auszubauen. Dazu
47 gehören insbesondere:

- 48
- 49 - eine umfassende Informationspflicht des Arbeitgebers über
50 Fremdvergabe.
 - 51
 - 52 - die Aufstellung einer mittelfristigen Fremdleistungsplanung
53 und Beratungspflicht mit den Betriebs- und Personalräten.
 - 54
 - 55 - Mitbestimmung bei Einstellung von Fremdfirmenbeschäftig-
56 ten bei Einsatz im Auftraggeber-Betrieb.
 - 57
 - 58 - Ein Widerspruchsrecht gegen Fremdvergabe, wenn dadurch
59 Stammarbeitsplätze gefährdet werden.
 - 60

61 Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert den SPD-Parteivorstand
62 und die SPD-Bundestagsfraktion auf, entsprechende Initiati-
63 ven gegen den Missbrauch von Werkverträgen zu ergreifen
64 bzw. nach der Bundestagswahl am 22. September 2013 wie-
65 der aufzugreifen.

- 66
- 67 Weiterleitung an:
- 68 - SPD-Landtagsfraktionen
 - 69 - SPD-Landesparteitag
 - 70 - SPD-Bundestagsfraktion
 - 71 - SPD-Bundesparteitag
 - 72 - andere:

73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95

97 **Antrag Nr. A 2**

98 **Antragsteller: UB Aurich**

99 **Deutliche Einschränkung der Leiharbeit**

100
101 Der SPD – Bezirksparteitag möge beschließen:

102
103 Die SPD im Bezirk Weser-Ems tritt für eine deutliche Einschrän-
104 kung der Leiharbeit und für das Prinzip gleiche Bezahlung für glei-
105 che Arbeit ein.

106
107 **Wir fordern:**

108 Begrenzung der Leiharbeit. Dazu ist das Arbeitnehmerüberlas-
109 sungsgesetz zu ändern. Es muss das Prinzip der Gleichbehandlung
110 beim Entgelt und bei den Arbeitsbedingungen gelten;

- 111
- 112 • Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter dürfen nur für kurzfris-
113 tige Engpässe eingesetzt werden;
- 114
- 115 • mehr Mitbestimmungsrecht für Betriebsräte in
116 Entleihbetrieben;
- 117
- 118 • die Wiedereinführung des Synchronisationsverbots, damit
119 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter nah ihrem Einsatz in
120 Entleihbetrieben nicht entlassen werden;
- 121
- 122 • eine Übernahmeverpflichtung für die Entleihbetriebe nach
123 drei Monaten;
- 124
- 125 • die Einbeziehung der Leiharbeiterinnen und Leihar-
126 arbeitnehmer für die Berechnung von Betriebsratsmandaten
127 und der Freistellung von Betriebsräten;
- 128
- 129 • die Übernahme von Auszubildenden hat Vorrang vor der
130 Einstellung von Leiharbeiterinnen und Leiharbeit-
131 nemern;
- 132
- 133 • im Streikfalle dürfen Leiharbeiterinnen und Leihar-
134 arbeitnehmer nicht eingesetzt werden.

- 135
136 Weiterleitung an:
- 137 - SPD-Landtagsfraktionen
 - 138 - SPD-Landesparteitag
 - 139 - SPD-Bundestagsfraktion
 - 140 - SPD-Bundesparteitag
 - 141 - andere:

**Empfehlung der
Antragskommission:**

**Annahme in geänderter
Fassung:**

Anfügen ab Zeile 113:
durch die
Wiedereinführung
maximalen Dauer von 2
Jahren für die
Inanspruchnahme von
Leiharbeit.

Ergänzen ab Zeile 134:
..., wie es der neue
Tarifvertrag zur Leiharbeit
ausschliesst.

143 **Antrag Nr. A 3**

144 **Antragsteller: Juso-Konferenz**

145 **Strenge Regulierung auf dem Arbeitsmarkt**

146 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:
147

148 **Gerechte Arbeit - JETZT!**

149 Auf dem deutschen Arbeitsmarkt nimmt der Anteil der pre-
150 kären Arbeitsverhältnisse einen gefährlich großen Anteil ein.
151 Menschen ohne Langzeit Perspektiven, Vollzeitbeschäftigte
152 die nicht von ihrem Einkommen alleine leben können und die
153 Ausbeutung durch Werkverträge müssen ein Ende finden.
154 Die Jusos im Bezirk Weser Ems fordern strenge Regulierun-
155 gen auf dem Arbeitsmarkt.
156

157 **Mindestlohn**

158 In vielen Fällen, z.B. in Minijob- oder Werkvertragsverhältnis-
159 sen, werden Löhne weit unter dem Existenzminimum be-
160 zahlt. Daraus resultiert, dass Vollzeitbeschäftigte, die eigent-
161 lich Steuern und Sozialabgaben zahlen könnten, darauf an-
162 gewiesen sind sich Unterstützung vom Staat zu holen. Das
163 führt zu klammen Sozialkassen und Altersarmut.

164 **Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn, dessen Einfüh-
165 rung längst überfällig ist. Dieser ist die Grundlage um die
166 Ausbeutung zu stoppen und Vollzeit-Arbeit zu würdigen. Die
167 geforderten 8,50€ sollten das absolute Minimum sein, da wir
168 selbst das bei einer Arbeitszeit von 30-40 Wochenstunden
169 als unzureichend erachten.**
170

171 **Leiharbeit / Zeitarbeit**

172 Der eigentliche Hintergrund der Leiharbeit, einen Einstieg in
173 den Arbeitsmarkt zu finden und die Möglichkeit auf Produk-
174 tionsspitzen flexibel zu reagieren, hat sich nicht bestätigt.
175 Stattdessen nutzen die ArbeitgeberInnen die Arbeitnehme-
176 rInnen immer mehr dadurch aus. Ganze Belegschaften wur-
177 den schon entlassen und in neue Leiharbeitsverhältnisse
178 übernommen.
179

180 **Wir fordern:**

- 181 - ArbeitnehmerInnenüberlassung nicht länger als 12 Monate
- 182 - Der Anteil der Leiharbeitsverhältnisse darf nicht größer als
- 183 0,1% der Stammsbelegschaft übersteigen
- 184 - Die Möglichkeit den "Equal Pay" Grundsatz durch eigene
- 185 Tarifverträge zu umgehen muss verschwinden, stattdessen
- 186 muss für jedes Leiharbeitsverhältnis das gleiche Geld und ein
- 187 Risikoaufschlag bezahlt werden

Empfehlung der
Antragskommission:

**Annahme mit folgenden
Änderungen:**

Z. 165: ... einen
flächendeckenden ...

Streichen der Z. 181 – 191:
Erledigt durch Annahme
A2

- 188 - Die Einstellung von LeiharbeiterInnen muss begrün-
189 det sein (Produktionsspitzen / Expertenwissen)
190 - Die Einstellung darf nur über die Arbeitsagentur vermittelt
191 werden, die unsere geforderten Grundsätze überprüft
192

Werkverträge

194 Durch die leichten unzureichenden Regelungen der Leihar-
195 beit, umgehen ArbeitgeberInnen ArbeitnehmerInnenrechte
196 durch den Einsatz über Werkverträge.

197 **Wir fordern die strenge Regulierung der Werkverträge, die**
198 **den Einsatz stark begrenzen und nur dort zugelassen wer-**
199 **den, wo sie sinnvoll eingesetzt werden können. Dazu gehört**
200 **dringend eine Meldepflicht, die transparent macht, wo unter**
201 **welchen Bedingungen Werkverträge geschlossen wurden.**
202

Mitbestimmung

204 Viele prekäre Beschäftigungsarten werden durch fehlende
205 Mitbestimmungsstrukturen gefördert, bzw. unzureichend
206 bekämpft. Nur wenige, die sich in solcher Beschäftigung be-
207 finden, wissen von den Möglichkeiten das Betriebsverfas-
208 sungs-gesetz. Hinzu kommen die geschürten Existenzängste,
209 durch die sich diese Menschen schlicht nicht trauen Mitbes-
210 timmungsstrukturen im Betrieb aufzubauen.

211 **Wir fordern:**

- 212 - In den Berufsschulen muss es bei jeder Aus- und Weiterbil-
213 dungsart einen verpflichtenden Teil zum Thema Mitbestim-
214 mung geben
215 - Die Mitbestimmungsmöglichkeiten durch das Betriebsver-
216 fassungsgesetz müssen gestärkt werden
217 - Schon während der Neugründung von Betriebsräten muss
218 bereits der Kündigungsschutz greifen
219

Arbeitszeit

221 Der "Acht Stunden Tag" ist mittlerweile etwa 150 Jahre alt
222 und wurde seitdem kaum noch angetastet. Seitdem stiegen
223 aber die Produktivität der Betriebe und die Arbeitsbelastung
224 für jedeN EinzelneN deutlich an. Auch die psychischen Er-
225 krankungen gehören immer mehr zum Alltag. "Burnout" ist
226 aber keine Modekrankheit, sondern ein Resultat der immer
227 stärker steigenden Belastung.

228 **Wir fordern die Regel-Arbeitszeit auf 30 Stunden/Woche zu**
229 **reduzieren um die Arbeitsbelastung zu kompensieren und**
230 **die Gesundheit zu stärken. Die maximale Arbeitszeit soll auf**
231 **45 Stunden/Woche begrenzt werden um Überstunden zu**
232 **begrenzen.**
233

234 Weiterleitung an:

- 235 - SPD-Landtagsfraktionen
236 - SPD-Landesparteitag
237 - SPD-Bundestagsfraktion
238 - SPD-Bundesparteitag
239 - andere:

240

Streichen der Z. 217-218:
Bereits im BetrVG
geregelt.

Ändern Z. 228-232:
Wir fordern die
Reduzierung der
Arbeitsbelastung und
Stärkung der Gesundheit
der ArbeitnehmerInnen
durch einen maximale
wöchentliche Arbeitszeit
von 45 Stunden, um
Mehrarbeit wirkungsvoll
zu begrenzen.

241
242
243
244
245
246
247
248
249
250
251
252
253
254
255
256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283
284
285
286

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

Antrag Nr. A 4

Antragsteller: AfA Bezirksvorstand

Werkverträge: Umsetzung der Verordnung (EG) 853/2004 und 854/2004

Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

Sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass der Artikel 4 der Verordnung (EG) 853/2004 und Artikel 3 der Verordnung 854/2004 durch die zuständigen Behörde wortgetreu umgesetzt werden.

Begründung:

Nach Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 853/2004 dürfen Lebensmittelunternehmen in der Gemeinschaft hergestellte Erzeugnisse tierischen Ursprungs nur in den Verkehr bringen, wenn sie ausschließlich in Betrieben be- und verarbeitet worden sind, die eine EU-Zulassung haben.

Die bisherige Praxis ist, dass besonders in der Fleischindustrie Erzeugnisse erstellt werden, von Werkvertragsunternehmen be- und verarbeitet worden sind, die keine EU-Zulassung haben.

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die als Beschäftigte eines Werkvertragsnehmers im Unternehmen des Werkvertragsgebers tätig sind, unterliegen weder der Kontrolle noch der Zugriffsmöglichkeit des Werkvertragsgebers. Damit steigt das Risiko der unsachgemäßen Behandlung von Produkten tierischen Ursprungs in Falle einer Havarie oder eines bewussten illegalen Handelns. Dabei ist es unerheblich ob es sich um Unternehmen aus dem In- oder Ausland handelt.

Ein Unternehmen, das im Rahmen eines Werkvertrages beim Werkvertragsgeber seinen Auftrag erfüllt, hat die entsprechende Zulassung nach Artikel 3 der Verordnung (EG)854/2004 nachzuweisen.

Die korrekte Umsetzung der Verordnung (EG) 853/2004 und 854/2004 führt zur Beendigung von Werkvertragsarbeit in vielen Branchen der Ernährungswirtschaft. Dazu zählen mindestens die Fleisch-, Milch- Fettwirtschaft und das Backgewerbe.

Weiterleitung an:

- SPD-Landtagsfraktionen
- SPD-Landesparteitag
- SPD-Bundestagsfraktion
- SPD-Bundesparteitag
- andere:

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

287 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

288 **Antrag Nr. A 5**

289 **Antragsteller: UB Oldenburg-Land**

290 **Abschaffung von befristeten Arbeitsplätze**

291
292 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

293
294 Der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems fordert die Bundestagsfraktion auf
295 sich dafür einzusetzen, dass in den Bundestag eine Gesetzesinitiative
296 eingebracht wird, die die Befristung von Arbeitsplätzen in der gewerbli-
297 chen Wirtschaft generell abschafft.

298
299 **Begründung:**

300 Arbeitnehmer die von Unternehmen eingestellt werden, haben generell
301 eine Probezeit zu absolvieren in der der Unternehmer die Eignung des
302 Arbeitnehmers feststellen kann. Darüber hinaus können Arbeitnehmer
303 in wirtschaftlich schlechten Zeiten betriebsbedingt gekündigt werden.
304 Dieses Instrumentarium ist für Unternehmen ausreichend.

305
306 Die Befristung von Arbeitsplätzen in der Wirtschaft ist unsozial und
307 menschenunwürdig und setzt insbesondere junge Menschen einer un-
308 gewissen Zukunft aus.

309 Weiterleitung an:

- 310 - SPD-Landtagsfraktionen
- 311 - SPD-Landesparteitag
- 312 - SPD-Bundestagsfraktion
- 313 - SPD-Bundesparteitag
- 314 - andere:
- 315

316
317
318
319
320
321
322
323
324
325
326
327
328
329
330
331
332

**Empfehlung der
Antragskommission:**

**Annahme mit folgenden
Änderungen:**

Streiche Z. 295-296, setze:
... eingebracht wird, die die
sachliche Begründung, die
zeitliche Begrenzung auf
max. 2 Jahre festlegt und
die Beschäftigung mit
sogenannten
Kettenverträgen
ausschliesst.

334 **Antrag Nr. A 6**

335 **Antragsteller: KV Friesland**

336 **Gleicher Lohn für Beschäftigte in Leiharbeit**

337
338 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

339
340 Menschen in Leiharbeit **müssen** mindestens den gleichen
341 Lohn ausbezahlt bekommen, wie das Stammpersonal glei-
342 cher Qualifizierung eines Betriebes (angelehnt an den für die
343 Region gültigen Flächentarifvertrag). Außerdem sind ihnen
344 die Mehrkosten für Unterkunft, Verpflegung und Fahrten
345 entsprechend zu erstatten. Dieses muss von Beginn der Ar-
346 beitsaufnahme an gelten. Einarbeitungszeiten dürfen keine
347 Rolle spielen.

348
349 **Begründung:**

350 Leiharbeit greift immer mehr um sich. Leiharbeiter werden
351 statt fest angestellten Personals in vielen Betrieben immer
352 mehr eingesetzt, teilweise über mehrere Jahre. Sie arbeiten
353 in den meisten Fällen für einen geringeren Lohn, oft bekom-
354 men sie als gut ausgebildete Fachkräfte für fachliche Tätig-
355 keiten nur um die 10,- Euro Stundenlohn und haben häufig
356 erhebliche Einschränkungen in ihren nach Bundessozialge-
357 setz verbrieften Rechten (Rentenansprüche usw.) in Kauf zu
358 nehmen. Sie gelten bei Aufnahme einer Tätigkeit beim
359 nächsten Entleiher wieder als nicht eingewiesenes Personal
360 und haben kaum Chancen, aufzusteigen. Hier handelt es sich
361 um ein Aushebeln der von den Arbeitnehmervertretungen
362 ausgehandelten Verträge mit den Arbeitgebern. Auch die Be-
363 triebsräte sind für diese Arbeitnehmer nicht entsprechend
364 zuständig. Damit wird einer Zweiklassengesellschaft Vor-
365 schub geleistet und Flächentarifverträge werden ausgehe-
366 belt. Leiharbeit war ursprünglich dazu gedacht, Auftragsspit-
367 zen in Firmen abzuwickeln, Menschen wieder in Arbeit zu
368 bringen und größere Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Bei der
369 derzeitigen Gesetzeslage tritt aber das Gegenteil ein, so dass
370 immer mehr feste Arbeitsplätze verloren gehen und Leihar-
371 beitsfirmen Konjunktur haben. Dieses trifft vor allem junge
372 Menschen, die, einmal in Leiharbeitsverhältnissen, fast keine
373 Chance haben, in dem regulären Arbeitsmarkt zu wechseln.
374 Sie können sich keine Zukunft aufbauen und sind häufig auf
375 aufstockende Zahlungen durch den Staat angewiesen. Dieser
376 unhaltbare Zustand muss schnellstens korrigiert werden.
377 Wenn die Leiharbeitsfirmen sich hiergegen sperren, dann
378

Empfehlung der
Antragskommission:

**Annahme in folgender
Fassung:**

... mindestens nach den einschlägigen Tarifverträgen für die Leiharbeit entlohnt werden. Zusätzlich sind die tariflichen Branchenzuschläge von dem Unternehmen, das die Leiharbeiter beschäftigt, zu zahlen. Außerdem sind ihnen die Mehrkosten für Unterkunft, Verpflegung und arbeitsbedingte Fahrten zu erstatten. Einarbeitungszeiten müssen sich nach den jeweiligen tariflichen Bestimmungen richten.

379 muss die Verleihung von Arbeitskräften Aufgabe der Agentur
380 für Arbeit werden.

381

382 Weiterleitung an:

383 - SPD-Landtagsfraktionen

384 - SPD-Landesparteitag

385 - SPD-Bundestagsfraktion

386 - SPD-Bundesparteitag

387 - andere:

388

389

390

391

392

393

394

Herausgeber und verantwortlich für den Inhalt:
SPD-Bezirk Weser-Ems, Olaf Abdinghoff-Feldkemper, Bezirksgeschäftsführer;
Huntestr. 23, 26135 Oldenburg
Redaktion: Olaf Abdinghoff-Feldkemper, Monika Achtert, Christian Nowski

**©2013 SPD-Bezirk Weser-Ems Irrtum vorbehalten · Alle Rechte, insbesondere
das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung, unter Vorbehalt des
Herausgebers; nur mit schriftlicher Genehmigung.**

**Deckblatt: Individualdruck, Foto: OAF
Druck: Individualdruck, Osnabrück**

SPD-Bezirksparteitag 2013

B

Bildungspolitik

2 **Antrag Nr. B 1**

3 **Antragsteller: UB Aurich**

4 **Dritte pädagogische Fachkraft keine freiwillige Leis-**
5 **tung**

6
7 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

8
9 Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert die Landtagsfraktion auf, sich
10 dafür einzusetzen, dass die Finanzierung der dritten pädagogi-
11 schen Fachkraft in den Kinderkrippen nicht als freiwillige Leistung
12 von den zuständigen Gemeinden getragen werden muss. Die Fi-
13 nanzierung der dritten Fachkraft soll durch das Land Niedersach-
14 sen bzw. den Bund getragen werden.

15
16
17 Weiterleitung an:

- 18 - SPD-Landtagsfraktionen
- 19 - SPD-Landesparteitag
- 20 - SPD-Bundestagsfraktion
- 21 - SPD-Bundesparteitag
- 22 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme mit folgenden
Änderungen:

die Landtags- und
Bundestagsfraktion
fraktion auf, ...

Streiche "bzw.", setze "und"

6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

49 **Antrag Nr. B 2**

50 **Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz**

51 **Frühkindliche Bildung -- jetzt erst Recht!!**

52
53 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

54
55 Die frühkindliche Bildung ist ein wichtiges gesellschaftliches
56 Thema. Umso wichtiger ist es daher, dass wir die frühkindliche
57 Bildung in Kindertagesstätten sozial und gerecht mit be-
58 gleiten.

59
60 Wir fordern daher:

- 61 • Für die Ausbildung zur ErzieherIn muss eine Ausbil-
62 dungsvergütung geleistet werden. Darüber hinaus sollte die
63 Ausbildung im dualen Ausbildungssystem stattfinden.
- 64 • Alle ErzieherInnen müssen nach einem einheitlichen Ta-
65 rifvertrag bezahlt werden. Es gilt: Gleicher Lohn für gleiche
66 Arbeit in der frühkindlichen Bildung!
- 67 • Jede Kindergartengruppe braucht eine Drittkraft, um
68 stärker pädagogisch arbeiten zu können und das vorhandene
69 Personal zu entlasten.
- 70 • ErzieherInnen brauchen bessere Weiterbildungsmöglich-
71 keiten und bessere Aufstiegschancen.
- 72 • Durch die Schaffung unbefristeter Stellen soll die Jobsi-
73 cherheit erhöht werden.
- 74 • Durch eine Image-Kampagne soll die Attraktivität des Er-
75 zieherInnen Berufes aufgezeigt und im Zusammenwirken
76 mit den vorangegangenen Maßnahmen weiter gesteigert
77 werden. Ziel muss es dabei sein, mehr Männer für diesen Be-
78 ruf zu gewinnen.
- 79 • Die Gründung von Betriebskindergärten und alternativen
80 Betreuungseinrichtungen muss gefördert werden. Ziel dabei
81 ist insbesondere, Unternehmen an den Kosten für die Kin-
82 derbetreuung zu beteiligen.
- 83 • Die Abschaffung des Betreuungsgeldes ist unumgäng-
84 lich, damit Geld wirksam für die frühkindliche Bildung aus-
85 gegeben werden kann.

86
87 Begründung:

88 Erfolgt mündlich

89 Weiterleitung an:

- 90 - SPD-Landtagsfraktionen
- 91 - SPD-Landesparteitag
- 92 - SPD-Bundestagsfraktion
- 93 - SPD-Bundesparteitag
- 94 - andere:

95

Empfehlung der
Antragskommission:

**Annahme
in geänderter Fassung:**

Streichung Z. 63-65

97 **Antrag Nr. B 3**

98 **Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz**

99 **Lernmittelausleihe Sek II**

100

101 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

102

103 Der SPD-Bezirksparteitag fordert die Landesregierung auf,
104 sich für die Einführung der Ausleihe für Lernmittel (v.a.
105 Schulbücher) nach dem Vorbild der Sekundarstufe I auch in
106 der Sekundarstufe II (gymnasiale Oberstufe) der allgemein-
107 bildenden Schulen einzusetzen.

108

109 Begründung:

110 In einer Gesellschaft wie der unsrigen soll Bildung in welcher
111 Form auch immer eigentlich für alle offen stehen. Dass dem
112 nicht so ist, sieht jeder Tag für Tag aufs Neue. Es fängt bei
113 Gebühren für die frühkindliche Erziehung an und hört auch
114 nicht bei den Studiengebühren auf. Unter anderem in der Se-
115 kundarstufe II an Gymnasien müssen die Familien der Schü-
116 lerinnen und Schüler für die Anschaffung der Schulbücher in
117 voller Höhe aufkommen. Kommen dann auch noch Kosten
118 für die Beförderung zur Schule dazu, muss die Familie eine
119 nicht unbeträchtliche Last stemmen. Dies mag in gut situier-
120 ten Familien keineswegs ein Problem darstellen, jedoch müs-
121 sen hierbei auch Familien ins Auge gefasst werden, deren
122 Einkünfte nicht ohne weiteres ausreichen, um die Mittel für
123 Schulbücher aufzubringen. Es ist also ein unhaltbarer Zu-
124 stand, dass es durchaus Schülerinnen und Schüler geben
125 kann, die aufgrund der finanziellen Situation nicht in der La-
126 ge sind den erhofften Schulabschluss (z.B. die allgemeine
127 Hochschulreife) zu erreichen.

128 Auch das BaföG für Schülerinnen und Schüler löst dieses
129 Problem nur ungenügend, weil eine Unterstützung an allge-
130 meinbildenden Schulen ab der Klasse 10 nur dann greift,
131 wenn die betroffene Schülerin oder der betroffene Schüler
132 „notwendig auswärts untergebracht“ ist. Dies bedeutet nicht
133 etwa der einfache Auszug aus dem elterlichen Heim, sondern
134 es muss eine unzumutbare Entfernung zur Ausbildungsstätte
135 vorhanden sein, ein eigener Haushalt im Zuge einer Ehe bzw.
136 eingetragenen Partnerschaft zu führen sein oder aber einen
137 Haushalt mit eigenem Kind zu führen sein. An den berufsbil-
138 denden Schulen ist es einfacher das BaföG für Schüler zu er-
139 halten, weswegen diese Schulformen nicht in den Eintrag
140 einbezogen sind.

141 Die Ausleihe nach Vorbild der Sekundarstufe I ist ein erster,
142 kleiner Schritt, um Bildung für alle zu ermöglichen und junge
143 Menschen nicht weiter von der Bildung fernzuhalten. Denn

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

144 auch Familien, die keine Transferleistungen beziehen und
145 trotzdem kein üppiges Einkommen haben können mit der Fi-
146 nanzierung der Schulbücher große Probleme bekommen.

147

148 Weiterleitung an:

149 - SPD-Landtagsfraktionen

150 - SPD-Landesparteitag

151 - SPD-Bundestagsfraktion

152 - SPD-Bundesparteitag

153 - andere:

154

155

156

157

158

159

160

161

162

163

164

165

166

167

168

169

170

171

172

173

174

175

176

177

178

179

180

181

182

183

184

185

186

187

188

189

190

191

192

193

195 **Antrag Nr. B 4**

196 **Antragsteller: UB Oldenburg-Land**

197 **Inklusion an Grundschulen**

198
199 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

200
201 Der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems fordert die SPD-Landtags-
202 fraktion auf sich dafür einzusetzen, dass pro Grundschuljahrgang
203 in Niedersachsen schnellstmöglich eine ausreichende Anzahl von
204 Stellen für Sonderpädagogen geschaffen wird. Das müssen deut-
205 lich mehr als die von der alten CDU/FDP-Regierung vorgesehenen
206 20 Stellen sein.

207
208 **Begründung:**

209 Die Inklusion an Schulen in Niedersachsen ist beschlossene Sache
210 und soll ab 2013 schrittweise umgesetzt werden. Dies kann erfolg-
211 reich nur gelingen, wenn es genügend sonderpädagogische Stellen
212 in den Grundschulen wie auch weiterführende Schulen gibt. Ande-
213 renfalls würde man Schüler mit und ohne Handicap, sowie Lehrer
214 und Eltern überfordern und diese sinnvolle Reform scheitern las-
215 sen.

216
217 Die GEW hat ermittelt, dass etwa 400 Stellen zusätzlich pro
218 Grundschuljahrgang notwendig sind. Dieses sollen und müssen
219 wir ermöglichen.

- 220
221
222 Weiterleitung an:
223 - SPD-Landtagsfraktionen
224 - SPD-Landesparteitag
225 - SPD-Bundestagsfraktion
226 - SPD-Bundesparteitag
227 - andere:

228
229
230
231
232
233
234
235
236
237
238
239
240
241

Empfehlung der
Antragskommission:

Erledigt!
**Mit Hinweis auf die Zu-
kunftsoffensive Bildung,
Schwerpunkt Qualitäts-
verbesserung, der Lan-
desregierung.**

243 **Antrag Nr. B 5**

244 **Antragsteller: KV Grafschaft Bentheim**

245 **Qualifizierte Drittkraft in den Kindertagesstätten mit**
246 **Betreuungsplätzen für unter Dreijährige**

247
248 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

249
250
251 Wir fordern eine qualifizierte 3. Fachkraft in den Betreuungsein-
252 richtungen für Kinder unter 3 Jahre (Kinderkrippen und altersüber-
253 greifende Kita-Gruppen). Mindeststandard ist die Ausbildung als
254 Sozialassistentin oder Kinderpflegerin. Die Drittkraft muss eben-
255 falls während der Regelöffnungszeit volle Zeit am Kind plus Verfüg-
256 ungszeit einbringen.

257
258 Im ersten Schritt sind die Kommunen gefordert, im Sinne dieser
259 Notwendigkeit die Träger der Einrichtungen finanziell zu unter-
260 stützen, damit die Kommunen sich als familien- und kinderfreund-
261 liche Kommune auch in der Anwerbung von Fachkräften darstellen
262 können.

263
264 Wir begrüßen das in der Koalitionsvereinbarung 2013 - 2018 fest-
265 gelegte Ziel, die frühkindliche Bildung auszubauen, u.a. ein „den
266 heutigen Realitäten angepasstes Kindertagesstättengesetz (KitaG)
267 mit verbessertem Personalschlüssel in Krippen und Kitas“ auf den
268 Weg zu bringen sowie eine „Qualitätsoffensive für die frühkindli-
269 che Bildung zu starten „, u.a. mit Sprachförderung und Veranke-
270 rung von pädagogischen Bildungsstandards in den Kitas.

271
272 Wir fordern die Landesregierung auf, diese Ziele im KitaG zu ver-
273 ankern und mit hoher Priorität umzusetzen.

274
275 Begründung:

276 Die zum Haushaltsentwurf 2014 von der Kultusministerin Heiligh-
277 enstadt genannte Option, frühestens in 2015 den Personalschlüssel
278 in den Kitas anzupassen, wenn es die Haushaltslage zulässt, ist für
279 die augenblickliche personelle Notlage und für die Umsetzung des
280 pädagogischen Auftrags zu vage.

281 Weiterleitung an:

- 282
283 - SPD-Landtagsfraktionen
284 - SPD-Landesparteitag
285 - SPD-Bundestagsfraktion
286 - SPD-Bundesparteitag
287 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme mit folgenden
Änderungen:

Setze Absatz Z. 260-266
an den Anfang.

Streiche Z. 254-258

290 **Antrag Nr. B 6**

291 **Antragsteller: KV Grafschaft Bentheim**

292 **Personelle und finanzielle Unterstützung der Ganz-**
293 **tagsschulen**

294
295 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

296
297 Der Bezirksparteitag fordert die Niedersächsische SPD auf, drin-
298 gend und zeitnah eine qualitative Verbesserung in folgenden Be-
299 reichen umzusetzen:

- 300 • 1. Pädagogisches qualifiziertes Fachpersonal
- 301 • 2. Rhythmisierung des Schultages
- 302 • 3. Anpassung des Personalschlüssels an die jeweilige
303 Schulsituation
- 304 • 4. Überführung in gebundene Ganztagschulen
- 305 • 5. Angemessene Ausstattung mit Schulsozial-
306 arbeiterstunden
- 307 • 6. Befreiung/Entlastung der Schulleitung von sachfremden
308 Aufgaben

309 **Begründung:**

310 Zu 1.: Betreuung der Kinder ist durchgängig zuverlässig und quali-
311 fiziert zu gewährleisten. Schule muss anspruchsvoller Lebens- und
312 Lernort sein.

313
314 Zu 2: Ein sinnvoller Wechsel zwischen Anspannung und Entspan-
315 nung bedeutet Förderung und Forderung der Lernbereitschaft

316 Zu 3: Ausführung von Punkt 2 ist nur möglich durch zuverlässiges
317 und qualifiziertes Fachpersonal.

318 Zu 4: Ein zuverlässiges und berechenbares Schulsystem für Eltern
319 und Schüler

320 Zu 5: Verknüpfung des Lebens- und Lernortes des Vormittages mit
321 dem Nachmittag

322 Zu 6: Schulleitungen müssen ihren originären Aufgaben wieder
323 nachkommen können

324
325 Weiterleitung an:
326 - SPD-Landtagsfraktion

327

Empfehlung der
Antragskommission:

Erledigt!
Durch
Regierungshandeln in „
Zukunftsoffensive Bil-
dung“!

329 **Antrag Nr. B 7**

330 **Antragsteller: KV Grafschaft Bentheim**

331 **Inklusionspädagogik**

332
333 **Der SPD – Bezirksparteitag möge beschließen::**

334
335 **Die SPD in Niedersachsen fordert die rot-grüne Landesregierung**
336 **auf,**

- 337
338 - dafür Sorge zu tragen, dass ausreichend sozial- und heilpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Schulen zur Verfügung gestellt werden, damit der Prozess der Inklusion gelingen kann; das gilt auch für Kitas, damit frühzeitig Defizite bei den Kindern erkannt werden und diese individuell gefördert werden können
- 339
340 - dass die Landesregierung Beratungseinrichtungen zur Inklusion einrichtet, die sowohl für Eltern wie auch Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung stehen.
- 341
342 - die Förderschulen zu erhalten.
- 343
344 - Sicherzustellen, dass die Vernetzung zwischen Förder- und Regelschule stattfinden kann, der Einsatz der Lehrkräfte koordiniert wird, Qualitätssicherung des Förderunterrichtes gewährleistet wird.
- 345
346 - dass bei der Lehrerausbildung Inklusion und Diversität in Studium, Fort- und Weiterbildung zu den Grundlagen gehören und daher deutlich mehr Berücksichtigung in den Curricula finden müssen.
- 347
348 - dass die Schulen in kommunaler Trägerschaft bei Umbaumaßnahmen im Hinblick auf Barrierefreiheit ideell und finanziell unterstützt werden.
- 349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360

361 Begründung:

362 Seit der Salamanca-Erklärung der UNESCO-Konferenz „Pädagogik für besondere Bedürfnisse: Zugang und Qualität“ von 1994 gilt Inklusion als wichtigstes Ziel der internationalen Bildungspolitik.

363 Das Leitprinzip der Inklusion besagt, dass Schulen alle Kinder, - unabhängig von ihren physischen, intellektuellen, sozialen, emotionalen, sprachlichen oder anderen Fähigkeiten - aufnehmen sollen.

364 Das soll behinderte und begabte Kinder einschließen, Gleiches gilt auch für sprachliche, kulturelle oder ethnische Minoritäten sowie Kinder von anders benachteiligten Randgruppen oder -gebieten.

365 Die neuen gesetzlichen Regelungen, die die neue niedersächsische Landesregierung umsetzen soll, ermöglichen es den kommunalen Schulträgern, ihre Schulen schrittweise zu inklusiven Schulen umzugestalten. Für einen Übergangszeitraum bis 2018 können sie so genannte Schwerpunktschulen bestimmen. Seit

366
367
368
369
370
371
372
373
374
375

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in geänderter Fassung:

Streiche Z. 338-341

376 dem 01. August können Eltern ihre behinderten Kinder auch in
377 Regelschulen schicken. In Niedersachsen gibt es 35.000 Kinder
378 mit Förderbedarf. Diese zu inkludieren, dazu hat sich Deutsch-
379 land bereits 2009 mit der Unterzeichnung der UN-
380 Behindertenkonvention verpflichtet. Lehrerinnen und Lehrer
381 dürfen jedoch mit der wichtigen Aufgabe der Inklusion nicht al-
382 lein gelassen werden.

383

384

385 Weiterleitung an:

386 - SPD-Landtagsfraktionen

387 - SPD-Landesparteitag

388 - SPD-Bundestagsfraktion

389 - SPD-Bundesparteitag

390 - andere:

391

392

393

396 **Antragsteller: KV Friesland**

397 **Freie Lehrerstellen in ländlichen Bereichen besetzen**

398
399 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

400
401 Die SPD Landtagsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzu-
402 setzen, dass verstärkt Regelungen geschaffen bzw. Lösungen
403 gefunden werden, dass freie Lehrerstellen in allen Schulfor-
404 men in strukturschwachen ländlichen Bereichen Niedersach-
405 sens besetzt werden können.

406
407 **Begründung:**

408
409 Es ist festzustellen, dass es auf frei gewordenen Lehrerstellen
410 an Schulen in Gemeinden und Städten mit ländlichem Cha-
411 rakter in Weser-Ems kaum Bewerbungen gibt. Zahlen besa-
412 gen, dass Lehrer und Lehrerinnen sich überwiegend auf Stel-
413 len in größeren Städten bewerben.

414
415 Mit einer Einrichtung von weiteren Studienseminaren im Be-
416 reich der Küste (z. B. Wilhelmshaven, Jever, Aurich, Norden)
417 kann bei gleichzeitiger besonderer Konzeptionierung von
418 Ausbildungsschulen im Bereich Küste ein Interesse gefördert
419 werden, um sich auf Stellen im ländlichen Bereich zu bewer-
420 ben. Wer zum Beispiel als Lehramtsanwärter – bzw. -
421 anwärterin in einem Studienseminar an der Küste ausgebil-
422 det wird und den Vorbereitungsdienst an einer Schule im Be-
423 reich der Küste absolviert, baut eine Beziehung zu diesem
424 geographischen Raum auf und bleibt anschließend der Regi-
425 on erhalten. Durch Anreize des Landes und einer Hilfe bei der
426 Wohnungsbeschaffung und Kinderbetreuung durch den
427 Schulträger kann die Entscheidung, eine im ländlichen Be-
428 reich zu besetzende Lehrerstelle anzunehmen, leichter fal-
429 len. Dieser „Küstenzuschlag“ kann zeitlich begrenzt werden.
430 Durch eine gute sächliche Ausstattung der Schulen durch die
431 Gemeinden, Städte und Landkreise kann eine Bindung von
432 Lehrern in der Region verbessert werden, z. B.: die Einrich-
433 tung medial gut ausgestatteter Lehrerarbeitsplätze, die flä-
434 chendeckende Modernisierung von Klassenräumen, die Ein-
435 führung von White- und Smartboards, die Modernisierung
436 der Funktionsräume für die naturwissenschaftlichen Fächer:
437 Physik, Chemie, Biologie und Informatik. Für die Bereiche
438 Musik, Theater und Kunst sollten besondere Fachräume zur
439 Verfügung stehen.

440 Dies sind Entscheidungskriterien für die Wahl „wo wird
441 mein Lehrerarbeitsplatz sein.“ Die Bereitstellung von günsti-

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

442 gem Bauland, Angebote für bezahlbaren Wohnraum und ei-
443 ne Garantie für einen Ganztagsplatz für die Kinder von Lehr-
444 kräften schaffen Anreize für Lehrer, sich in den ländlichen
445 Raum und auch auf den Inseln zu bewerben. Lehrerstellen
446 sollten bundesweit ausgeschrieben werden mit dem Hinweis
447 auf die gute Infrastruktur innerhalb der Küstenregion.

448
449 „Wir arbeiten dort, wo andere Urlaub machen“.

450

451

452

453 Weiterleitung an:

454 - SPD-Landtagsfraktionen

455 - SPD-Landesparteitag

456 - SPD-Bundestagsfraktion

457 - SPD-Bundesparteitag

458 - andere:

459

SPD-Bezirksparteitag 2013

E

Energie

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

2 **Antrag Nr. E 1**

3 **Antragsteller: Juso-BezirksKonferenz**

4 **Neue Perspektiven für Deutschlands Energiepolitik**

5
6 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

7
8 Deutschland steht mit der Energiewenden hinweg von
9 Stromerzeugung aus Atomenergie hin zu einem deutlich hö-
10 heren Anteil der erneuerbaren Energien vor einer seiner
11 größten Herausforderungen der letzten Jahrzehnte. Diese
12 Herausforderung gilt es aktiv zu gestalten, und nicht wie es
13 die derzeitige Bunderegierung tut, abzuwarten. Wir wollen
14 neue Perspektiven für Deutschlands Energiepolitik und for-
15 dern:

16
17 **Dezentrale Energieversorgung u. dezentrale Energieanbieter**

18 Energieversorgung stellt sich heute so dar, dass aller Strom
19 von zentralen Stellen (seien es Atom- Gas oder Kohlekraft-
20 werke) hinaus in die Städte und aufs Land transportiert wird.
21 Diese Tatsache der Zentralisierung unserer Energieerzeugung
22 auf wenige Standorte lähmt den Umbau auf die erneuerbar-
23 en Energien. Stromtrasse müssen erweitert und oft auch
24 neu errichtet werden. Das stößt bei betroffenen Anwohne-
25 rinnen und Anwohnern oftmals auf Ablehnung und Gegen-
26 wehr.

27 Wichtig ist für uns daher der Aufbau einer dezentralen er-
28 neuerbaren Energieversorgung. Durch Biogasanlagen, Pho-
29 tovoltaik und Windenergie können schon jetzt große Men-
30 gen an Strom und Energie umweltfreundlich und regenerativ
31 vor Ort erzeugt werden. Jedoch wollen wir, dass unsere zu-
32 künftige Energieversorgung und die Umstellung auf Sonnen-
33 Wind und Biogasenergie gemeinsam und im Konsens mit al-
34 len Betroffenen umgestaltet werden.

35 **Stärkere Sanierung durch stärkere Rekommunalisierung**

36 Zur dezentralen Energieversorgung gehört dann im Umkehr-
37 schluss aber auch die Dezentralisierung der Anbieter von
38 Energie wie Strom, Wärme und Gas. Wir wollen weg von den
39 monopolistischen Energieversorgern hin zu Stadtwerken und
40 Energiegenossenschaften unter öffentlicher Kontrolle und
41 gesamtgesellschaftlichem Einfluss. Zu dieser Forderung ge-
42 hört neben der Rekommunalisierung der Netze und Energie-
43 versorger vorn Ort aber auch die Gründung beziehungsweise
44 der Rückkauf von Wohnungsbaugesellschaften. Wohnen, vor
45 allen angebotenes Wohnen durch Vermietung muss Energie-
46 einsparung stärker im Focus haben als dies bisher der Fall ist.

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

47 Wohngebäude in öffentlicher Hand können dies unserer
48 Meinung nach besser leisten.

49 Gebäudesanierungen nicht nur Gebäudedämmung, muss
50 wieder mehr im Vordergrund stehen. Dies steht der Profitgier
51 von privaten Wohnungsbaugesellschaften oftmals stark ent-
52 gegen. Anreize zu schaffen kann hier ein Mittel sein, Forde-
53 rung muss aber nach wie vor bleiben, dass wir mehr Miet-
54 wohnungen in kommunaler und öffentlicher Hand wollen,
55 und dies auch brauchen.

56 **Energiesparen - einer der wichtigsten Bausteine**

57 In Deutschland gibt es 30 Millionen Haushaltsgeräte, die äl-
58 ter sind als 14 Jahre. Das entspricht 17 Prozent des gesamten
59 Bestands. Die Einsparpotenziale sind enorm. Würden alle
60 diese Geräte durch moderne Maschinen ersetzt, könnten
61 acht Milliarden Kilowattstunden Strom pro Jahr eingespart
62 werden. Das würde ein großes Kohlekraftwerk verzichtbar
63 machen. Aus Sicht der Verbraucher bedeutet das: Sie könn-
64 ten zwei Milliarden Euro Stromkosten im Jahr sparen.

65 Gleiches gilt für Heizungsanlagen und deren Komponenten.
66 Der Austausch von Umwälzpumpen in Heizungsanlagen
67 wird im Landkreis Osnabrück zum Beispiel mit 100 € je Pum-
68 pe und Haushalt gefördert.

69 Wir wollen, dass die Politik anreize schafft, um mehr Energie
70 auch im Haushalt zu sparen. Das Verbot der konventionellen
71 Glühlampen von Seiten der Europäischen Union war hier un-
72 serer Ansicht nur ein erster Schritt. Neue Perspektiven für ei-
73 ne neue Energiepolitik für Deutschland heißt für uns Jusos
74 vor allem auch Energieeinsparungen voranzutreiben.

75 **Energiespeicherung voranbringen**

76 Die Sonne scheint nicht immer, und Wind weht auch nur
77 wenn das Wetter es denn will. Diese Tatsache für die Gewin-
78 nung von Solar- und Windenergie stellt uns vor eine weiter
79 große Herausforderung. Energie wird nicht nur von Haushal-
80 ten sondern auch von Industrie zu jeder Tag- und Nachtzeit
81 in ausreichender Menge zuverlässig benötigt. Das ist unab-
82 dingbar für den Standort Deutschland.

83 Wo eine bereits geforderte dezentrale Energieversorgung
84 nicht zuverlässig gewährleistet werden kann, muss verstärkt
85 in Energiespeicherung gesetzt werden. Der Ausbau der Elekt-
86 ro-Mobilität soll beim Ausbau der dezentralen Energiespei-
87 cherung eine wichtige Rolle spielen. Elektroautos sind mobi-
88 le Energiespeicher, und können eine gute Ergänzung zu be-
89 reits bestehenden Speichermöglichkeiten wie Pumpspei-
90 cherkraftwerken oder Gasspeicherkraftwerken sein.

91 Wir wollen mit allen diesen Forderungen alte und neue Dis-
92 kussionen anstoßen, und die Deutsche Energiepolitik wieder
93 vermehrt in den Focus der öffentlichen Wahrnehmung brin-
94 gen.

95

96	Weiterleitung an:	100	-	SPD-Bundesparteitag
97	- SPD-Landtagsfraktionen	101	-	andere:
98	- SPD-Landesparteitag	102		
99	- SPD-Bundestagsfraktion			

106 **Antrag Nr. E 2**

107 **Antragsteller: AfA Bezirksvorstand**

108 **EEG Umlage Berechnung**

109
110 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

111
112 Die SPD Bundestagsfraktion wird aufgefordert sich bei der Bundes-
113 regierung dafür einzusetzen, dass zur Berechnung der Bruttowert-
114 schöpfung, die zur Minderung der EEG-Umlage führt, die Kosten
115 für Leiharbeit und Werkverträge nicht als Vorleistung zusätzlich
116 abziehbar sind.

117
118 **Begründung:**

119 Mit der letzten Änderung des Erneuerbaren Energie Gesetz (EEG)
120 durch die Schwarz-Gelbe Koalition können sich nun alle Unter-
121 nehmen von der Umlage befreien lassen, wenn die Energiekosten
122 14% der Bruttowertschöpfung übersteigen.

123 Die Bruttowertschöpfung ist der Gesamtwert der von Antragstel-
124 ler produzierten Güter und erbrachten Dienstleistungen (inkl. der
125 Personalkosten) abzüglich sämtlicher Vorleistungen.

126 Die Anspruchsvoraussetzung für die Inanspruchnahme der Beson-
127 deren Ausgleichsregelung ergeben sich für die Unternehmen des
128 produzierenden Gewerbes aus §41 EEG 2012. Danach muss unter
129 anderen gemäß §41 Abs. 1 Nr. 1b das Verhältnis der Stromkosten
130 zur Bruttowertschöpfung des Unternehmens oder des selbstständigen
131 Unternehmensteil 14 Prozent übersteigen.

132 Zu den Vorleistungen werden ausdrücklich die Kosten für Leihar-
133 beit und Werksverträge erfasst. Damit verringern diese kosten au-
134 tomatisch die Bruttowertschöpfung.

135 Dramatischer wird es bei Unternehmen und/oder selbständigen
136 Unternehmensteilen deren Personalkostenanteil wegen des Ein-
137 satzes von Leiharbeit und Werksverträgen die Bruttowertschöp-
138 fung verringert.

139 Solche Unternehmen erfahren über die besondere Ausgleichsrege-
140 lung auch noch einen zusätzlichen finanziellen Vorteil dafür, das
141 sie sich aus jeder sozialen und arbeitsrechtlichen Verantwortung
142 stellen. Durch diese Regelungen werden die zusätzlichen Gewinne
143 der Unternehmen über staatliche Förderung und höhere Verbrau-
144 cherkosten subventioniert. Das ist abzuschaffen.

145
146 Weiterleitung an: SPD-Landtagsfraktionen
147 - SPD-Landesparteitag
148 - SPD-Bundestagsfraktion
149 - SPD-Bundesparteitag
150 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

Antrag Nr. E 3

Antragsteller: UB Oldenburg-Land

Stromsteuer senken – Privilegierung bei EEG-Umlage begrenzen

Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

Der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems fordert die SPD-Bundestagsfraktion und die Niedersächsische SPD-Landtagsfraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass

- zur Entlastung der normalen Verbraucher die ersten 1000 kwh des Stromverbrauchs von der Stromsteuer befreit werden und
- die Privilegien bei der EEG-Umlage auf den Stand der Rot-Grünen-Befreiungen, wie sie bis 2011 galten, zurückgenommen werden.

Begründung:

Obwohl die Preise an der Strombörse in Leipzig sinken, sind die Energiepreise gestiegen. Dass „Energiearmut in Deutschland wächst, macht die große Zahl von „abgeklemmten“ Privathaushaltungen deutlich. Eine Befreiung der ersten 1000 kwh von der Stromsteuer würde etwas Entlastung bringen.

Eine gerechtere Verteilung der Belastung durch die EEG-Umlage wird immer dringlicher. Von den energieintensiven Betrieben, deren Produktion mit dem Ausland konkurriert, wurden vor zehn Jahren von Rot-Grün nur 400 befreit. Schwarz-Gelb hat immer mehr Betriebe befreit. Es werden sogar Geflügelschlachtbetriebe und Pommes-Hersteller begünstigt.

Dadurch ist es für die Industrie lukrativer mehr zu verbrauchen als in energiesparende Technologien zu investieren. Unternehmen haben ihren Maschinenpark über Feiertage ungenutzt durchlaufen lassen, um über die Verbrauchsgrenze zu kommen und dadurch von der EEG-Umlage befreit zu werden. Diesem für Umwelt und Volkswirtschaft schädlichen Unsinn muss schnellstens Einhalt geboten werden.

Weiterleitung an:

- SPD-Landtagsfraktionen
- SPD-Landesparteitag
- SPD-Bundestagsfraktion
- SPD-Bundesparteitag
- andere:

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme mit folgenden Änderungen

Streiche:
Z. 161-162

SPD-Bezirksparteitag 2013

I

Internationales

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

Antrag Nr. I 1

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Für eine neue Außen- und Sicherheitspolitik

Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

Waffenexporte begrenzen und stärker kontrollieren

Gerade die Diskussionen über die aktuelle Situation in Libyen und erneute Panzer-Exporte nach Saudi-Arabien zeigen uns, dass wir eine neue Außen- und Sicherheitspolitik für Deutschland und die Welt brauchen.

Die deutsche Politik und vor allem die deutsche Wirtschaft als drittgrößter Waffenexporteur der Welt müssen sich seiner großen Verantwortung bewusster werden. Dabei muss allen Beteiligten klar sein, dass jede ins Ausland exportierte Handfeuerwaffe, jeder Panzer, jedes Kriegsschiff und jedes Kampfflugzeug sowohl dem Friedenserhalt dienen kann, als auch als Waffe gegen Menschen und die eigene Bevölkerung benutzt werden kann.

Eine Ausweitung von Rüstungsexporten aus wirtschaftlichen Gründen und als Ersatz für eine gestalterische Außenpolitik lehnen wir entschieden ab. Desweiteren fordern wir eine stärkere Kontrolle von Waffenexporten durch den Deutschen Bundestag. Wir halten den Bundessicherheitsrat für das falsche Gremium über Exporte von Waffen ins Ausland zu entscheiden, und sprechen uns daher für eine offene namentliche Abstimmung im Parlament aus. Hierbei sollen den Parlamentariern unabhängige Gutachten vorgelegt werden, die vor allem die Unterschiedliche Bewertung von Groß- und Kleinwaffenexporten berücksichtigt.

Eine mögliche Weitergabe aus Deutschland exportierter Waffen an Dritte ist wirksam zu kontrollieren und Verstöße gegen Endverbleibsklauseln sind streng zu sanktionieren. Hier fordern wir eine stärkere Kontrolle und Koordination durch die Vereinten Nationen.

Umbau der Vereinten Nationen

Ebenso müssen wir im Rahmen einer neuen Außen- und Sicherheitspolitik über den Umbau der Bundeswehr von einer Verteidigungsarmee zu einer Kriseninterventions- und Hilfsarmee nachdenken. Krisenintervention vor allem bei Völkermord und Genozid benötigen aber unbedingt ein Mandat durch die Vereinten Nationen.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme mit folgenden Änderungen:

Streiche Z. 26 – 32:

Setze:

Wir halten eine Weiterentwicklung der Aufgaben des Bundessicherheitsrats zu mehr Transparenz für unabdingbar

Empfehlung der
Antragskommission:

47 Verkrustete Strukturen in müssen aufgebrochen werden,
48 lähmende Abstimmungsprozesse müssen reformiert und den
49 Umständen des 21. Jahrhunderts angepasst werden.
50

51 **Entwicklungshilfepolitik reformieren**

52 Desweiteren wollen wir im Zuge der Umstrukturierung der
53 Außen- und Sicherheitspolitik auch die Entwicklungshilfepo-
54 litik reformieren. Wir wollen keine reine Wirtschaftspolitik in
55 der Entwicklungshilfe. Ziel unserer Entwicklungspolitik ist die
56 Überwindung von Armut und Hunger in der Welt, der Schutz
57 der globalen öffentlichen Güter und die Verwirklichung der
58 Menschenrechte.

59 Ziel deutscher Entwicklungshilfepolitik muss es sein
60 Gesundheitsvorsorge im Ausland zu fördern, Demokratiebe-
61 wegungen und junge Demokratien im Ausland zu unterstüt-
62 zen und zu stärken und Hilfe zur Selbsthilfe in den Bereichen
63 Bildung, und Innere Sicherheit zu geben.
64

65
66 Weiterleitung an:

- 67 - SPD-Landtagsfraktionen
- 68 - SPD-Landesparteitag
- 69 - SPD-Bundestagsfraktion
- 70 - SPD-Bundesparteitag
- 71 - andere:

72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

100 **SPD-BEZIRKSPARTEITAG WESER-EMS 2013**

101 **Antrag Nr. 12**

102 **Antragsteller: UB Oldenburg-Land**

103 **Beschränkung der deutschen Rüstungsgüterlieferungen**
104

105
106 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**
107

108 Der Bezirksparteitag Weser-Ems fordert die Bundestagsfraktion
109 auf sich dafür einzusetzen, dass in den Bundestag eine Gesetzes-
110 initiative eingebracht wird, die jegliche Rüstungslieferungen in
111 Nicht-NATO-Staaten verbietet.

112
113 **Begründung:**
114 Geschäftemacherei um jeden Preis kann es für Sozialdemokraten
115 nicht geben. Zusätzliche Waffen außerhalb der NATO-Staaten för-
116 dern in vielen Teilen der Welt die Aggressionsbereitschaft und
117 damit insbesondere das Elend vieler unbeteiligter Zivilisten. Staa-
118 ten, die die Menschenrechte verletzen wie beispielsweise Saudi
119 Arabien dürfen keine deutschen Waffen wie Leopard-Panzer oder
120 anderes Gerät erhalten.

- 121
122 Weiterleitung an:
123 - SPD-Landtagsfraktionen
124 - SPD-Landesparteitag
125 - SPD-Bundestagsfraktion
126 - SPD-Bundesparteitag
127 - andere:

128
129

Empfehlung der
Antragskommission:

Ablehnung

SPD-Bezirksparteitag 2013

KV

Kommunales und Verkehr

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

2 **Antrag Nr. KV 1**

3 **Antragsteller: KV Grafschaft Bentheim**

4 **Verbesserung der Trinkwasserqualität**

5
6 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

7
8 Die SPD im Bezirk Weser – Ems setzt sich für die Verbesserung der
9 Trinkwasserqualität ein. Als Maßnahmen fordern wir die Bereit-
10 stellung von öffentlichen Finanzmitteln für die Wasserbeschaf-
11 fungsverbände und Kommunen:

- 12 a), um eine extensive landwirtschaftliche Nutzung in den Wasser-
13 gewinnungsgebieten zu ermöglichen.
14 b) um Flächenerwerb zu ermöglichen
15 c) wir fordern Finanzmittel um die Möglichkeiten von Ausgleichs-
16 zahlungen an Landwirte zu schaffen

17
18 Wir fordern weiterhin:

- 19 d) die Ausweitung der Wasserschutzgebiete voranzutreiben
20 e) die Reduzierung des Nährstoffeintrags von Landwirten und pri-
21 vaten Haushalten durch Anschluss aller Betriebe und Haushalte
22 an geeignete Kläranlagen.
23 f) die verstärkte öffentlicher Förderung in der Wasserlaufrenatu-
24 rierung
25 g) verstärkte Kontrollen des Verbleibs der Nährstoffe von der Ent-
26 stehung bis zur Aufbringung
27 h) die Regulierung der Massentierhaltung durch den Kreis Graf-
28 schaft Bentheim
29 i) den Ausbau der Kontrollfunktion der Landwirtschaftskammer
30 und des Landkreises.

31
32
33 Begründung:

34
35 In Niedersachsen werden immer mehr neue Großviehställe und
36 Großmastanlagen beantragt und genehmigt. 80 % der Anlagen
37 sind gewerbliche Betriebe. Schon jetzt gibt es für den derzeitigen
38 Tierbestand mehr als 28.600 ha Bewirtschaftungsfläche zu wenig.
39 Die Betreiber neuer Anlagen müssen alle Nährstoffe außerhalb der
40 Grafschaft Bentheim entsorgen.

41 Die derzeitige Nitratbelastung liegt bei den Brunnen derzeit über
42 dem Maximalwert von 50mg/l. Teilweise wird der dreifache Wert
43 erreicht. Die Qualität des Trinkwassers kann nur noch durch Mi-
44 schen des Wassers erreicht werden. Das heute gewonnene Trink-
45 wasser ist zwischen 5 und 30 Jahre alt. Das heißt, dass die
46 Nitratbelastung den Stand von vor bis zu 30 Jahren wieder-

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme mit folgenden
Änderungen

Streiche Z. 27 – Z. 28

47 spiegelt. Die Aufbringung der Nährstoffe zum heutigen Zeitpunkt
48 wirkt sich erst in etwa 15 Jahren aus.

49 Die Nitratbelastung ist aber nicht die einzige schädliche Auswir-
50 kung auf das Trinkwasser. Auch Phosphate und Medikamente,
51 Hormone pp. sind in unserem Trinkwasser. Für viele Fremdstoffe
52 im Trinkwasser gibt es derzeit sogar noch nicht einmal Grenzwert-
53 te.

54 Die regelmäßigen Messungen der 6 Hauptbrunnen für die Graf-
55 schaft Bentheim weisen aus, dass die Nitratbelastung des Trink-
56 wassers ständig steigt. An den Vorfeldmessstellen, den oberflä-
57 chennahen Wassern sind die Überschreitungen oftmals 3 Mal so
58 hoch, wie zulässig. Teilweise liegen sie sogar bei 200 mg/l. Die
59 Brunnen in Füchtenfeld haben einen Höchstwert von 165 mg/l mit
60 steigender Tendenz.

61 Wenn der Trend nicht umgekehrt wird, muss das Wasser chemisch
62 aufbereitet werden. Dies kostet Geld. Das Trinkwasser wird damit
63 teurer.

64 Darum fordern wir jetzt, Maßnahmen zur Reinhaltung des
65 Trinkwassers, damit auch unsere Kinder und Enkel noch che-
66 misch unbehandeltes Trinkwasser aus dem Wasserhahn zapfen
67 können.

68
69

- 70 Weiterleitung an:
- 71 - SPD-Landtagsfraktionen
 - 72 - SPD-Landesparteitag
 - 73 - SPD-Bundestagsfraktion
 - 74 - SPD-Bundesparteitag
 - 75 - andere:

76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99

100 **SPD-BEZIRKSPARTEITAG WESER-EMS 2013**

101 **Antrag Nr. KV 2**

102 **Antragsteller: OV Stadland**

103 **Neuverhandlung der Regionalisierungsmittel**

104
105 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

106
107 Die Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich für die Förde-
108 rung der Regionalisierungsmittel über 2019 hinaus zu einzu-
109 setzen. Die Dynamisierung der Mittel mit eine Erhöhung um
110 2 % jährlich ab 2014 wieder einzuführen.

111
112 Begründung:

113 Die ÖPNV und SPNV Betriebe haben bis 2013 einen Ausgleich
114 von 1,5 % der steigenden Kosten (3 % - Tariferhöhung, Kos-
115 tensteigerung der Betriebsmittel) aus den bundesweiten
116 Regionalisierungsmittel bekommen. Ohne Erhöhung eine
117 dynamischen Mittel und Garantie der Weiterzahlung gefähr-
118 den wir die Qualität der Infrastruktur und Betriebsanlagen.

119
120 Weiterleitung an:

- 121 - SPD-Landtagsfraktionen
- 122 - SPD-Landesparteitag
- 123 - SPD-Bundestagsfraktion
- 124 - SPD-Bundesparteitag
- 125 - andere:

126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

148 **Antrag Nr.: KV 3**

149 **Antragsteller: KV Wilhelmshaven**

150 **Stellenausschreibungen**

151
152 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

153
154 Alle Positionen der öffentlichen Hand sowie deren Gesellschaften sind ausnahmslos auszuschreiben. Bewerbungen sind i. d. R.
155 in anonymer Form einzureichen.
156
157

158
159 Begründung:
160 Dieser Antrag wurde im Rahmen der KV-Arbeitsgruppe „Politikverdrossenheit“ erarbeitet. Die Besetzung von öffentlichen
161 Positionen für „verdiente Politiker“ muss verhindert werden.
162 Ein transparentes Bewerberverfahren ist mit Ausnahme eines engeren persönlichen Mitarbeiterkreises von Landräten,
163 Oberbürgermeistern und Ministern vorzusehen. Die Ausnahme ist vorzunehmen, da diese Positionen in der Regel mit
164 Vertrauenspersonen besetzt werden.
165
166
167
168

- 169 Weiterleitung an:
- 170 - SPD-Landtagsfraktionen
 - 171 - SPD-Landesparteitag
 - 172 - SPD-Bundestagsfraktion
 - 173 - SPD-Bundesparteitag
 - 174 - andere:

175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190
191
192
193

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

194 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

195 **Antrag Nr. KV 4**

196 **Antragsteller: OV Stadland**

197 **Die Beschleunigung von nationalen Infrastruktur-**
198 **projekten**

199
200 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

201
202 Der Bezirksparteitag fordert die Bundestags- und niedersäch-
203 sische Landtagsfraktion auf, die Umsetzung von nationalen
204 Infrastrukturprojekten zu beschleunigen.

205
206 Dazu sind folgende Punkte in der Gesetzgebung umzusetzen:

- 207
208 • Verkürzung und Entbürokratisierung der Planfeststel-
209 lungsverfahren
210 • Die Planungs- und Kostenfeststellung der privaten Hand
211 zu übergeben.
212 • Der Straßen- und Schienenbau in Zukunft in drei Schich-
213 ten erfolgt
214 • Vereinfachung der Baugesetzgebung
215

216 **Begründung:**

217 Wir verspielen unsere wirtschaftliche Lage in der Zukunft. Unsere
218 Wirtschaft braucht für die Lieferung von Waren und Dienstleis-
219 tung Straßen, Schienen und Wasserstraßen. Ebenso braucht die
220 Bevölkerung für die Wege zur Arbeit und in dem Urlaub Verkehrs-
221 wege. Diese zu unterfinanzieren und die Bauprojekte zu verzögern
222 und überteuert aufzubauen, hat dieselbe Wirkung, wie kein Geld
223 aus zugeben.

- 224 Weiterleitung an:
225 - SPD-Landtagsfraktionen
226 - SPD-Landesparteitag
227 - SPD-Bundestagsfraktion
228 - SPD-Bundesparteitag
229 - andere:

230
231
232
233
234
235
236
237

Empfehlung der
Antragskommission:

**Überweisung an den Be-
zirksvorstand zur Konkre-
tisierung**

239 **Antrag Nr. KV 5**

240 **Antragsteller: KV Wilhelmshaven**

241 **Stärkung der kommunalen Rechte bei „Schrottim-**
242 **mobilien“**

243
244 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

245
246 Die SPD fordert die Landes- und Bundesregierung auf, den
247 Kommunen größere Einwirkungsmöglichkeiten für den ge-
248 ordneten Rückbau von „Schrottimobilien“ einzuräumen.
249 Neben Subventionen für die Eigentümer müssen die Enteig-
250 nungsrechte der Kommunen verbessert werden.

251
252
253 **Begründung:**

254 Leer stehende „Schrottimobilien“ gibt es in Städten und
255 Gemeinden in immer größerer Zahl. Hohe Energiepreise und
256 die Reduzierung der Bevölkerung werden dieses Problem
257 ausweiten. Die Eigentümer dieser Immobilien investieren
258 bestenfalls in „Brettverschläge“ vor Fenster und Türen. Sie
259 wissen, selbst der Abbruch des Gebäudes kostet viel Geld und
260 fast alle hoffen, dass nach langem Leidensdruck der Nach-
261 barn und Kommunen ein Kaufangebot kommt um der „Häss-
262 lichkeit“ dieses Zustandes ein Ende zu bereiten. Die Kommu-
263 nen benötigen dringend bessere Rechte gegen diese Haus-
264 und Grundstücksspekulation. Die derzeitigen Eigentums-
265 rechte fördern eher diese Spekulationen und verhindern da-
266 mit den geordneten Rückbau der Kommunen im Wandel.

- 267
268
269 Weiterleitung an:
270 - SPD-Landtagsfraktionen
271 - SPD-Landesparteitag
272 - SPD-Bundestagsfraktion
273 - SPD-Bundesparteitag
274 - andere:
275 -

276
277
278
279
280
281
282
283

Empfehlung der
Antragskommission:

**Erledigt durch
Gesetzeslage und
aktuelle Änderung des
BundesBauG §179
zu Schrottimobilien.**

285 **Antrag Nr. KV 6**

286 **Antragsteller: UB Oldenburg-Land**

287 **Planungshoheit der Gemeinde stärken-**
288 **Privilegierungen im Baugesetzbuch aufheben**

289 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

290 Der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems fordert die SPD-Bundestags-
291 fraktion und die Niedersächsische SPD-Landtagsfraktion auf, sich
292 dafür einzusetzen, dass
293

- 294 – die Planungshoheit der Gemeinde gestärkt wird,
- 295 – die Privilegierungen nach § 35 Baugesetzbuch bis auf wenige
296 Ausnahmen von überörtlicher Bedeutung begrenzt wird.
297

298
299 **Begründung:**

300 Die durch den Einfluss der Agrarlobby und Agrarindustrie seit Jahr-
301 zehnten eingeschränkte Planungshoheit der Gemeinden hat zu
302 vielen Fehlentwicklungen im ländlichen Raum geführt. Besonders
303 wirkt sich das aus bei Stallbauten für die Intensivtierhaltung bzw.
304 Massentierhaltung. Aber auch der Bau von Biogasanlagen und
305 Windkraftanlagen darf nicht länger privilegiert sein, sondern muss
306 der Planungshoheit der Gemeinden unterstellt werden. Das gilt
307 auch für den Abbau von Bodenschätzen wie Sand und Torf.
308

309 Ohne Behinderung durch die von Interessenvertretern beeinflusste
310 Privilegierung, müssen Gemeinderäte über die Entwicklung ihrer
311 Gemeinden entscheidend können.
312

313 Kommunale Selbstverwaltung ist die Grundlage eines demokrati-
314 schen Staatswesens. Unverständliche Einschränkungen führen zur
315 Politik- und Demokratieverdrossenheit.
316

- 317
318
319 Weiterleitung an:
- 320 - SPD-Landtagsfraktionen
 - 321 - SPD-Landesparteitag
 - 322 - SPD-Bundestagsfraktion
 - 323 - SPD-Bundesparteitag
 - 324 - andere:

325
326
327
328

Empfehlung der
Antragskommission:

**Überweisung
als Material an die
Bundestagsfraktion**

329
330

331

332

333

334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

Antrag Nr. KV 7

Antragsteller: KV Osnabrück-Land

Stärkung der Ortsräte

Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag sowie die niedersächsische rot-grüne Landesregierung werden aufgefordert, insbesondere durch Änderung der §§ 93, 94 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) Ortsräte bzw. Stadtbezirksräte in ihren Mitwirkungsrechten und Zuständigkeiten zu stärken, indem diese erweitert werden.

Begründung:

In den letzten Jahren ist es in Bezug auf die Kommunalwahlen immer schwieriger geworden, genügend Kandidatinnen und Kandidaten für die jeweiligen Listen zu finden. Dies hat in einigen Fällen sogar dazu geführt, dass einige Parteien für Ortsräte keine Liste aufstellen konnten oder Mandate in Räten von Anfang an nicht ausgefüllt werden konnten.

Die Menschen möchten sich in Ortsräten nicht mehr in dem Maß engagieren wie es früher einmal war – zum einen ist das mit dem demographischen Wandel sowie dem sinkenden Interesse an Politik zu begründen. Zum anderen ist es aber auch so, dass viele Mitbürgerinnen und Mitbürger schlichtweg „nicht nur darüber mitentscheiden möchten, wo die nächste Bank aufgestellt oder der Graben wieder gemäht wird“.

Hier ist es seitens der Gesetzgebung notwendig, zumindest den möglichen Rahmen für das Betätigungsfeld der Ortsräte zu stärken. Ob dieser Rahmen dann vollends ausgeschöpft wird, ist in jedem Ort individuell zu entscheiden.

Weiterleitung an:
SPD-Landtagsfraktionen
SPD-Landesparteitag
SPD-Bundestagsfraktion
SPD-Bundesparteitag
andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

**Überweisung als Material
an die Landtagsfraktion**

376 **Antragsteller: UB Aurich**

377 **Trinkwasser ist ein Grundrecht – Privatisierung**
378 **stoppen!**

379 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

380 Wasser ist die existenzielle Grundlage jeden Lebens auf der Erde
381 und damit eines der sensibelsten und wertvollsten Rohstoffe, die
382 unser Planet besitzt. Deshalb wurden der Zugang zu Wasser und
383 eine sanitäre Grundversorgung von den Vereinten Nationen 2010
384 zum Menschenrecht erklärt. Wasser ist ein öffentliches Gut und
385 darf keine Handelsware sein oder Gegenstand von Spekulationen
386 werden. Um diesen Forderungen gerecht zu werden, muss die
387 Wasserwirtschaft von Privatisierungen ausgeschlossen sein und
388 den Regeln der freien Wirtschaft entzogen werden.

389 Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert die Europäische Kommission
390 auf, einen entsprechenden Gesetzesvorschlag einzubringen und
391 bereits bestehende Rechtsgrundlagen bezüglich der Privatisierung
392 der Wasserwirtschaft zu revidieren.

393 Um das Grundrecht auf Wasser in Deutschland zu schützen, muss
394 ein Verbot von Privatisierungen in diesem Bereich in das Grundge-
395 setz der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen werden.

396 Da es sich bei Zugang zum Wasser um ein Menschenrecht handelt,
397 darf die globale Dimension der Problematik nicht vernachlässigt
398 werden – die EU und seine Mitgliedsstaaten sollen in Zukunft die
399 weltweite Umsetzung dieses Menschenrechts stärker unterstüt-
400 zen.
401
402

403 Die SPD im Bezirk Weser-Ems unterstützt die europäische Bürger-
404 initiative „Wasser ist ein Menschenrecht“.

405 Die Bürgerinnen und Bürger in Weser-Ems werden aufgerufen, für
406 die Europäische Bürgerinitiative gegen die Liberalisierung und Pri-
407 vatisierung der Wasserwirtschaft in Europa
408 (<http://www.right2water.eu/de>.) abzustimmen.

- 409
410 Weiterleitung an:
411 - SPD-Landtagsfraktionen
412 - SPD-Landesparteitag
413 - SPD-Bundestagsfraktion
414 - SPD-Bundesparteitag
415 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

419 **Antrag Nr. KV 9**

420 **Antragsteller: UB Aurich**

421 **Sicherung der Dorferneuerung**

422
423 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

424
425 Die Dorferneuerung dient der Erhaltung und Verbesserung der Le-
426 bensqualität im ländlichen Raum.

427
428 Eine umfassende Dorferneuerungsplanung mit intensiver Bürger-
429 beteiligung, die fachliche Betreuung der Antragsteller und die För-
430 derung investiver Maßnahmen sind bewährte Instrumente, die
431 auch in Weser-Ems Anwendung finden. Fördermittel erhalten öf-
432 fentliche und private Antragsteller in den Dörfern, die in das Dorf-
433 erneuerungsprogramm des Landes Niedersachsen aufgenommen
434 worden sind. Durch die Kürzung von Co-Finanzierungsmitteln
435 durch die Bundesregierung verringert sich auch der Betrag, den die
436 niedersächsische Landesregierung für das Dorferneuerungspro-
437 gramm zur Verfügung stellen kann.

438
439 Zahlreiche Projekte in Dörfern, die bereits in das Dorferneuerungs-
440 programm aufgenommen worden sind, können wegen der Unter-
441 deckung nicht realisiert oder müssen verschoben werden.

442
443 Die SPD im Weser-Ems fordert von der Bundesregierung ausrei-
444 chende Co-Finanzierungsmittel, die es dem Land Niedersachsen er-
445 lauben, die Projekte der im Dorferneuerungsprogramm bereits
446 aufgenommenen Dörfer zeitnah zu realisieren. Sie bittet die nie-
447 dersächsische Landesregierung zu prüfen, ob sie eine entspre-
448 chende Bundesratsinitiative auf den Weg bringen kann.

- 449
450
451 Weiterleitung an:
452 - SPD-Landtagsfraktionen
453 - SPD-Landesparteitag
454 - SPD-Bundestagsfraktion
455 - SPD-Bundesparteitag
456 - andere:

457
458
459
460
461
462

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

464 **Antrag Nr. KV 10**

465 **Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz**

466 **Gründung von Wohnungsbaugenossenschaften**

467
468 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

469 Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert ihre Unterbezirke und
470 Kreisverbände auf in Ihren Zuständigkeitsgebieten zu
471 beantragen, dass die Fraktionen in den Räten im Kreisgebiet
472 sich mit den Gründungen von Wohnungsbaugenossenschaften
473 auseinander setzen. Nicht nur die Gründung von neuen
474 Wohnungen, sondern auch das Aufkaufen und Sanieren von
475 Altbeständen und Leerständen sollen dabei beachtet werden.

476 **Begründung:**

477 Bezahlbarer Wohnraum ist im Kreisgebiet sehr rar vorhanden.
478 Für junge Familien, Singles, Alleinerziehende oder auch
479 Rentnerinnen und Rentner wird es immer schwieriger eine
480 Wohnung zu finden, die auch bezahlbar ist.

481 Eine Wohnungsbaugenossenschaft kann dieses Problem
482 aufgreifen und den sozialen Wohnungsbau vorantreiben.
483 Nachdem der Bestand aufgegriffen ist und Altbestände, wie
484 Leerstände aufgekauft und saniert wurden, kann nach Bedarf
485 neuer Wohnraum geschaffen werden.

- 486
487 Weiterleitung an:
488 - SPD-Landtagsfraktionen
489 - SPD-Landesparteitag
490 - SPD-Bundestagsfraktion
491 - SPD-Bundesparteitag
492 - andere:

494
495
496
497
498
499
500
501
502
503
504
505
506

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

508 **Antrag Nr. KV 11**

509 **Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz**

510 **Pfand gehört daneben - Solidarität mit Pfandfla-**
511 **schensammlerInnen**

512
513 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

514
515 Die SPD-Fraktion in den Kommunen werden aufgefordert zu
516 prüfen, ob die Möglichkeiten zur separaten Lagerung von
517 Pfandflaschen geschaffen können.

518
519 Begründung:

520 Seit einigen Jahren –und besonders seit der Wirtschafts- und Fi-
521 nanzkrise– sieht man vermehrt BürgerInnen in Mülleimern nach
522 Pfandflaschen suchen. Für viele Menschen, die von Armut und Per-
523 spektivlosigkeit bedroht sind, ist dies die einzige Chance auf einen
524 kleinen Nebenverdienst.

525 Initiativen wie z.B. www.pfand-gehoert-daneben.de haben es sich
526 zur Aufgabe gemacht, auf die schlechte Situation der Pfandsamm-
527 lerInnen hinzuweisen und ihnen das Sammeln von Flaschen zu er-
528 leichtern. Dieser Versuch soll die von Einkommensarmut betroffe-
529 nen Menschen, die in Form des Pfandsammelns einen lebensnot-
530 wendigen Erwerb erzielen, ein entwürdigendes und gefährliches
531 Suchen in verschmutzten und hygienisch zweifelhaften Müllbe-
532 hältnissen ersparen.

533 Mittlerweile gibt es bundesweit viele Pilotprojekte mit verschie-
534 densten Möglichkeiten, den SammlerInnen das Greifen in den
535 Mülleimer zu ersparen. Die Jusos im Bezirk Weser-Ems sollten prü-
536 fen, inwiefern ein solches Projekt evtl. in den Kommunen durchzu-
537 setzen sei und mögen versuchen, Initiativen für einen Pilotversuch
538 in ihrer Kommune anzuregen. Der Antrag der SPD-Fraktion im Rat
539 der Stadt Osnabrück –welcher wesentlich auf den Forderungen der
540 Jusos basiert– wird hier als Leitantrag angefügt.

541 Um die Kosten für die Kommunen gering zu halten, könnten ge-
542 eignete Flaschenringe oder ähnliche Sammelsysteme z.B. in einer
543 Kooperation mit Lehr- oder Lernwerkstätten hergestellt werden.
544 Sollte eine Refinanzierung aus dem Gebührenhaushalt nicht mög-
545 lich sein, sollen in die Prüfung auch Möglichkeiten einbezogen
546 werden, Zuwendungen Dritter (Stiftungen, Einzelhandel, Hoch-
547 schulen, Studentenwerk, Fördervereine an Schulstandorten etc.)
548 einzuwerben.

549
550 **Weiterleitung an:**

- 551 - SPD-Landtagsfraktionen
552 - SPD-Landesparteitag
553 - SPD-Bundestagsfraktion
554 - SPD-Bundesparteitag
555 - andere:

556

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme:

557
558
559
560
561
562
563
564
565
566
567
568
569
570
571
572
573
574
575
576
577
578
579
580
581
582
583
584
585
586
587
588
589
590
591
592
593
594
595
596
597
598
599
600

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

Antrag Nr. KV 12

Antragsteller: KV Friesland

Gewerbesteuern

Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

Es ist zu prüfen, ob ein Gesetz in der Art gestaltet werden kann, dass Unternehmen 25% ihrer Gewerbesteuern dort abführen wo sie anfallen - in der Kommune. Sollte die Überprüfung ein positives Ergebnis aufzeigen, dann ist ein entsprechender Gesetzesentwurf zur Beratung bis hin zum Beschluss zu entwerfen.

Begründung:

Unternehmen in Deutschland haben die Möglichkeit ihre Steuern dort abzuführen wo auch ihr Hauptsitz deklariert ist. Dies führt dazu, dass Unternehmen sich Bundesländer und Länder mit geringem Steuersatz suchen um dort die fälligen Steuern abzurechnen. Dieser Fakt schwächt die Haushalte vieler Kommunen, die diese Steuern normalerweise als Einnahmen verbuchen dürfen. Betroffene Beispielkommunen sind im Landkreis Friesland die Stadt Varel und die Gemeinde Sande. In beiden Kommunen wird die Finanzierung wichtiger Maßnahmen zur Stärkung und Erhaltung wichtiger sozial und gesellschaftlicher Strukturen immer schwerer. Kommunalpolitiker ringen um ihren Haushalt und unsere Bürgerinnen und Bürger müssen mit ansehen wie ihr Wohnort Jahr für Jahr unter dem Abbau leiden muss.

Weiterleitung an:

- SPD-Landtagsfraktionen
- SPD-Landesparteitag
- SPD-Bundestagsfraktion
- SPD-Bundesparteitag
- andere:

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an die Bundestagsfraktion zur Prüfung

601
602 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

603 **Antrag Nr. KV 13**

604 **Antragsteller: KV Friesland**

605 **Wasserversorgung ist kommunale Daseinsvorsorge**

606
607 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

608
609 Der SPD Bezirk Weser-Ems setzt sich mit Nachdruck dafür ein,
610 dass die Wasserversorgung als Teil der kommunalen Daseins-
611 vorsorge erhalten bleibt. Er fordert die Landesregierung und die
612 Bundesregierung auf, den Richtlinienentwurf der Kommission
613 auf europäischer Ebene im Ausschuss der Regionen und im Rat
614 der Europäischen Union abzulehnen sowie die kommunale
615 Selbstverwaltung und die Trinkwasserversorgung in ihren be-
616 stehenden Strukturen zu schützen.

617
618 **Begründung:**

619
620 Es ist für uns unklar, was die Europäische Kommission wirklich
621 mit dieser Richtlinie bezwecken will. Zu befürchten ist, dass die
622 Vorschläge als Einfallstor zu einer weitgehenden Privatisierung
623 fungieren werden. Wir sind besorgt um unser Recht auf kom-
624 munale Selbstverwaltung sowie um die Sicherheit und Qualität
625 unserer Trinkwasserversorgung. Trinkwasser ist unser Lebens-
626 mittel Nummer 1. Eine qualitativ hochwertige Trinkwasserver-
627 sorgung ist im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge un-
628 verzichtbar. Wir wollen auch weiterhin garantieren, dass dieser
629 öffentliche Belang im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ei-
630 nen höheren Stellenwert hat als Profitinteressen der Wasser-
631 wirtschaft. Dies stellen viele Kommunen durch effiziente, kun-
632 denorientierte und wettbewerbsfähige kommunale Unterneh-
633 men sicher. Die vorgeschlagene EU-Richtlinie über die Konzessi-
634 ons-vergabe würde den Kommunen bestimmte Laufzeiten und
635 Regeln im Vergabeverfahren aufzwingen. Wir fürchten, dass fi-
636 nanzstarke Investoren oder große international agierende Kon-
637 zerne die kommunalen Wasserversorger vor Ort verdrängen. Da
638 letztere an das Örtlichkeitsprinzip gebunden sind, können sie
639 sich nicht einfach außerhalb der Kommune ein neues Beschäf-
640 tigungsfeld suchen.

641
642 **Weiterleitung an:**
643 - SPD-Landtagsfraktionen
644 - SPD-Landesparteitag
645 - SPD-Bundestagsfraktion
646 - SPD-Bundesparteitag
647 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

SPD-Bezirksparteitag 2013

P

Partei

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

2 **Antrag Nr.: P 1**

3 **Antragsteller: KV Wilhelmshaven**

4 **Berufstätigkeit Kandidaten**

5
6 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

7
8 Mögliche SPD-Kandidaten für die Landtags- und Bundestags-
9 wahl müssen sich mindestens fünf Jahre in einem Beruf außer-
10 halb der Politik bewährt haben.

11
12 Begründung:

13
14 Der Antrag wurde durch die KV-Arbeitsgruppe „Politikver-
15 drossenheit“ erarbeitet.

16
17 Der Wissenstransfer vom Beruf in die Politik ist nicht gege-
18 ben, wenn der Beruf nie längere Zeit ausgeübt werden.

19
20 Viele Spitzenpolitiker haben nie ihren Beruf umfassen aus-
21 geübt und können deshalb auch nach der Zeit als Politiker ih-
22 ren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Der „Versorgungsau-
23 tomatismus“ der Parlamente muss ausgehebelt werden.

- 24
25
26 Weiterleitung an:
27 - SPD-Landtagsfraktionen
28 - SPD-Landesparteitag
29 - SPD-Bundestagsfraktion
30 - SPD-Bundesparteitag
31 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

Ablehnung

5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46
47

48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

Antrag Nr. P 2

Antragsteller: UB Aurich

SPD auch als Hörbuch

Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

Analphabeten und Menschen mit Sehbehinderungen sind im Alltag sowie in der Nutzung politischer Informationsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Die SPD im Bezirk Weser-Ems möchte diese Menschen in ihrem Recht auf politische Teilhabe und Meinungsbildung unterstützen. Sie fordert daher den SPD-Bundesvorstand sowie den niedersächsischen SPD-Landesvorstand auf, die Veröffentlichung des SPD-Grundsatzprogrammes, der sozialdemokratischen Regierungsprogramme auf Bundes- und Landesebene oder Informationen über die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD bei Landtags- und Bundestagswahlen als Hörbuch zu prüfen.

Weiterleitung an:

- SPD-Landtagsfraktionen
- SPD-Landesparteitag
- SPD-Bundestagsfraktion
- SPD-Bundesparteitag
- andere:

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt!

Auf den Internetseiten des Bezirks und des Parteivorstands können Hörbücher zum Regierungsprogramm und zum Hamburger Grundsatzprogramm heruntergeladen werden.

95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

Antrag Nr. P 3

Antragsteller: KV Emsland

Überprüfung der Beitragsverteilung

Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

Der Bezirksvorstand Weser-Ems möge gemäß der vereinbarten Revisionsklausel überprüfen, ob eine Rücknahme der Beschlüsse aus dem Jahr 2010 bezüglich der Beitragsaufteilung, nämlich der Kürzung um 10% der Beitragsanteile für die Untergliederungen, möglich ist.

Begründung:

Im Jahr 2010 war der SPD Bezirk Weser-Ems auf Grund der negativen finanziellen Entwicklung der Finanzen gezwungen, die Verteilung der Beitragsanteile im Bezirk neu zu regeln.

Um die Strukturen der Partei im Bezirk und vor Ort aufrechterhalten zu können, war nicht nur eine veränderte Zuteilung der Mitgliedsbeiträge zu Gunsten des Bezirks erforderlich. Es waren auch Umstrukturierungen in der finanziellen und personellen Ausstattung der Geschäftsstellen vorzunehmen. Diese Maßnahmen, deren Notwendigkeit offensichtlich war, wurden von den Genossinnen und Genossen mitgetragen und beschlossen.

Eine in diesem Beschluss vereinbarte Revisionsklausel verlangt eine Überprüfung der finanziellen Situation der Bezirkspartei nach der Bundestagswahl nach dem Abschluss des Haushaltjahres zum 31.12.2013.

Das Ergebnis dieser Überprüfung und die sich daraus eventuell ergebenden Möglichkeiten zur Rücknahme der seinerzeit beschlossenen Kürzungen soll den Untergliederungen mitgeteilt werden.

Weiterleitung an:

- SPD-Landtagsfraktionen
- SPD-Landesparteitag
- SPD-Bundestagsfraktion
- SPD-Bundesparteitag
- andere:

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an den Kleinen Bezirksparteitag

SPD-Bezirksparteitag 2013

S

Soziales und Gesundheit

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

2 **Antrag Nr. S 1**

3 **Antragsteller: UB Aurich**

4 **Keine Anrechnung der Riesterrente auf die Grundsicherung (SGB XII)**

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

6
7 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

8
9 Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert, dass zukünftig keine Anrechnung der Riesterrente auf die Grundsicherung (SGB XII) erfolgt. Sie niedersächsische Landtagsfraktion wird gebeten, einen entsprechenden Antrag für eine Bundesratsinitiative mit dem Koalitionspartner abzustimmen und in den Niedersächsischen Landtag einzubringen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird gebeten, im Deutschen Bundestag entsprechend tätig zu werden.

- 17
- 18 Weiterleitung an:
- 19 - SPD-Landtagsfraktionen
- 20 - SPD-Landesparteitag
- 21 - SPD-Bundestagsfraktion
- 22 - SPD-Bundesparteitag
- 23 - andere:

24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43
44
45
46

48 **Antrag Nr. S 2**

49 **Antragsteller: UB Aurich**

50 **Sozialverträgliche Stromtarife**

51
52 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

53
54 Strom ist ein elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge. Die
55 SPD im Bezirk Weser-Ems fordert daher die politische Verantwort-
56 lichen sowie die Unternehmen der Stromwirtschaft auf, ein sozial-
57 verträgliches Versorgungskonzept zu erstellen. Eine noch zu defi-
58 nierende Menge Strom ist zu einem vergünstigten Preis für Sozial-
59 leistungsempfänger/innen und Haushalte mit geringem Einkom-
60 men zu gewähren. Eine gleichzeitige progressive Preissteigerung
61 mit zunehmendem Stromverbrauch soll zum Energiesparen anre-
62 gen, die Finanzierbarkeit des Modells sicherstellen und Großver-
63 brauche stärker für das Gelingen der Energiewende in die Pflicht
64 nehmen, dafür zu sorgen, dass die Haushalte zum Energiesparen
65 befähigt werden. Sozialleistungsempfänger und Haushalte mit ge-
66 ringem Einkommen müssen die Möglichkeit einer kostenfreien
67 Energieberatung in Anspruch nehmen können. Diese Beratung
68 muss hürdenlos und unbürokratisch angeboten werden. Über die
69 Unterstützung mittels einer einmaligen „Abwrackprämie“ bei der
70 Entsorgung energieintensiver Altgeräte sollten die technischen
71 Voraussetzungen zum Energiesparen geschaffen werden.

72
73 Der Regelsatz für Bezieher ALG 2 bzw. Grundsicherung sind ent-
74 sprechend anzupassen.

- 75
76
77 Weiterleitung an:
78 - SPD-Landtagsfraktionen
79 - SPD-Landesparteitag
80 - SPD-Bundestagsfraktion
81 - SPD-Bundesparteitag
82 - andere:

83
84
85
86
87
88
89
90
91
92

Empfehlung der
Antragskommission:

**Überweisung an den Be-
zirksvorstand zur weite-
ren Diskussion und
Durchführung einer Ver-
anstaltung zu diesem
Thema**

94 **Antrag Nr. S 3**

95 **Antragsteller: UB Aurich**

96 **Bezahlbare Mieten in Städten und Gemeinden**

97
98 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**
99

100 Mieten müssen in Deutschland bezahlbar bleiben bzw. wieder be-
101 zahlbar werden. Die SPD im Bezirk Weser-Ems setzt sich für be-
102 zahlbares Wohnen in den Städten und Gemeinden ein und fordert
103 den SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion auf,
104 sich für folgende Punkte einzusetzen:
105

- 106 - Rücknahme der Regelungen des mieterfeindlichen Miet-
107 rechtsänderungsgesetzes der schwarz-gelben Bundesregie-
108 rung.
- 109 - Bei Neuvermietungen darf die Miete um nicht mehr als 10
110 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen.
- 111 - Bei Bestandsmieten sind Mieterhöhungen auf max. 10 Pro-
112 zent in vier Jahren zu begrenzen.
- 113 - Das Programm für Städtebauförderung und das Programm
114 Soziale Stadt, das von Schwarz-Gelb zusammengestrichen
115 wurde, muss wieder aufgestockt werden.
- 116 - Ein Sonderprogramm zur Förderung von Wohnungsgenos-
117 senschaften.
- 118 - Die Wohnungsbaumittel des Bundes, die im Rahmen der Fö-
119 deralismusreform bis zum Jahr 2014 direkt an die Bundeslän-
120 der fließen, müssen auch in Zukunft an die Länder fließen.
- 121 - Maklergebühren soll derjenige bezahlen, der den Makler be-
122 stellt.

- 123
124 Weiterleitung an:
- 125 - SPD-Landtagsfraktionen
 - 126 - SPD-Landesparteitag
 - 127 - SPD-Bundestagsfraktion
 - 128 - SPD-Bundesparteitag
 - 129 - andere:

130
131
132
133
134
135
136
137
138

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

140 **Antrag Nr. S 4**

141 **Antragsteller: UB Aurich**

142 **Abschaffung der zeitlichen Vergütung im Pflegeaus-**
143 **richtungsgesetz**

144
145 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

146
147 Der Bezirksparteitag Weser-Ems fordert die SPD-Landtagsfraktion
148 und die Landesregierung auf, sich bei den Pflegekassen für eine
149 Mindestvergütung von 42,50 € die Stunde für Pflege und eine
150 Mindestvergütung von 32,50 € für Betreuung einzusetzen.

151
152 **Begründung:**

153 Durch Einführung des Pflegeneuausrichtungsgesetzes (PNG) durch
154 die Bundesregierung wird seit dem 01.01.2013 in der ambulanten
155 Pflege eine Zeitabrechnung neben der Pauschalabrechnung ver-
156 langt. Der Kunde soll die Möglichkeit haben, zwischen der pau-
157 schalen erbrachten Leistung in der Pflege sich Zeitkontingente ein-
158 zukaufen. Dieses Verfahren, also der Wechsel zwischen minuten-
159 genauer Abrechnung und Pauschalierung der Leistung kann täg-
160 lich gewechselt werden, je nachdem, was der Kunde wünscht. Aus
161 diesem Grund müssen Stundenlöhne zwischen den ambulanten
162 Dienstleistern und den Pflegekassen vereinbart werden. Die Vor-
163 schläge in Niedersachsen durch die Schiedsstelle bedeuten die
164 Aushebelung von tariflichen Strukturen. So soll ein Stundenlohn in
165 der Pflege bei ca. 34,00 Euro liegen und für Betreuung bei 26,00
166 Euro. Das sind 25% unter dem Tariflohn für die hochqualifizierten
167 Kräfte. Dieses ist für viele Sozialstationen nicht möglich. Aus die-
168 sem Grund liegen alleine in Niedersachsen mehr als 780 Anträge
169 von Sozialstationen (1.200 Sozialstationen gibt es in Niedersach-
170 sen) bei der Schiedsstelle der Pflegekassen. Wer als Sozialstation
171 tariflich entlohnen möchte, kann mit diesen Stundenlöhnen nicht
172 überleben. Gerade im ländlichen Raum wo viel Fahrtzeit (die als
173 Arbeitszeit gilt) entsteht (Bsp. Norden-Dornum ca. 25 Minuten)
174 kann es zu einer Insolvenzflut der Sozialstationen kommen oder es
175 können Lücken im Versorgungsnetz entstehen, weil sich niemand
176 mehr dort niederlässt.

- 177
178 Weiterleitung an:
179 - SPD-Landtagsfraktionen
180 - SPD-Landesparteitag
181 - SPD-Bundestagsfraktion
182 - SPD-Bundesparteitag
183 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

186 **Antrag Nr. S 5**

187 **Antragsteller: UB Aurich**

188 **Wohnungsgenossenschaften**

189
190 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

191
192 Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung gewinnt
193 das Thema „altersgerechtes Wohnen“ immer mehr an Bedeutung.
194 Gemeinschaftliche Wohnprojekte unter dem Dach von Woh-
195 nungsgenossenschaften können ein selbstbestimmtes und selbst-
196 verwaltetes Wohnen auch im Alter sichern. Durch den Dreiklang
197 von Sparen, Bauen und Wohnen entwickeln die Mitglieder in ihren
198 Genossenschaften gemeinsam mit von ihnen beauftragten bzw.
199 angestellten Fachleuten Lösungen, die zum Beispiel auf die spezi-
200 ellen Wohn- und Lebensbedürfnisse älterer Menschen zugeschnit-
201 ten sind.

202
203 Die SPD im Bezirk Weser-Ems unterstützt alle Aktivitäten, die sich
204 mit der Gründung von Wohnungsgenossenschaften insbesondere
205 für ältere Menschen beschäftigen. Sie wird sich des Themas
206 „Wohnen im Alter“ annehmen und eigene politische Initiativen
207 entwickeln.

- 208
209 Weiterleitung an:
- 210 - SPD-Landtagsfraktionen
 - 211 - SPD-Landesparteitag
 - 212 - SPD-Bundestagsfraktion
 - 213 - SPD-Bundesparteitag
 - 214 - andere:

215
216
217
218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

232 **SPD-BEZIRKSPARTEITAG WESER-EMS 2013**

233 **Antrag Nr. S 6**

234 **Antragsteller: UB Aurich**

235 **Fachkräftemangel in der Pflege beheben**

236
237 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

238
239 Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert die Landtags- und Bundes-
240 tagsfraktion auf die Schaffung von politischen und gesellschaftli-
241 chen Rahmenbedingungen einzuleiten, die dem demografischen
242 Wandel, dem damit einhergehenden Wachstumsmarkt Pflege so-
243 wie der daraus aktuell und zukünftig resultierenden Problematik
244 des Fachkräftemangels Rechnung tragen.

245
246 **Dazu gehört:**

- 247 • den Start einer Kampagne zur Gewinnung von Fachkräften
248 in der Pflege;
- 249
- 250 • die Reformierung der Pflegeausbildung so zu begleiten,
251 dass sie keinem Interessenten für die Altenpflegeausbil-
252 dung den Zugang verwehrt und gleichzeitig die europäische
253 Anerkennung für die Pflegeausbildung erhalten bleibt –
254 neue Ausbildungsplätze in der Altenpflege sind zu schaffen;
- 255
- 256 • den Ausbau qualifizierter Fort- und Weiterbildungsmög-
257 lichkeiten;
- 258
- 259 • die Einführung eines betrieblichen Gesundheitsmanage-
260 ments;
- 261
- 262 • eine an Verantwortung und Kompetenz orientierte leis-
263 tungsgerechte Vergütung auf der Basis tarifvertraglicher
264 Regelungen;
- 265
- 266 • eine auskömmliche Finanzierung der Pflegesätze.

267
268
269 **Weiterleitung an:**

- 270 - SPD-Landtagsfraktionen
- 271 - SPD-Landesparteitag
- 272 - SPD-Bundestagsfraktion
- 273 - SPD-Bundesparteitag
- 274 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

279 **Antrag Nr. S 7**

280 **Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz**

281 **Soziales Wohnen ermöglichen - Wohnraum sozial**
282 **gestalten**

283

284 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

285 Günstiger Wohnraum ist in Deutschland seit einigen Jahren -
286 besonders in Ballungszentren- knapp geworden. Dies führt zu
287 einem gesellschaftlichen Problem, das nicht nur Menschen
288 unterhalb der Armutsgrenze, sondern auch Studierende,
289 SozialhilfeempfängerInnen und Seniorinnen und Senioren
290 belastet. Die SPD Weser-Ems wird sich dafür einsetzen, dass
291 günstiger Wohnraum bestehen und Wohnraum bezahlbar
292 bleibt.

293 **Wir fordern:**

294 • Der Bund muss die jährlichen Kompensationsmittel für die
295 soziale Wohnraumförderung bis 2019 fortführen und diese
296 finanziell besser ausstatten. Diese Städtebauförderung soll
297 unter dem Programm „Soziale Stadt“ verstärkt und verlässlich
298 fortgeführt werden.

299 • Einen Investitionspakt für die Kommunen, der gemeinsam
300 mit den Ländern beschlossen wird.

301 • Kommunen, die keinen „Eigenanteilfond“ finanziell leisten
302 können, bekommen die Möglichkeit Bundesförderungen zu
303 nutzen.

304 • Bei Neuvermietungen darf die Miete nicht mehr als 5
305 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Bei
306 Bestandsmieten sollen Mieterhöhungen auf maximal 10
307 Prozent in 5 Jahren begrenzt werden.

308 • VermieterInnen dürfen bei Sanierungen max. 5 Prozent der
309 Kosten pro Jahr auf die MieterInnen umlegen- Der Bund soll
310 effiziente Maßnahmen zur Sanierung finanziell unterstützen,
311 um MieterInnen vor Kostenexplosionen zu schützen.

312 • WohnungseigentümerInnen müssen den MaklerIn
313 bezahlen und nicht mehr die Wohnungssuchenden, Damit ist
314 eine Änderung im Gesetz zur Regelung der
315 Wohnungsvermittlung (WoVermRG) nötig.

316 • Ein Sonderprogramm zur Förderung von
317 Wohnungsgenossenschaften, die bevorzugt behandelt werden
318 sollen. Dabei soll die CO2-Gebäude- und die energetische

Empfehlung der
Antragskommission:

**Überweisung
an den Bezirksvorstand
als Material für eine
gemeinsame
Veranstaltung
mit den Jusos
zu diesem Thema**

319 Sanierung so ausgerichtet werden, dass dies möglichst vielen
320 MieterInnen zugutekommt.

321 • Wohnungsgenossenschaften erstellen gemeinsam mit den
322 Kommunen ein „Mietenbündnis“, setzen sich für
323 Mietbegrenzungen ein und festigen dies im deutschen
324 Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG).

325 • Wohngenossenschaften, geben ihr Ziel hoher Erträge auf
326 und stellen die erwirtschafteten Erträge für neue Wohnungen/
327 kostengünstigere Wohnungen bereit.

328 • Keine spekulativ geplanten Leerstände mehr! Bei Objekten,
329 die mehr als zwei Jahre leer stehen, geht das Nutzungsrecht an
330 die Kommune über.

331 • Die Einführung von gesetzlichen Mietspiegeln, welche von
332 öffentlichen Trägern erhoben werden, damit ein Mindestmaß
333 an Transparenz auf dem Immobilienmarkt herrscht.

334 • Die Einführung der Fehlbelegungsabgabe mit
335 Ausnahmeregelungen für Quartiere mit besonderem
336 Entwicklungsbedarf, um den Kommunen die
337 Gegenfinanzierung zu erleichtern.

338 **Menschen mit geringen Einkommen / Transfereinkommen**

339 Menschen mit geringen Einkommen und/oder
340 Transfereinkommen sind besonders von dieser Situation
341 betroffen! Durch höhere Mieten können sich viele Menschen
342 den Wohnraum in ihrem gewohnten Umfeld nicht mehr leisten,
343 obwohl ihre Mieten übernommen werden. Menschen, die
344 aufgrund von Betriebskündigungen ihre Arbeit verloren haben,
345 werden genötigt ihre Wohnung zu verlassen, weil sie als „nicht
346 mehr angemessenen“ bewertet wird.

347 Daher fordern wir:

348 • Der Heizkostenzuschuss beim Wohngeld wird wieder
349 eingeführt und darf nicht als Einkommen angerechnet werden.
350 Ein Sozialtarif für den Grundverbrauch von Gas und Strom wird
351 eingeführt.

352 • Das Mietenkonzept für ALG 2 Empfängern wird erneuert,
353 damit der tatsächliche Bedarf für die „Kosten der Unterkunft“
354 bemessen werden kann.

355 • Menschen, die mit einem Transfereinkommen die
356 Übernahme der realen Miete durch das Jobcenter erhalten und
357 daher die Streichung der Satzungsermächtigung und
358 insbesondere der Pauschalierungsoption.

359 **Studium**

360 Für viele Studierende ist die Wohnungssuche ein Alptraum. Die
361 Wohnungen im Studentenwerk sind schnell vergriffen und auch
362 die Plätze in Wohngemeinschaften sind knapp und schnell
363 belegt. Gerade junge Menschen, die für ein Studium in eine

364 andere Stadt ziehen, sind besonders von begrenztem
365 Wohnangebot betroffen.

366 **Daher fordern wir:**

367 • Die Studentenwerke müssen mehr Kapazitäten für
368 kostengünstigen Wohnraum schaffen. Dabei sollen die
369 Hochschulen verstärkt auf Bundesförderungsmittel zugreifen
370 können. Der Wohnheimbau im Rahmen eines Hochschulpaktes
371 2020 soll durch ein Bund-Länder-Programm finanziert wer-
372 den.

373 • Eine forcierte Konversionspolitik. Durch die Nutzung alter
374 Kasernen und ähnlicher Objekte kann kostengünstiger
375 Wohnraum geschaffen werden.

376 • Die Mieten für Wohnheimplätze bundesweit sind
377 gleichbleibend niedrig zu halten. Dazu verpflichten sich die
378 Studierendenwerke.

379 • dass die Hochschulen gemeinsam mit den Kommunen
380 Städtekonzepte entwerfen, wie günstiger Wohnraum für junge
381 Menschen geschaffen werden kann.

382 • Studierende sollen die Möglichkeit eines
383 Heizkostenzuschusses erhalten.

384 **Ausbildung**

385 Junge Menschen, die eine Ausbildung absolvieren und durch
386 ihre Erwerbsarbeit einen wichtigen Beitrag in unserer
387 Gesellschaft leisten, sollen die Möglichkeit bekommen einen
388 eigenen Haushalt führen zu können– und damit ein
389 selbstbestimmtes Leben.

390 **Daher fordern wir:**

391 • Baugenossenschaften sollen für Auszubildende Wohnraum
392 anbieten, der kostengünstig und für die Auszubildende
393 nachhaltig bezahlbar ist. Dabei soll der
394 Wohnberechtigungsschein (WBS) für die öffentlichen
395 subventionierten Wohnungen ausgeweitet werden.

396 • Die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) gilt für alle
397 Auszubildende, die sich entscheiden einen eigenen Haushalt zu
398 führen. Diese Jugendlichen erhalten einen Anspruch auf den
399 Wohnberechtigungsschein (WBS).

400 • Die Berufsausbildungsbeihilfe (BAB) steigt auf das gleiche
401 Niveau wie das Bafög.

402 • Auszubildende sollen die Möglichkeit eines
403 Heizkostenzuschusses erhalten.

404 **RentnerInnen**

405 Viele Rentnerinnen und Rentner in Deutschland sind von
406 Altersarmut gefährdet und fühlen sich nicht mehr in der Lage,
407 dauerhaft die Miete zu bezahlen. Wir Jusos vertreten die

408 Ansicht, dass Seniorinnen und Senioren so lange wie möglich in
409 ihrem vertrauten Wohnumfeld leben sollen.

410 **Daher fordern wir:**

411 • Zuschüsse für einen altersgerechten Umbau von
412 Wohnungen. Dabei sollen die Zuschüsse der Kreditanstalt für
413 Wiederaufbau (KfW) für den Abbau von Barrieren bei
414 Wohnungen wieder eingeführt werden.

415 • Menschen mit einer Pflegestufe erhalten die Möglichkeit,
416 weiterhin in ihren vertrauten Wohnumfeld zu bleiben. Dies
417 muss bis ins hohe Alter und mindestens bis zur Pflegestufe 2
418 garantiert werden.

419 • Für durch Altersarmut betroffene RentnerInnen wird ein
420 Recht auf einen Sozialtarif für den Grundverbrauch von Gas und
421 Strom gestaltet.

422 **Begründung:**

423 Erfolgt mündlich

424

425 Weiterleitung an:

- 426 - SPD-Landtagsfraktionen
- 427 - SPD-Landesparteitag
- 428 - SPD-Bundestagsfraktion
- 429 - SPD-Bundesparteitag
- 430 - andere:

431

432

433

434

435

436

437

438

439

440

441

442

443

444

445

446

447

448

449

450

451

452

453

454

455

**Empfehlung der
Antragskommission:**

457 **Antrag Nr. S 8**

458 **Antragsteller: AG 60 plus Bezirksvorstand**

459 **Mütterrente**

460
461 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

462
463 Die dreijährigen Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der
464 Rente gilt auch für Kinder, die bis 1992 geboren sind.

465
466 **Begründung:**

467 Die von der Kohl-Regierung 1989 beschlossenen Einführung der
468 dreijährigen Anrechnung von Kindererziehungszeiten in der
469 Rente nur für Kinder, die nach 1992 geboren sind, führt zu vielen
470 Ungerechtigkeiten:

471 Z.B.: Die 1956 geborene Mutter, die 1993 mit 37 Jahren ihr letz-
472 tes Kind bekam, erhält 2018 (mit 62 Jahren) bei der Berechnung
473 ihrer Rente für ihre bis 1992 geborenen Kinder nur ein Jahr an-
474 gerechnet für das letzte Kind aber drei Jahre.

475 1989 hatte der Beschluss noch keine finanziellen Auswirkungen
476 für die nächsten 25 Jahre, aber in den nächsten Jahren wird
477 doch die Ungleichbehandlung deutlich werden und zur Verärg-
478 erung führen!

479
480
481
482 **Weiterleitung an:**

- 483 - SPD-Landtagsfraktionen
- 484 - SPD-Landesparteitag
- 485 - SPD-Bundestagsfraktion
- 486 - SPD-Bundesparteitag
- 487 - andere:

488
489
490
491
492
493
494
495
496
497
498
499
500
501

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

503 **Antrag Nr. S 9**

504 **Antragsteller: UB Oldenburg-Land**

505 **Pflege: Koalitionsvereinbarung schnell umsetzen**

506 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

507 Der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems bittet die SPD-Landtags-
508 fraktion und die Niedersächsische Sozialministerin, die in den Ko-
509 alitionsvereinbarungen für den Pflegebereich aufgeführten Maß-
510 nahmen zügig umzusetzen, um die in den vergangenen zehn Jah-
511 ren durch falsche und unterlassene Entscheidungen der CDU-FDP
512 Regierung entstandenen Fehlentwicklungen möglichst bald zu be-
513 seitigen.

514 **Begründung:**

515 Die SPD-AG 60plus hat seit Jahren auf Fehlentwicklungen hingewiesen. Aufgrund der demografischen Veränderungen wächst die Zahl der Pflegebedürftigen ständig. Es herrscht jedoch schon jetzt ein Mangel an Fachkräften. Eine bessere Bezahlung und eine stärkere Förderung der Ausbildung des Nachwuchses an Pflegerinnen und Pflegern ist daher dringend erforderlich, um dem Rückgang in der Pflegeausbildung entgegenzuwirken. Wir erinnern an die seit Jahren von der SPD-AG 60plus geforderte

- 526 – Schulgeldfreiheit in der Altenpflege.
- 527 – Wiedereinführung der solidarischen Umlagefinanzierung in
528 der Altenpflegeausbildung.
- 529 – Anerkennung der tariflichen Entlohnung in der Altenpflege zur
530 Beendigung der Dumpinglohns Spirale in der Pflegebranche.
- 531 – Anpassung der Pflegesätze an die wesentlich höheren Pflege-
532 sätze in den anderen westdeutschen Bundesländern, um die
533 Abkopplung Niedersachsens von der bundesweiten Entwick-
534 lung zu beenden, damit angemessene Tariflöhne gezahlt wer-
535 den können.
- 536 – Bürokratieabbau durch Überprüfung der Dokumentations-
537 pflichten und effiziente Ausrichtung der Prüfungen des Medi-
538 zinischen Dienstes.

539 **Weiterleitung an:**

- 540 - SPD-Landtagsfraktionen
- 541 - SPD-Landesparteitag
- 542 - SPD-Bundestagsfraktion
- 543 - SPD-Bundesparteitag
- 544 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

547 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

548 **Antrag Nr. S 10**

549 **Antragsteller: UB Oldenburg-Land**

550 **Gleiche Anrechnung von Kindererziehungszeiten**

551
552 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

553
554 Der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems fordert die SPD-Bundestags-
555 fraktion und den Bundesvorstand der SPD auf, sich dafür einzuset-
556 zen, dass bei der Rentenberechnung die ungleiche Anrechnung
557 von Kindererziehungszeiten beseitigt wird, damit auch Müttern
558 für ihre vor 1992 geborenen Kinder nicht nur ein, sondern drei Jah-
559 re angerechnet werden.

560
561 Der Vorschlag der CDU, eine Erhöhung nur um einen Rentenent-
562 geltpunkt vorzunehmen, ist abzulehnen. Ebenso die Finanzierung
563 über die Rentenversicherung. Wir fordern volle Gleichbehandlung
564 und Finanzierung aus dem Steueraufkommen.

565
566 **Begründung:**

567 Durch das unter der Kohl-Regierung am 18. Dezember 1989 be-
568 schlossene Rentenreformgesetz 1992 werden Mütter für ihre ab
569 1992 geborenen Kinder drei Jahre Kindererziehungszeiten ange-
570 rechnet. Bei Müttern, die Kinder vor 1992 geboren haben, wird
571 aber weiterhin nur ein Jahr Kindererziehungszeit berücksichtigt.

572
573 Finanziell bedeutet das: Kind vor 1992 = 28 € – Kind ab 1992 = 84 €
574 monatliche Rente. Diese Ungerechtigkeit wurde bisher in der Öff-
575 fentlichkeit nicht bemerkt, weil bis jetzt kaum von der Verbesse-
576 rung betroffene Mütter in Rente gingen, und somit der Beschluss
577 von 1989 auch keine Kosten verursachte.

578
579 Es kann aber doch nicht sein, dass Mütter, die die Beitragszahler
580 von heute geboren und großgezogen haben, aber wegen damals
581 fehlender Betreuungsinfrastruktur ihre Berufstätigkeit unterbra-
582 chen oder ganz aufgaben, heute bei der Rente schlechter gestellt
583 werden.

584
585 Weiterleitung an:
586 - SPD-Landtagsfraktionen
587 - SPD-Landesparteitag
588 - SPD-Bundestagsfraktion
589 - SPD-Bundesparteitag
590 - andere:

591
592
593

Empfehlung der
Antragskommission:

**Erledigt durch Annahme
von S8**

596 **Antragsteller: UB Oldenburg-Land**

597 **Deutliche Anhebung des Kindergeldes für untere**
598 **Einkommensbezieher**

599
600 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

601
602 Der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems fordert die SPD-Bundestags
603 fraktion auf sich dafür einzusetzen, dass es eine neue Kindergeldre
604 gelung gibt, in der das Kindergeld nach Einkommen gestaffelt wird.

605
606 Kinderzuschlag und Kindergeld werden zusammengefasst
607 Kindbezogene Steuerfreibeträge benachteiligen Geringverdiene
608 und müssen abgeschafft werden. Familien mit niedrigen und klei
609 nen Einkommen sollen dadurch insgesamt mehr erhalten als bisher

610
611 Das Konzept zum Neuen Kindergeld von der stellv. SPD-Partei
612 vorsitzenden Manuela Schwesig wird daher voll unterstützt und
613 sollte schnellstmöglich umgesetzt werden.

614
615
616 **Begründung:**

617 Das Kindergeld muss generell in einem Sozialstaat nach Einkommen
618 gestaffelt werden um bessere Chancengleichheit für alle Kinder zu
619 erhöhen. Daher sind kindbezogene Steuerfreibeträge sozial unge
620 recht und entlasten höhere Einkommen stärker als Bezieher gerin
621 gerer Einkommen.

- 622 Weiterleitung an:
623 - SPD-Landtagsfraktionen
624 - SPD-Landesparteitag
625 - SPD-Bundestagsfraktion
626 - SPD-Bundesparteitag
627 - andere:

628
629
630
631
632
633
634
635
636
637
638
639

Empfehlung der
Antragskommission:

Ablehnung

640 **SPD-BEZIRKSPARTEITAG WESER-EMS 2013**

641 **Antrag Nr. S 12**

642 **Antragsteller: UB Oldenburg-Land**

643 **Anpassung des Hartz IV Satzes**

644
645 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

646
647 Der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems fordert die SPD-Bundestags-
648 fraktion auf sich dafür einzusetzen, dass der sogenannte Hartz-IV-
649 Satz, der definitiv zu niedrig ist, auf zur Zeit 450.-€ monatlich an-
650 gehoben wird. Dementsprechend soll es eine Anhebung für Kinder
651 geben.

652
653
654 **Begründung:**

655 Hartz-IV-Bezieher, die die Arbeitsaufnahme verweigern, unterlie-
656 gen finanziellen Kürzungen, so dass der Hartz-IV-Satz kein Druck-
657 mittel zur schnelleren Arbeitsaufnahme sein muss, sondern Men-
658 schen, die arbeitslos sind solidarische Überbrückung bieten soll.

659
660 Dazu muss der finanzielle Betrag eine Teilhabe am gesellschaftli-
661 chen Leben ermöglichen, was er derzeit nicht erlaubt. Dies wird
662 beispielsweise auch vom AWO-Bundesvorsitzenden Wolfgang
663 Stadler so gesehen. Auch die Grünen-Partei fordert 450,00 € und
664 sollte uns damit nicht links überholen.

665
666 **Weiterleitung an:**

- 667 - SPD-Landtagsfraktionen
- 668 - SPD-Landesparteitag
- 669 - SPD-Bundestagsfraktion
- 670 - SPD-Bundesparteitag
- 671 - andere:

672
673
674
675
676
677
678
679
680
681
682
683
684
685
686

Empfehlung der
Antragskommission:

Ablehnung

688 **Antrag Nr. S 13**

689 **Antragsteller: KV Grafschaft Bentheim**

690 **Entlohnung in der Altenpflege**

691

692 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

693

694 Der Bezirksparteitag fordert die Niedersächsische SPD auf das
695 Thema Pflege, Pflegesätze und Entlohnung in der Altenpflege in
696 einen angemessenen Entwicklungsrahmen zu stellen.

697

698

699 **Begründung:**

700 Niedersachsen hat das niedrigste Pflegesatz-Niveau der westli-
701 chen Bundesländer. Der Satz liegt rund 20% niedriger als im be-
702 nachbarten Nordrhein-Westfalen. Dadurch fehlen den Pflegeheim-
703 en in der Grafschaft Bentheim die Mittel, um die Mitarbeiter und
704 Mitarbeiterinnen auf einem vernünftigen tariflichen Niveau (z.B.
705 TVÖD) zu vergüten. Pflegeheime im angrenzenden Nordrhein-
706 Westfalen können ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen at-
707 traktivere Gehaltsbedingungen bieten und somit gute Nach-
708 wuchskräfte aus der Grafschaft abwerben.

709

710

711 **Weiterleitung an:**

- 712 - SPD-Landtagsfraktionen
- 713 - SPD-Landesparteitag
- 714 - SPD-Bundestagsfraktion
- 715 - SPD-Bundesparteitag
- 716 - andere:

717

718

719

720

721

722

723

724

725

726

727

728

729

730

731

732

733

Empfehlung der
Antragskommission:

**Erledigt durch Annahme
von S9**

735 **Antrag Nr. S 14**

736 **Antragsteller: KV Friesland**

737 **Rente: Gleichbehandlung der Erziehungszeiten für**
738 **vor 1992 geborene Kinder**

739
740 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

741
742 Wir fordern die Gleichbehandlung von Kindererziehungs-
743 zeiten in der Rente für Eltern von Kindern, die vor 1992 gebo-
744 ren wurden.

745
746 **Begründung:**

747 In der Rentenversicherung werden die Eltern benachteiligt,
748 deren Kinder vor 1992 geboren wurden. Sie bekommen je
749 Kind welches sie erzogen haben nur einen Entgeldpunkt an-
750 gerechnet, alle anderen Eltern erhalten drei Entgeldpunkte.
751 Diese Gerechtigkeitslücke muss endlich geschlossen werden
752 und eine Angleichung entsprechend in einem Rentenkonzept
753 übernommen werden.

754
755 Hier ggf. Begründung eingeben.
756 Begründungen sind nicht Bestandteil des
757 Gremiumsbeschlusses!

758
759
760
761 Weiterleitung an:
762 - SPD-Landtagsfraktionen
763 - SPD-Landesparteitag
764 - SPD-Bundestagsfraktion
765 - SPD-Bundesparteitag
766 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

**Erledigt durch die An-
nahme von S8**

SPD-Bezirksparteitag 2013

SI

Sicherheit und Inneres

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

2 **Antrag Nr. SI 1**

3 **Antragsteller: Bezirksvorstand**

4 **Kommunale Handlungsfelder gegen Rechts-**
5 **extremismus**

6
7 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

8
9 Die SPD im Bezirk Weser-Ems macht unmissverständlich klar: An-
10 tisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung
11 werden von uns nicht toleriert!

12
13 Wir wollen Zivilcourage gegen Rechtsextremismus auch und ins-
14 besondere auf kommunaler Ebene fördern. Wir wissen: Der Kampf
15 gegen Rechts ist langfristiger Natur und nicht durch kurzfristigen
16 Aktionismus zu gewinnen.

17
18 Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist dabei be-
19 wusst, dass gegen den harten Kern der gewaltbereiten Rechtsext-
20 remisten Maßnahmen von Jugendarbeit und sozialer Integration
21 allein nicht helfen. Hier muss eine wehrhafte Demokratie Flagge
22 zeigen und mit der ganzen Härte des Gesetzes gegen die braunen
23 Demagogen vorgehen.

24
25 Der Kampf gegen die neuen Nazis bedarf des Engagements aller
26 Demokratinnen und Demokraten. Den Kommunen und zivilgesell-
27 schaftlichen Gruppen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Initiati-
28 ven gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt
29 sowie ein klares öffentliches Eintreten für Vielfalt und Menschen-
30 rechte sind wichtige Signale dafür, dass wir unsere demokrati-
31 schen Werte entschlossen verteidigen.

32
33 Die SPD im Bezirk Weser-Ems wird sich dafür einsetzen, dass die
34 Gemeinden, Städte und Landkreise im Bereich des ehemaligen Re-
35 gierungsbezirkes Weser-Ems den einen oder anderen Vorschlag
36 des folgenden Handlungsprogramms in ihr Engagement gegen
37 Rechtsextremismus einbeziehen:

- 38
39 **1. Eine enge Zusammenarbeit der Kommunen und zivilgesell-**
40 **schaftlichen Organisationen ist von entscheidender Bedeu-**
41 **tung, wenn es darum geht, Rechtsextremismus wirksam zu**
42 **bekämpfen: sie ist unverzichtbar, um die Öffentlichkeit zu in-**
43 **formieren, zu sensibilisieren und gegen Aktivitäten neonazis-**
44 **tische Gruppen und Parteien zu mobilisieren. Und sie ist not-**
45 **wendig, um dem Einfluss von Rechtsextremisten und ihrer**
46 **menschenverachtenden Ideologie durch langfristig angelegte**

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

47 **Strategien den Boden zu entziehen. Die SPD im Bezirk Weser-**
48 **Ems schlägt vor:**

- 49 - Einrichtung von kontinuierlich tagenden „Runden Tischen“
50 gegen Rechtsextremismus, die die Aufgabe haben, den Aus-
51 tausch von Informationen und Erfahrungen zu fördern, Ak-
52 teure und Aktivitäten zu vernetzen und gemeinsame Maß-
53 nahmen zu planen. In diesem Gremium sollten alle relevan-
54 ten gesellschaftlichen Kräfte vertreten sein, zum Beispiel
55 die Kirchen und Religionsgemeinschaften, Vereine und Ver-
56 bände, Unternehmen und Gewerkschaften, die Kreis-,
57 Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung, politische Entschei-
58 dungsträger, die demokratischen Parteien und ihre Jugend-
59 organisationen, Bürgerinitiativen und Schulen, die Medien,
60 die Polizei und die Justiz.
- 61 - Regelmäßige Thematisierung von Rechtsextremismus, Ras-
62 sismus und Antisemitismus in möglichst vielen Institutio-
63 nen und Organisationen im Landkreis, in der Stadt bzw.
64 Gemeinde.
- 65 - Aufbau einer Datensammlung, um die örtliche Situation
66 analysieren und bewerten zu können und auf dieser Grund-
67 lage erreichbare Ziele zu formulieren.
- 68 - Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Exper-
69 ten, überregionalen Institutionen und Organisationen, die
70 durch ihre Erfahrung und ihren Sachverstand bei der Ent-
71 wicklung ortsspezifischer Strategien beratend tätig werden
72 können.
- 73 - Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen für Mitar-
74 beiterinnen und Mitarbeiter der Kreis-, Stadt- bzw. Ge-
75 meindeverwaltung, politische Mandatsträgerinnen und
76 Mandatsträger, zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Ak-
77 teure sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, um
78 über aktuelle Entwicklungen in der rechtsextremistischen
79 Szene und rechtliche Grundlagen zu informieren sowie
80 wirksame Gegenmaßnahmen zu beraten.

81
82 **2. Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die wachsende Be-**
83 **drohung unserer demokratischen Werte durch rechtsextreme**
84 **Gruppen und Parteien ist von herausragendem Stellenwert,**
85 **um ihrem antidemo-kratischen Gedankengut erfolgreich ent-**
86 **gegenzuwirken. Die SPD im Bezirk Weser-Ems schlägt vor:**

- 87
88 - Regelmäßige Durchführung von Veranstaltungen zum „In-
89 ternationalen Tag gegen Rassismus“ am 21. März oder an
90 anderen Gedenktagen wie beispielsweise am Antikriegstag
91 am 1. September, am Tag der Befreiung des Konzentrations-
92 lagers Auschwitz am 27. Januar oder am 9. November zur
93 Erinnerung an die Reichspogromnacht, um die Öffentlich-
94 keit über Ursachen und Folgen des Nationalsozialismus,
95 über Rassismus und Antisemitismus aufzuklären.
- 96 - Verbreitung von Publikationen, die über rechtsextremisti-
97 sche Parteien und Gruppen, ihre ideologischen Grundlagen

- 98 und politischen Ziele informieren, um die Wahrnehmung in
99 der Öffentlichkeit zu fördern.
- 100 - Einrichtung von Runden Tischen oder Diskussionsforen, um
101 mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diesen Themen ins
102 Gespräch zu kommen.
- 103 - Veranstaltung von Lesungen mit bekannten Persönlichkei-
104 ten aus Literatur, Theater, Film und Medien über den Nati-
105 onalsozialismus, seine Rassenideologie und moderne For-
106 men des Rechtsextremismus.
- 107 - Durchführung von Informationsständen, Plakat- und Leser-
108 briefaktionen, Ausstellungen und Demonstrationen.
- 109 - Regelmäßige Veranstaltung eines „Festes der Demokratie“
110 mit einem vielfältigen Informations- und Kulturprogramm.
- 111 - Aufbau einer Adressdatei, um interessierte Bürgerinnen
112 und Bürger über Flugblätter oder E-Mail-Sendungen konti-
113 nuierlich zu informieren und zur Mitwirkung an Aktivitäten
114 einzuladen.
- 115 - Nutzung und Verlinkung bestehender Webseiten zu diesem
116 Themenbereich.

117

118 **3. Eine enge Kooperation mit den Medien ist unerlässliche Vo-**
119 **oraussetzung für eine erfolgversprechende Öffentlichkeitsar-**
120 **beit gegen Rechts-extremismus. Die SPD im Bezirk Weser-Ems**
121 **schlägt vor:**

- 122
- 123 - Kontinuierliche Information der Medien über geplante Ver-
124 anstaltungen, Aktionen und Projekte durch Pressekonfe-
125 renzen, Pressemitteilungen und Hintergrundgespräche.
- 126 - Benennung kompetenter Ansprechpartnerinnen und An-
127 sprechpartner für die Medien.
- 128 - Gewinnung von Medienpartnerinnen und Medienpartner
129 und Nutzung von medialen Plattformen.
- 130 - Einladung an interessierte Redakteurinnen und Redakteure
131 der Printmedien und Lokalsender, an der Planung von Akti-
132 vitäten und ihrer inhaltlichen Gestaltung mitzuwirken.
- 133
- 134 - Angebote zu Interviews mit prominenten Persönlichkeiten,
135 die den Kampf gegen Rechtsextremismus in den Landkrei-
136 sen, Städten und Gemeinden unterstützen.
- 137 - Gründung einer Zeitungswerkstatt, in der Jugendliche ge-
138 meinsam mit Journalistinnen und Journalisten eine Publi-
139 kation zum Thema Rechtsextremismus erstellen.

140

141 **4. Den Bildungseinrichtungen kommt eine besonders wichtige**
142 **Rolle zu, wenn es darum geht, demokratische Werte und de-**
143 **mokratisches Verhalten zu stärken und interkulturelle Ver-**
144 **ständigung zu fördern. Die SPD im Bezirk Weser-Ems schlägt**
145 **vor:**

- 146
- 147 a) Präventionsarbeit an den Schulen

- 148 - Förderung der Menschenrechtsbildung, um Respekt vor der
149 Würde und den gleichen Rechten des anderen ebenso zu
150 stärken wie Demokratie, Toleranz, Nichtdiskriminierung
151 und Gewaltlosigkeit.
152 - Teilnahme am Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit
153 Courage“, um rassistischen Einstellungen und Verhaltens-
154 weisen entgegenzuwirken.
155 - Stiftung eines Preises, der regelmäßig für die besten schuli-
156 schen Initiativen gegen Rechtsextremismus, Rassismus und
157 Diskriminierung vergeben wird.
158 - Durchführung von Veranstaltungen mit Zeitzeuginnen und
159 Zeitzeugen und Besuche von Gedenkstätten, Dokumentati-
160 onszentren und ehemaligen Konzentrationslagern, um die
161 Auseinandersetzung der Schülerinnen und Schüler mit dem
162 Nationalsozialismus zu intensivieren und sie zum Engage-
163 ment gegen menschenverachtende Ideologien zu motivie-
164 ren.
165 - Einrichtung von Workshops, in denen sich die Schülerinnen
166 und Schüler vertieft mit dem Nationalsozialismus und mo-
167 dernen Formen des Rechtsextremismus (z.B. Schulhof-CDs,
168 Musik, Symbolik und Lifestyle), mit Rassismus und Antise-
169 mitismus und mit Beispielen couragierten Handelns in Ge-
170 schichte und Gegenwart befassen.
171 - Informationsveranstaltungen für Schülerinnen und Schüler,
172 Lehrkräfte und Eltern.
- 173 b) Präventionsarbeit an den Einrichtungen der Erwachsenen-
174 bildung
175 - Durchführung von Veranstaltungen und Seminaren zur In-
176 formation über rechtsextremistische Parteien und Gruppen,
177 ihre ideologischen Grundlagen, ihre verfassungsfeindlichen
178 Ziele und ihre politischen Strategien, um dadurch das de-
179 mokratische Bewusstsein zu stärken und gesellschaftliches
180 Engagement zu fördern.

181
182 **5. Der außerschulischen Jugendarbeit ist besonderes Augenmerk**
183 **zu widmen, da sich die rechtsextremistische Szene intensiv**
184 **bemüht, Jugendliche durch vielfältige Freizeitangebote und**
185 **über das Internet im Sinne ihres antidemokratischen, rassisti-**
186 **schen und fremdenfeindlichen Gedankenguts zu beeinflussen**
187 **und für ihre Ziele zu gewinnen. Die SPD im Bezirk Weser-Ems**
188 **schlägt vor:**
189

- 190 - Einrichtung von weiteren örtlichen Jugendparlamenten in
191 den Städten und Gemeinden, um das politische Interesse
192 der Jugendlichen zu fördern und ihnen die Möglichkeit zu
193 geben, demokratisches Verhalten und Handeln einzuüben.
194 - Entwicklung eines vielfältigen, attraktiven und zielgrup-
195 penorientierten Freizeitangebots, um den Aktivitäten der
196 rechtsextremistischen Szene auf diesem Gebiet erfolgver-
197 sprechend entgegenwirken zu können.

- 198 - Durchführung von Veranstaltung und Seminaren, um Ju-
199 gendliche über die Ursachen und Folgen von Rechtsextrem-
200 ismus, Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlich-
201 keit aufzuklären, ihre Auseinandersetzung mit diesen Phä-
202 nomenen zu fördern, demokratische Werte und Normen zu
203 vermitteln und die Bereitschaft zur Zivilcourage zu stärken.
204 - Gestaltung einer präventiven Jugendarbeit mit dem Ziel,
205 das Selbstwertgefühl der Jugendlichen zu stärken, sie zu
206 selbstbestimmtem Handeln zu befähigen, ihr soziales und
207 interkulturelles Lernen zu fördern und gefährdete Jugendli-
208 che zu integrieren.
209 - Durchführung sportlicher Veranstaltungen und internatio-
210 naler Jugendbegegnungen, die besonders geeignet sind,
211 das respektvolle Miteinander von Jugendlichen unter-
212 schiedlicher nationaler, ethnischer, religiöser, kultureller
213 oder sozialer Herkunft zu fördern.

214
215 **6. Die Landkreise, Städte und Gemeinden im ehemaligen Regie-**
216 **ungsbezirk Weser-Ems zeichnen sich durch Toleranz und**
217 **Weltoffenheit aus. Dies ist ein positiver Standortfaktor für die**
218 **Unternehmen, die deshalb auch einen wichtigen Beitrag dazu**
219 **leisten können, um Rechtsextremismus, Rassismus und Frem-**
220 **denfeindlichkeit wirksam zu begegnen. Die SPD im Bezirk We-**
221 **ser-Ems schlägt vor:**

- 222
223 - Öffentliche Auszeichnung von Unternehmen, die die Be-
224 kämpfungen von Rechtsextremismus, Rassismus und
225 Fremdenfeindlichkeit aktiv unterstützen.
226 - Beteiligung von Unternehmen an Runden Tischen sowie an
227 der Planung und Durchführung von Veranstaltungen und
228 Aktionen.
229 - Förderung von Fortbildungsangeboten zum Thema Rechts-
230 extremismus für Firmenangestellte in Kooperation mit Un-
231 ternehmen, Betriebsräten und Gewerkschaften.
232 - Beteiligung von Firmen an Werbemaßnahmen zur Finanzie-
233 rung von Veranstaltungen und Aktionen.

234
235 **7. Das Recht auf Versammlungsfreiheit ist durch das Grundge-**
236 **setz garantiert. Solange eine Partei oder Vereinigung nicht**
237 **verboten ist, kann sie von diesem Recht Gebrauch machen,**
238 **auch wenn es sich dabei um erklärte Feinde der Demokratie**
239 **handelt. Das Bundesverfassungsgericht weist in ständiger**
240 **Rechtsprechung darauf hin, dass die Bürgerinnen und Bürger**
241 **grundsätzlich frei seien, grundlegende Werte der Verfassung**
242 **in Frage zu stellen oder die Änderung tragender Prinzipien zu**
243 **fordern. Gerade in einer demokratischen Gesellschaft muss**
244 **die inhaltliche Auseinandersetzung mit extremistischen politi-**
245 **schen Positionen im Vordergrund stehen. Das Niedersächsi-**
246 **sche Versammlungsgesetz regelt die Handlungsmöglichkeiten**
247 **der Behörden gegen extremistische Versammlungen. Grund-**
248 **sätzlich gilt: Das zuständige Ordnungsamt klärt und bestimmt**
249 **die Rahmenbedingungen der Veranstaltung, hat die Sicherheit**

250 **und Ordnung zu gewährleisten und kann die Veranstaltung**
251 **gegebenenfalls auch verbieten. Die SPD im Bezirk Weser-Ems**
252 **schlägt vor:**

- 253
- 254 - Anwendung aller rechtlichen Handlungsmöglichkeiten ge-
255 gen rechtsextremistische Versammlungen, Veranstaltun-
256 gen oder Aufmärsche durch die zuständigen Ordnungsäm-
257 ter.
 - 258 - Information der zivilgesellschaftlichen Organisationen und
259 der Medien über geplante rechtsextremistische Veranstal-
260 tungen durch die zuständigen Behörden, damit die Öffent-
261 lichkeit sensibilisiert und zu Gegenmaßnahmen mobilisiert
262 werden kann.
 - 263 - Unterstützung und Beratung zivilgesellschaftlicher Grup-
264 pen bei Gegenversammlungen bzw. –veranstaltungen und
265 sonstigen Aktivitäten.

266

267 **8. Rechtsextremistische Kreise bemühen sich intensiv, Immobi-**
268 **lien zu erwerben oder anzumieten, die sie als Rückzugsräume,**
269 **Schulungs-zentren oder Stützpunkte für ihre Aktivitäten nut-**
270 **zen wollen. Die Kommunen haben jedoch rechtliche und poli-**
271 **tische Handlungs-möglichkeiten, um derartige Versuche zu**
272 **vereiteln. Die SPD im Bezirk Weser-Ems schlägt vor:**

- 273
- 274 - Information der Kommunen über rechtliche Handlungs-
275 möglichkeiten durch Experten.
 - 276 - Kooperation der betroffenen Kommunen mit der Landkreis-
277 verwaltung und der Landesregierung, um eine gemeinsame
278 Strategie zu entwickeln.
 - 279 - Erfahrungsaustausch unter betroffenen Städten und Ge-
280 meinden über rechtliche und politische Maßnahmen.
 - 281 - Information der Medien und der zivilgesellschaftlichen Or-
282 ganisationen durch die zuständigen Behörden, um die Öff-
283 fentlichkeit für Protestaktionen mobilisieren zu können.
 - 284 - Motivation von Immobilien- und Gaststättenbesitzern,
285 nicht an rechtsextremistische Gruppierungen zu vermieten
286 oder zu verkaufen.

287

288 **9. Die Förderung der Chancengleichheit trägt dazu bei, in der Öff-**
289 **entlichkeit das Bewusstsein für die Gleichwertigkeit und**
290 **Gleichberechtigung aller Menschen zu stärken. Sie ist damit**
291 **eine wichtige Maßnahme, um jeder Form von Rassismus, Dis-**
292 **kriminierung und Fremdenfeindlichkeit entgegenzuwirken.**
293 **Die SPD im Bezirk Weser-Ems schlägt vor:**

- 294
- 295 - Förderung der Beschäftigung von Personen mit Migrations-
296 hintergrund und aus diskriminierten Gruppen in den Land-
297 kreisverwaltungen sowie in den Verwaltungen der Städte
298 und Gemeinden.

- 299 - Aufnahme von Anti-Diskriminierungs-Bestimmungen in
300 kommunale Verträge und bei der Vergabe von Gewerbeber-
301 laubnissen.
302 - Entwicklung von Leitlinien oder Verhaltenskodizes für
303 kommunale und private Unternehmen, die auf dem Immo-
304 bilienmarkt tätig sind, um Diskriminierungen bei Vermie-
305 tung und Verkauf von Wohnraum zu bekämpfen.
306 - Unterstützung von Personen, die von Diskriminierung be-
307 troffen sind, bei der Suche nach Wohnraum.
308 - Entwicklung von Maßnahmen, um Chancengleichheit beim
309 Zugang zu Bildung und Erziehung sicherzustellen.
310 - Förderung der interkulturellen und der Menschenrechtsbil-
311 dung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Land-
312 kreisverwaltungen sowie die der Stadt- und Gemeindever-
313 waltungen.
314

315 **10. Die Förderung der kulturellen Vielfalt ist unverzichtbar, um**
316 **Rechts-extremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit**
317 **wirksam zu bekämpfen. Sie leistet einen wesentlichen Beitrag**
318 **zum Verständnis der verschiedenen kulturellen Orientierun-**
319 **gen und fördert damit das friedliche Zusammenleben von**
320 **Menschen unterschiedlicher Herkunft und Abstammung. Die**
321 **SPD im Bezirk Weser-Ems schlägt vor:**
322

- 323 - Finanzielle und organisatorische Unterstützung von Veran-
324 staltungen, Projekten und Begegnungsstätten, die die kul-
325 turelle Vielfalt der Bevölkerung repräsentieren und die da-
326 raus resultierende Bereicherung des gesellschaftlichen Le-
327 bens dokumentieren.
328 - Förderung der kulturellen Reichhaltigkeit durch die Gestal-
329 tung eines vielfältigen kommunalen Kulturprogramms.
330 - Veranstaltung von interkulturellen Wochen, um gegensei-
331 tige Akzeptanz und den Dialog zwischen den Kulturen zu
332 fördern.
333 - Benennung öffentlicher Bereiche (z.B. Straßen und Plätze)
334 zur Erinnerung an diskriminierte Personen oder Gruppen
335 bzw. an entsprechende Ereignisse.
336 - Förderung der Herstellung von Filmmaterial oder Doku-
337 mentationen über Bevölkerungsgruppen oder Einzelperso-
338 nen, die von Rassismus, Diskriminierung und Fremdenfein-
339 dlichkeit betroffen sind, um die Bevölkerung zu informieren
340 und zu sensibilisieren.
341
342

343 Weiterleitung an:

- 344 - SPD-Landtagsfraktionen
345 - SPD-Landesparteitag
346 - SPD-Bundestagsfraktion
347 - SPD-Bundesparteitag
348 - andere:
349

351 **Antrag Nr. SI 2**

352 **Antragsteller: KV Osnabrück Land**

353 **Aufgabenänderung und Verselbständigung des**
354 **Standort Bramsche der Landesaufnahmebehörde**
355 **Nds.**

356 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

357 Die SPD Landesregierung, die SPD-Landtagsfraktion und das
358 Innenministerium werden aufgefordert, sich für die Um-
359 wandlung des Standorts Bramsche der Landesaufnahmebe-
360 hörde Niedersachsen zu einem selbständigen „Integrations-
361 und Rückkehrzentrum Niedersachsen“ einzusetzen.

362 Begründung:

363 Im Rahmen der Koalitionsvereinbarung wurde beschlossen,
364 dass eine humanitäre Ausländerpolitik in Niedersachsen be-
365 trieben wird. Darunter fällt auch der Bereich von „Integrati-
366 on“. Dies wäre ohne Weiteres am Standort Bramsche mög-
367 lich, da die hierfür notwendigen Strukturen in Bramsche
368 schon vorhanden sind. Ein Konzept liegt schon vor und könn-
369 te sofort umgesetzt werden. Für eine erfolgreiche Integration
370 ist es notwendig, dass Asylsuchende mit einer oder ohne eine
371 Bleibeperspektive einen Deutschkurs, erste Kenntnisse über
372 Sozialstrukturen und Rechtsform in der Bundesrepublik so-
373 wie Qualifizierungsmaßnahmen z.B. im Bereich Handwerk
374 erhalten. Der Zeitraum sollte wenigstens 3 Monate betragen,
375 damit die Betroffenen, wenn sie dann in die Kommunen ver-
376 teilt werden, sich dort besser orientieren können.

377 Der Bereich Rückkehrer ist ebenso wichtig, da die Betroffe-
378 nen eine Perspektive für ihr Heimatland durch Qualifizie-
379 rungsmaßnahmen erhalten würden und somit auch eine
380 Nachhaltigkeit erreicht wird.

381 Weiterleitung an:

- 382 - SPD-Landtagsfraktionen
- 383 - SPD-Landesparteitag
- 384 - SPD-Bundestagsfraktion
- 385 - SPD-Bundesparteitag
- 386 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

Erledigt durch
aktuelles Regierungshand
eln der Landesregierung:
Die Landesaufnahmestel-
le Bramsche-Hesepe wird
Erstaufnahmelaager

397 **Antrag Nr. SI 3**

398 **Antragsteller: KV Osnabrück-Land**

399 **Abschaffung der Umstellung Sommer / Winterzeit**

400
401 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

402
403 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die Fraktion der Sozial-
404 demokraten im Europäischen Parlament werden aufgefor-
405 dert, die bundes- und europaweite Umstellung der Sommer-
406 auf die Winterzeit wieder abzuschaffen und für einheitliche
407 Zeitenregelung in der EU zu sorgen.

408
409 Begründung:

410 Die offizielle Begründung der Energieeinsparung ist umstritten.
411 „Was die Einsparung in den Haushalten betrifft, so wurde bei-
412 spielsweise 2008 durch Vergleich des Stromverbrauchs von
413 knapp 224.000 Haushalten in Teilen von Indiana, wo die Som-
414 merzeit teilweise erst 2006 eingeführt wurde, festgestellt, dass
415 der Stromverbrauch nach der Umstellung auf die Sommerzeit
416 um ungefähr 1 Prozent anstieg. Das ursprünglich verfolgte Ziel
417 der Energieeinsparung konnte also nicht erreicht werden, viel-
418 mehr fiel die Energiebilanz sogar ungünstig aus, da „geringfü-
419 gige Einsparungen im Frühjahr einem umso stärkeren Strom-
420 verbrauch im Spätsommer und Herbst“ entgegenstanden. Ins-
421 besondere ein erhöhter Heizbedarf in den frühen Morgenstun-
422 den und eine stärkere Nutzung von Klimaanlage an den länge-
423 ren Nachmittagen und warmen Sommerabenden erhöhten ins-
424 gesamt den Energieverbrauch, wofür die Einwohner der unter-
425 suchten Teile Indianas rund 8,6 Millionen US-Dollar pro Jahr
426 mehr zahlten. Die Verfasser berechneten zudem die Kosten der
427 stärkeren Umweltverschmutzung für die Gesellschaft auf jähr-
428 lich 1,6 bis 5,3 Millionen Dollar.“

429 Auch in Deutschland wird laut einer Anfrage der FDP-
430 Bundestagsfraktion im Jahr 2005 keine Energie eingespart.
431 Die damalige Aussage war, man wolle an der Zeitumstellung
432 festhalten, solange die Mitgliedstaaten keine ähnlichen Ab-
433 sichten zeigen würden. 2009 wurde dies erneut abgelehnt,
434 da eine einheitliche Zeitenregelung „für den Binnenmarkt
435 unerlässlich“ sei. Die Anpassung an den neuen Tagesrythmus
436 dauert bei Menschen mehrere Tage, ist gesundheitsschädlich
437 und verringert die Produktivität. Auch Psychologen und Me-
438 diziner haben negative Auswirkungen der Zeitumstellung
439 festgestellt, da diese den Biorythmus beeinflusse oder u.a.
440 auch zu mehr Herzinfarkten führt. Auch aus der Landwirt-
441 schaft ist bekannt, dass Milchkühe ein bis zwei Wochen be-
442 nötigen, um sich an die Umstellung an-zupassen. Ein weite-

Empfehlung der
Antragskommission:

Ablehnung

443 rer Nachteil der Zeitumstellung ist, dass die Uhren zweimal
444 im Jahr umgestellt werden müssen. Entweder – wie im
445 Haushalt – per Hand oder Funk; dies kostet Geld und verur-
446 sacht Fehler, da z.B. einige Betriebssysteme die Uhr nicht au-
447 tomatisch umstellen oder manche Jobs doppelt ausgeführt
448 werden (z.B. zweimal um 2:30 Uhr). Eine Vielzahl von Staaten
449 hat die Zeitumstellung wieder abgeschafft, u.a. im Jahr 2011
450 Russland, Weißrussland und die Türkei. Island besitzt als ein-
451 ziger EU-Mitgliedstaat keine Zeitumstellung. Sollte innerhalb
452 der EU die Zeitumstellung abgeschafft werden, würde dies
453 keinerlei Probleme für den Binnenmarkt bedeuten.
454

455 Weiterleitung an:

- 456 - SPD-Landtagsfraktionen
- 457 - SPD-Landesparteitag
- 458 - SPD-Bundestagsfraktion
- 459 - SPD-Bundesparteitag
- 460 - andere:
- 461
- 462
- 463
- 464
- 465
- 466
- 467
- 468
- 469
- 470
- 471
- 472
- 473
- 474
- 475
- 476
- 477
- 478
- 479
- 480
- 481
- 482
- 483
- 484
- 485
- 486
- 487
- 488
- 489
- 490
- 491
- 492

Empfehlung der
Antragskommission:

494 **Antrag Nr. SI 4**

495 **Antragsteller: UB Aurich**

496 **Frei, schnell, für alle, überall: Zugänge zum Internet**
497 **ausbauen – Netzneutralität bewahren!**

498
499 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

500
501 Das Internet ist die technologische und gesellschaftliche Innovati-
502 on unserer Zeit. Es ist frei und offen für alle - und es hat unser Le-
503 ben und Arbeiten miteinander tiefgreifend verändert und uns al-
504 len dabei neue Formen der Kommunikation und Kooperation er-
505 möglicht. Das Internet ist als Medium mit seiner schier unge-
506 bremsen innovativen Dynamik mittlerweile selbstverständlicher
507 Teil unseres Alltags. Damit diese Erfolgsgeschichte fortgeschrieben
508 werden kann, müssen die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt
509 werden: Der freie und schnelle Zugang zum Netz muss für alle
510 Menschen überall im Land gewährleistet werden. Durch den tech-
511 nologischen Fortschritt werden für Internetdienste und -
512 anwendungen zunehmend höhere Bandbreiten benötigt, da mul-
513 timediale Informations- und Kommunikationsformen im Netz
514 auch höherer Datenvolumina bedingen. Deshalb ist nicht nur der
515 weitere Ausbau der Netzinfrastruktur entscheidend, sondern ins-
516 besondere die Bewahrung eines offenen Systems der Datenbereit-
517 stellung mit einem gleichberechtigten und diskriminierungsfreien
518 Transport von Datenpaketen. Dieser Grundsatz der Netzneutralität
519 ist das Fundament des Internets, so wie wir es kennen. Doch dieser
520 Grundsatz der Netzneutralität gerät inzwischen in Gefahr: Wäh-
521 rend die technischen Möglichkeiten zur Ungleichbehandlung von
522 Datenpaketen bis hin zur Blockade des Zugangs bei den Internet-
523 diensteanbietern schon länger bestehen, unlängst haben Anbieter -
524 so insbesondere die Deutsche Telekom - angekündigt, die Netz-
525 neutralität zugunsten ihrer eigenen Dienste aufgeben zu wollen
526 und sogenannte Flatrate-Angebote einzuschränken. Dabei sollen
527 Mehrvolumenbedarfe und ein priorisierter Datentransport künftig
528 nur gegen höhere Nutzungsentgelte für die Endverbraucherinnen
529 und -verbraucher möglich sein.

530
531 **Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert deshalb:**

- 532 1. dass sich die SPD auf Bundesebene für eine gesetzliche Fest-
533 schreibung der Netzneutralität, insbesondere als Regulierungsziel
534 bei der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes, einzuset-
535 zen und dabei zugleich Inhaltskontrollen der übermittelten Da-
536 tenpakete durch die Internetdiensteanbieter auszuschließen,
537 2. sich die SPD auf Bundesebene dafür einsetzt, dass die Bundes-
538 netzagentur zur Überprüfung dieser gesetzlichen Vorgaben er-

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

539 mächtig wird und zugleich Internetdiensteanbietern eine Informa-
540 tionspflicht gegenüber der Regulierungsbehörde auferlegt wird,
541

542 3. sicherzustellen, dass bei Verstößen gegen die Netzneutralität
543 wirksame Sanktionen gegen die Internetdiensteanbieter greifen
544 und zugleich den Kundinnen und Kunden bei Einschränkungen der
545 Netzneutralität oder der Drosselung oder Beschränkung von als
546 „Flatrate“ gekennzeichneten Dienstverträgen ein Sonderkündi-
547 gungsrecht eingeräumt wird,
548

549 4. die Grundlagen für einen weiteren Ausbau der Internetinfra-
550 struktur – dabei insbesondere den Breitbandausbau im ländlichen
551 Raum - mit dem Ziel einer Universaldienstverpflichtung zu legen
552 und insbesondere im Rahmen der kommenden EU-Förderperiode
553 ressortübergreifend und EU-fondsübergreifend zu unterstützen.
554 Dabei soll sichergestellt werden, dass die Vergabe von staatlichen
555 Mitteln für den Ausbau der Internetinfrastruktur (kabelgebunde-
556 ner Breitbandausbau sowie Ausbau von Funk-Infrastruktur wie LTE
557 und LTE-advanced) an die Verpflichtung zur Einhaltung der Netz-
558 neutralität geknüpft wird,
559

560 5. sich auf europäischer Ebene für eine internationale Verständi-
561 gung zur Sicherung der Netzneutralität einzusetzen und dafür zu
562 sorgen, dass bereits bestehende Beschlüsse konsequenter verfolgt
563 und in nationales Recht umgesetzt werden.
564

565 **Begründung:**
566

567 Die Einhaltung des Grundsatzes der Netzneutralität ist entschei-
568 dend für die weitere Gewährleistung eines offenen und freien
569 Internets, an dem alle Menschen einkommens- und ortsunabhän-
570 gig teilhaben können. Netzneutralität gewährleistet dabei nicht
571 nur eine Gleichberechtigung der Marktchancen von Anbietern,
572 sondern auch den Erhalt von Informations- und Meinungsfreiheit
573 im Netz. Diese Grundlagen können nur gesichert werden, wenn die
574 Netzneutralität im Telekommunikationsrecht gesetzlich verankert
575 und zugleich auf dem Wege des Verbraucherschutzes abgesi-
576 chert wird. Letztlich ist Netzneutralität zugleich auch elementar
577 für die Bewahrung von diskriminierungs- und überwachungsfreier
578 Kommunikation in der modernen Demokratie. Zur Regulierung
579 und Kontrolle einer gesetzlich normierten Netzneutralität liegt es
580 aufgrund der bereits vorliegenden Zuständigkeiten nahe, die Bun-
581 desnetzagentur für den Rechtsvollzug zu betrauen.
582

583 Die Einschränkung der Netzneutralität wird auf Basis von wirt-
584 schaftlichen Interessen vor allem von Internetdiensteanbietern wie
585 der Deutschen Telekom forciert. Damit ergibt sich zugleich ein be-
586 sonderes Problem hinsichtlich des Verbraucherschutzes, da zu-
587 nehmend als „Flatrate“ gekennzeichnete Angebote eingeschränkt
588 werden und tatsächliche diskriminierungsfreie Datenübertragung
589 ohne Volumenbeschränkung nur mit weiteren Mehrentgelten von
590 den Kundinnen und Kunden eingekauft werden kann. Damit ent-

Empfehlung der
Antragskommission:

591 steht für Endverbraucherinnen und -verbraucher eine undurch-
592 sichtige Angebotsdarstellung - dieser muss durch die Schaffung
593 von zusätzlichen und den weiteren Ausbau von vorhandenen Kun-
594 denrechten begegnet werden.

595
596 Entscheidend für Weser-Ems als auch im gesamtem Land ist der
597 weitere Ausbau der Zugänge zum Internet durch einen Ausbau der
598 Netzinfrastruktur. Hierbei muss sichergestellt werden, dass mit
599 staatlichen Mitteln geförderte Investitionen die Netzneutralität
600 zur Voraussetzung haben - dort, wo Steuergelder eingesetzt wer-
601 den, muss für die Bürgerinnen und Bürger auch eine diskriminie-
602 rungsfreie Nutzung der Netzinfrastruktur gewährleistet werden.
603 Noch im Oktober 2011 gab es nach Ansicht der Vertreterinnen und
604 Vertreter der Bundesregierung in der Enquetekommission „Inter-
605 net und digitale Gesellschaft“ in Deutschland keine akute Gefähr-
606 dung der Netzneutralität. Durch den Vorstoß der Deutschen Tele-
607 kom hat sich diese Annahme mittlerweile als falsch herausgestellt.
608 Die Vertreterinnen und Vertreter der Oppositionsfraktionen im
609 Bundestag waren schon damals der Ansicht, dass die Netzneutrali-
610 tät gesetzlich festgeschrieben werden müsse und forderten in ei-
611 nem Sondervotum, einen rechtlichen Rahmen sowohl auf nationa-
612 ler als auch auf internationaler Ebene, mit dem der freie und
613 gleichberechtigte Zugang zum Internet nachhaltig gewährleistet
614 werden solle. Außerdem wurde in diesem Sondervotum festgehal-
615 ten, dass die Netzneutralität in Deutschland explizit zum Regulie-
616 rungsziel erhoben werden müsse. Gleiches gelte für die europäi-
617 sche Ebene, auf der die Kommission bereits 2009 im Rahmen der
618 Reform des EU-Telekommunikationsrechts die Netzneutralität als
619 politisches Ziel und als von den nationalen Regulierungsbehörden
620 zu fördernden Regulierungsgrundsatz vorgegeben hat. Diese be-
621 reits bestehenden Beschlüsse auf EU-Ebene müssen mit mehr En-
622 gagement umgesetzt werden.

- 623
624 Weiterleitung an:
625 - SPD-Landtagsfraktionen
626 - SPD-Landesparteitag
627 - SPD-Bundestagsfraktion
628 - SPD-Bundesparteitag
629 - andere:

630
631
632
633
634
635
636
637
638
639
640
641
642

644 **Antrag Nr. SI 5**

645 **Antragsteller: UB Aurich**

646 **Kein Einsatz von Kampfdrohnen durch die Bundes-**
647 **wehr**

648
649 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

650
651 Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert die Ächtung und ein welt-
652 weites Verbot von Kampfdrohnen;

653
654 Die SPD im Bezirk Weser Ems fordert weiterhin die SPD-
655 Bundestagsfraktion auf, sich strikt gegen die Anschaffung sowie
656 den Einsatz von bewaffneten und kampffähigen unbemannten
657 Luftfahrzeugen (Kampfdrohnen) durch die Bundeswehr oder an-
658 dere deutsche staatliche Institutionen mit entsprechenden Geset-
659 zesinitiativen einzusetzen.

- 660
661
662 Weiterleitung an:
663 - SPD-Landtagsfraktionen
664 - SPD-Landesparteitag
665 - SPD-Bundestagsfraktion
666 - SPD-Bundesparteitag
667 - andere:

668
669
670
671
672
673
674
675
676
677
678
679
680
681
682
683
684
685
686
687
688

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

690 **Antrag Nr. SI 6**

691 **Antragsteller: UB Aurich**

692 **Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz**

693
694 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

695
696 Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert den SPD-Bundesvorstand, die
697 SPD-Bundestagsfraktion sowie die niedersächsische SPD-
698 Landtagsfraktion über eine entsprechende Bundesratsinitiative
699 auf, sich für die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz
700 einzusetzen. Sie unterstützt damit eine Initiative des Aktions-
701 bündnisses Kinderrechte (UNICEF Deutschland, Deutscher Kinder-
702 schutzbund, Deutsches Kinderhilfswerk und die Deutsche Liga für
703 das Kind).

704
705 **Begründung:**

706
707 Nach Ansicht des Aktionsbündnisses Kinderrechte wird der Druck
708 auf die Bundesregierung in dieser Frage immer größer. Zu Beginn
709 des nächsten Jahres behandelt der UN-Kinderrechteausschuss den
710 Staatenbericht der Bundesrepublik Deutschland zur Umsetzung
711 der UN-Kinderrechtskonvention. Es ist damit zu rechnen, dass ein
712 wesentlicher Kritikpunkt des UN-Ausschusses die fehlende verfas-
713 sungsrechtliche Absicherung der Kinderrechte im Grundgesetz
714 sein wird. Zudem führt derzeit die EU-Kommission eine Studie zur
715 Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland durch. Das Aktions-
716 bündnis rechnet auch hier mit einem eher negativen Ergebnis.

717
718 Auch im nationalen Kontext ist der Druck auf die Bundesregierung
719 gewachsen. So hat sich die Sachverständigenkommission des 14.
720 Kinder- und Jugendberichts deutlich für die Aufnahme von Kinder-
721 rechten ins Grundgesetz ausgesprochen. Nach Auffassung der
722 Kommission könnten so Gesetze aus der Perspektive junger Men-
723 schen verabschiedet und das allgemeine Rechtsbewusstsein ver-
724 ändert werden. Dadurch werde der „strukturellen Rücksichtslosig-
725 keit“ entgegengewirkt, mit der nach Meinung der Sachverständi-
726 gen Kinder und Familien konfrontiert seien.

727
728 Das Aktionsbündnis Kinderrechte hat im letzten Jahr einen Formu-
729 lierungsvorschlag für einen neuen Artikel 2a Grundgesetz vorge-
730 legt um klarzustellen, dass Kinder im Wortlaut des Grundgesetzes
731 als Grundrechtsträger anerkannt und mit besonderen Rechten
732 ausgestattet sind. Grundlage für den Vorschlag ist die UN-
733 Kinderrechtskonvention, die in Deutschland seit mehr als 20 Jah-
734 ren gilt.

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

736 Der Formulierungsvorschlag des Aktionsbündnisses Kinderrechte
737 für einen neu zu schaffenden Artikel 2a Grundgesetz hat folgen-
738 den Wortlaut:

739

740 (1) Jedes Kind hat das Recht auf Förderung seiner körperlichen
741 und geistigen Fähigkeiten zur bestmöglichen Entfaltung sei-
742 ner Persönlichkeit.

743 (2) Die staatliche Gemeinschaft achtet, schützt und fördert die
744 Rechte des Kindes. Sie unterstützt die Eltern bei ihrem Erzie-
745 hungsauftrag.

746 (3) Jedes Kind hat das Recht auf Beteiligung in Angelegenheiten,
747 die es betreffen. Seine Meinung ist entsprechend seinem Al-
748 ter und seiner Entwicklung in angemessener Weise zu be-
749 rücksichtigen.

750 (4) Dem Kindeswohl kommt bei allem staatlichen Handeln, das
751 die Rechte und Interessen von Kindern berührt, vorrangige
752 Bedeutung zu.

753

754

755 Weiterleitung an:

756 - SPD-Landtagsfraktionen

757 - SPD-Landesparteitag

758 - SPD-Bundestagsfraktion

759 - SPD-Bundesparteitag

760 - andere:

761

762

763

764

765

766

767

768

769

770

771

772

773

774

775

776

777

778

779

780

781

782

783

784

Empfehlung der
Antragskommission:

785 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

786 **Antrag Nr. SI 7**

787 **Antragsteller: UB Aurich**

788 **Ferientermine entzerren**

789
790 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

791
792 Die SPD im Bezirk Weser-Ems unterstützt die Niedersächsische
793 Landesregierung in ihrem Bemühen, die Ferienzeiten ab 2018, ins-
794 besondere zwischen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen so-
795 wie Bayern und Baden-Württemberg auf einen Korridor von 90
796 Tagen zu entzerren, damit es bei den Ferienzeiten nicht zu großen
797 Überschneidungen kommt.

798
799 **Begründung:**

800 Der Tourismus ist einer der wichtigsten Arbeitgeber in der Region.
801 Arbeitsplätze im Tourismus sind standortgebunden und können
802 nicht verlegt werden. Der Tourismus ist somit ein Standortfaktor,
803 der erheblich zum Wirtschaftswachstum der Region beiträgt.

804
805 Bis 2017 bestehen große Überschneidungen in den Schulferien mit
806 den touristischen Einzugsgebieten, wie beispielsweise Nordrhein-
807 Westfalen, Bayern und Baden-Württemberg. Eine Entzerrung der
808 Schulferienzeiten ab 2018 auf einen Korridor von 90 Tagen würde
809 die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusunternehmen steigern.

810
811
812
813 **Weiterleitung an:**

- 814 - SPD-Landtagsfraktionen
815 - SPD-Landesparteitag
816 - SPD-Bundestagsfraktion
817 - SPD-Bundesparteitag
818 - andere:

819
820
821
822
823
824
825
826
827
828
829
830
831

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

833 **Antrag Nr. SI 8**

834 **Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz**

835 **Wohnungsabzocke stoppen - BestellerInnenprinzip**
836 **einführen**

837
838 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

839
840 Wir fordern die Bundestagsfraktion auf, sich für die Realisierung
841 des BestellerInnenprinzips im Maklervertragsrecht bei der
842 Wohnraumvermittlung einzusetzen.

843 **Begründung:**

844 Das jetzige Maklervertragsrecht ist für die Wohnraumvermitt-
845 lung unzureichend und ungerecht. Ob VermieterInnen oder
846 MieterInnen, VerkäuferInnen oder KäuferInnen den Makler bei
847 Abschluss eines Miet- oder Kaufvertrages bezahlt, richtet sich
848 schlicht nach den Regeln des Marktes. Dies bedeutet in der Pra-
849 xis, dass besonders in nachgefragten Regionen MieterInnen
850 bzw. KäuferInnen die Provisionskosten zu tragen haben. Und
851 zwar ohne, dass sich Wohnungssuchende den Makler bzw die
852 Maklerin aussuchen könnten. Im Gegenteil, diese und deren
853 Preise müssen hingenommen werden, falls die Wohnung oder
854 Haus gefällt.

855 Besonders krasse Auswüchse dieses Systems sind derzeit in
856 deutschen Großstädten zu beobachten. MaklerInnen laden zur
857 Massenbesichtigungen, lassen sich Bewerbungen von Interes-
858 senten geben, suchen den/die Wirtschaftsstärkste heraus und
859 halten die Hand auf. Zwar ist die Maklerprovision (bei der Mie-
860 te) auf 2,38 Nettokaltmieten gedeckelt, doch auch dies bedeutet
861 in vielen Fällen Mehrkosten im vierstelligen Bereich, die bei sol-
862 chen Praktiken nicht nur einfach verdientes Geld sind, sondern
863 auch unnötige Kosten darstellen. Schließlich lassen sich gerade
864 für Wohnraum in gefragten Lagen selbst mit einfachsten Mit-
865 teln wie einer Internet- oder – ganz altmodisch – einer Zei-
866 tungsanzeige viele Interessenten finden, die sich den Wohn-
867 raum leisten wollen und können.

868 Die derzeitige Situation verstärkt Verdrängung von einkom-
869 mensschwachen, teils alteingesessenen MieterInnen zufällig
870 angesagten Stadtteilen leben, sofern diese im Laufe ihres Le-
871 bens gezwungen werden umzuziehen, etwa weil ihr Wohnhaus
872 verkauft, modernisiert und die Mieten um ein mehrfaches er-
873 höht werden. Auch junge Familien, die ein oder zwei Zimmer
874 mehr benötigen, weil die Kinder aus dem Krabbelalter heraus-

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

875 kommen, sehen sich mehr und mehr gezwungen in Standrand-
876 lagen zu ziehen.

877 Wir JungsozialistInnen wollen nicht, dass sich nur einige wenige
878 ein Leben in der Innenstadt leisten können. Bunte, vielfältige
879 Städte brauchen bunte, vielfältige EinwohnerInnen!

880 Sicherlich werden durch die Einführung des Bestellerprinzips
881 nicht alle Probleme der Gentrifizierung gelöst, ein wichtiger
882 Schritt Verhinderung weiterer Verdrängung von Mittel- und Un-
883 terschicht aus den Innenstädten ist es allemal.

884
885

Weiterleitung an:

- 887 - SPD-Landtagsfraktionen
- 888 - SPD-Landesparteitag
- 889 - SPD-Bundestagsfraktion
- 890 - SPD-Bundesparteitag
- 891 - andere:

892
893
894
895
896
897
898
899
900
901
902
903
904
905
906
907
908
909
910
911
912
913
914
915
916
917
918
919
920
921
922
923
924
925

Empfehlung der
Antragskommission:

927 **Antrag Nr. SI 9**

928 **Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz**

929 **Bezüge Bundespräsident**

930
931 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

932
933 Eine Änderung des § 1 BPräsRuhebezG zu unterstützen, dass
934 zukünftige Bundespräsidenten a.D. einen Ruhebezug nur anteilig
935 der Bezüge, die sie während der Amtszeit beziehen, erhalten. Dabei kann
936 zwischen solchen Bundespräsidenten a.D., die das Amt für eine Amtszeit
937 innehatten und solchen, die es für zwei Amtszeiten innehatten unterschieden
938 werden.

939
940 In diesem Zuge soll auch § 2 entsprechend geändert werden.

941
942 Begründung:

943 Der Bundespräsident ist zwar der „erste Bürger im Staat“,
944 aber als solcher eben auch Bürger. Bürger, wie jeder andere
945 auch. Es ist nahezu unmöglich, auch nur einen weiteren Bürger
946 der Bundesrepublik zu finden, der, außer der Bundespräsidenten
947 a.D., nach Eintritt des Rentenalters ein Anrecht oder
948 auch nur die Chance auf die vollen Gehaltsbezüge aus der
949 Zeit der Erwerbstätigkeit hat.

950 Des Weiteren ist das Gesetz über die Ruhebezüge des Bundespräsidenten
951 teleologisch und historisch auszulegen. Legt man die Tatsache zugrunde,
952 dass dieses Gesetz im Jahre 1953 in Kraft getreten ist, so wird schnell
953 deutlich, dass durch den Bundespräsidenten ursprünglich eine an die
954 Demokratie angepasste Institution eines „Ersatzkaisers“ geschaffen
955 werden sollte.

956
957 Das trifft vor allem zu, wenn man die Rechtsstellung des Reichspräsidenten
958 während der Zeit der Weimarer Republik hinzuzieht. Hier ist die sonst
959 sehr übliche Abkehr von der Weimarer Zeit nicht in vollen Zügen
960 bedacht worden

961 Heute wird dem Amt des Bundespräsidenten nach völlig richtiger
962 Ansicht eine Bedeutung zugemessen, die nicht viel anders ist als die
963 der anderen hohen Staatsämter.

964 Bei diesen, ob es der Bundeskanzler, die Bundesminister oder
965 übrige hohe Institutionen des Staates sind, wird eine Rente nur
966 anteilig ausgezahlt. Im Gegensatz dazu übersteigen die Aufgaben,
967 die dem Bundeskanzler zukommen, die des Bundespräsidenten aber
968 erheblich.

969 Gerade deshalb sollte der Bundespräsident auch diesbezüglich
970 keine bessere Stellung genießen.

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

971 Eine Rente in dieser Höhe, die dazu ein Gleiches der Bezüge
972 aus der Amtszeit darstellt, steht heute in keinem Verhältnis
973 mehr.
974 Auch wenn die Ruhebezüge den Bundespräsidenten nach
975 seiner Amtszeit vor der Notwendigkeit und Abhängigkeit von
976 einer Erwerbstätigkeit schützen soll, ist festzustellen, dass -
977 bei der aktuellen Höhe der Bezüge des Bundespräsidenten -
978 dieser Schutz selbst dann noch gewährleistet würde, wenn
979 die Ruhebezüge nur die Hälfte des Betrages der Bezüge aus
980 der Amtszeit ausmachen würden.
981 Das BPräsRuhebezG ist zweifellos veraltet und bedarf drin-
982 gend einer Reform.
983 Entsprechend muss natürlich auch der § 2 geändert werden.
984 Es ist wäre natürlich widersinnig, wenn die Hinterbliebenen
985 eines Bundespräsidenten a.D. nach dessen Tod für drei Mo-
986 nate wieder die vollen Bezüge aus der Amtszeit erhielten.
987 Dieser Sachverhalt muss den Änderungen des § 1
988 BPräsRuhebezG angepasst werden.

989
990
991 Weiterleitung an:
992 - SPD-Landtagsfraktionen
993 - SPD-Landesparteitag
994 - SPD-Bundestagsfraktion
995 - SPD-Bundesparteitag
996 - andere:

997
998
999
1000
1001
1002
1003
1004
1005
1006
1007
1008
1009
1010
1011
1012
1013
1014
1015
1016
1017
1018
1019
1020
1021
1022

Empfehlung der
Antragskommission:

Empty box for the recommendation of the committee.

1023 **SPD-BEZIRKSPARTEITAG WESER-EMS 2013**

1024 **Antrag Nr. SI 10**

1025 **Antragsteller: KV Wilhelmshaven**

1026 **Rentenversorgung Politiker**

1027
1028 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

1029
1030 Die wirtschaftliche Absicherung einschließlich ihrer Altersver-
1031 sorgung hauptberuflicher Abgeordneter nach dem Ausscheiden
1032 aus den Parlamenten ist in Anlehnung an die Sozialversicherung
1033 der Arbeitnehmer zu gestalten. Dabei sind Ergänzungen vorzu-
1034 sehen, die die bisherige unverhältnismäßig bessere Altersver-
1035 sorgung vermieden.

1036
1037 Begründung:

1038 Berufspolitiker müssen in ihrer parlamentarischen Arbeit unab-
1039 hängig sein. Allerdings kann es nicht angehen, dass die Politiker
1040 nach dem Ausscheiden aus dem Parlament wirtschaftlich deut-
1041 lich besser gestellt werden als der durchschnittliche Arbeitneh-
1042 mer.

1043
1044 Das Ansehen der Politiker wird beeinträchtigt, wenn die Alters-
1045 versorgung in der bisherigen Höhe beibehalten wird.

1046
1047
1048 Weiterleitung an:

- 1049 - SPD-Landtagsfraktionen
1050 - SPD-Landesparteitag
1051 - SPD-Bundestagsfraktion
1052 - SPD-Bundesparteitag
1053 - andere:

1054
1055
1056
1057
1058
1059
1060
1061
1062
1063
1064
1065
1066
1067
1068
1069

Empfehlung der
Antragskommission:

Ablehnung

1070
1071
1072
1073
1074
1075
1076
1077
1078
1079
1080
1081
1082
1083
1084
1085
1086
1087
1088
1089
1090
1091
1092
1093
1094
1095
1096
1097
1098
1099
1100
1101
1102
1103
1104
1105
1106
1107
1108
1109
1110
1111
1112
1113
1114
1115
1116

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

Antrag Nr. SI 11

Antragsteller: UB Oldenburg-Land

NPD-Verbot

Der SPD Bezirksparteitag möge beschließen:

Der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich weiterhin im Bundestag um eine Mehrheit für den Antrag zum Verbot der NPD zu bemühen. Auch fürs Ausland wäre es ein starkes Signal, wenn der Bundestag gegen die NPD vorgeht. Der Bundesrat darf nicht mit seinem Antrag vor dem Bundesverfassungsgericht alleingelassen werden. Dass die Bundesregierung sich an dem Verbotsverfahren nicht beteiligt, ist schon ein schlechtes Signal. Im Kampf gegen Rechtsextremismus erwarten wir einen Schulterschluss aller Demokratinnen und Demokraten.

Begründung:

Seit vielen Jahren prangert die SPD-AG 60plus rechtsradikale Umtriebe an, ohne sie erfolgreich bekämpfen zu können.

Es darf nicht sein, dass eine politische Partei, die augenscheinlich weite Teile unserer gesellschaftlichen Grundlage außer Kraft setzen will, für ihr unerträgliches Wirken auch noch über die Parteienfinanzierung Unterstützung bekommt.

Gerade die älteren Seniorinnen und Senioren der AG 60plus, die die Diktatur der Nazizeit mit all ihren Grausamkeiten noch deutlich in Erinnerung haben, mahnen und fordern zugleich, dass alle Demokraten gemeinsam nun endlich ein Verbotsverfahren für die NPD beim Bundesverfassungsgericht einreichen.

Weiterleitung an:

- SPD-Landtagsfraktionen
- SPD-Landesparteitag
- SPD-Bundestagsfraktion
- SPD-Bundesparteitag
- andere:

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

1117 **SPD-BEZIRKSPARTEITAG WESER-EMS 2013**

1118 **Antrag Nr. SI 12**

1119 **Antragsteller: KV Grafschaft Bentheim und Emsland**

1120 **Schließung Nordhorn - Range**

1121
1122 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

1123
1124 Wir fordern die unverzügliche Schließung des Nato-
1125 Bombenabwurf- und Schießplatzes Nordhorn Range im westlichen
1126 Niedersachsen zum nächstmöglichen Zeitpunkt.

1127
1128
1129 Begründung:

1130
1131 Das bisherige Konzept der Bundeswehr sah eine Lastenverteilung
1132 der militärischen Übungen zwischen den Standorten Wittstock,
1133 Siegenburg und Nordhorn vor.

1134
1135 Nach Aufgabe des geplanten Standortes Wittstock im Bundesland
1136 Brandenburg infolge juristischer Niederlagen der Bundeswehr
1137 und der kürzlich erfolgten freiwilligen Schließung des Schießplatzes
1138 Siegenburg im Bundesland Rheinland-Pfalz kann von
1139 einem Gesamtkonzept nicht mehr die Rede sein.

1140
1141 Im Gegenteil, die alleinige Belastung durch Tiefflug, Schießübungen
1142 und Übungsbombenabwürfe trägt nunmehr allein die Region
1143 um Nordhorn in der Grafschaft Bentheim und dem südlichen
1144 Emsland.

1145
1146 Über 150 000 Einwohner der anliegenden Städte wie Lingen,
1147 Schüttofen und Nordhorn, sowie der Gemeinden Wietmarschen
1148 und Engden sind durch Überflüge sogenannte Schießplatzrunden
1149 und Tiefflug direkt und massiv betroffen.

1150
1151 Die Belastungen ergeben sich nicht nur aus dem Lärm sondern
1152 auch aus dem Gefährdungspotenzial von Bombenfehlwürfen und
1153 dem Schießbetrieb.

1154
1155 Insbesondere das KKW Lingen 1 und das Kernkraftwerk Emsland
1156 neben weiteren Industrie- und Chemiebetrieben stellen in der
1157 Nähe der Schießplatzrunden und der Überflugkorridore eine ständige
1158 Bedrohung für Gesundheit und Leben der
1159 Menschen in der Region bei möglichen Flugzeugunfällen/
1160 Abstürzen dar.

1161
1162 Deswegen und weil der Bund sein Verteilungskonzept der Belastungen
1163 einseitig zu Lasten der Region um Nordhorn-Range verän-

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

1164 dert hat, ist es geboten den Schießplatz nunmehr unverzüglich zu
1165 schließen.

1166

1167 Eine einseitige Belastung der Menschen in der Region wird wegen
1168 des bereits über 60 Jahren andauernden militärischen Übungsbe-
1169 triebts für die Zukunft abgelehnt.

1170

1171 Weiterleitung an:

1172 - SPD-Landtagsfraktionen

1173 - SPD-Landesparteitag

1174 - SPD-Bundestagsfraktion

1175 - SPD-Bundesparteitag

1176 - andere:

1177

1178

Empfehlung der
Antragskommission:

SPD-Bezirksparteitag 2013

U

Umwelt

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

2 **Antrag Nr. U1**

3 **Antragsteller: OV Stadland**

4 **Schutz der Bienen**

5
6 Der Bezirksparteitag fordert die Bundestagsfraktion und den
7 niedersächsische Landtagsfraktion auf:

- 8
9 • Sofortige Reduzierung, per Verordnung, des Einsatzes
10 von Insektiziden, Herbiziden und Pestiziden.
11
12 • Einsatz von Insektiziden, Herbiziden und Pestiziden darf
13 nur nachts auf die Felder aufgetragen werden.
14

15 **Begründung:**

16 Die Bienen ist für die Natur, Landwirtschaft und der Ernährung
17 von der Weltbevölkerung eine wichtiges Element. Ohne die Bie-
18 ne kann nur 20 % des Pflanzenbestandes überleben. Die Vielfalt
19 aus Obst und Gemüse, Zierpflanzen usw. ist bedroht.
20

21 In der Vergangenheit sind häufig Bienenvölker auf einmal, ohne
22 Anzeichen von Krankheiten ausgestorben. Wissenschaftlich hat
23 man nachgewiesen, dass das Insektiziden die Völker aussterben
24 lassen.
25

26 Zukünftige sollte der Einsatz von Insektiziden, Herbiziden und
27 Pestiziden verboten werden. Dies ist politisch nicht sofort
28 machbar, deshalb sollte die Reduzierung voran gebracht wer-
29 den. Ebenso das Aussterben der Bienen, indem man die Insekti-
30 ziden nachts einsetzt, weil die Bienen nachts nicht unterwegs
31 sind.
32

33 **Weiterleitung an:**

- 34 - SPD-Landtagsfraktionen
35 - SPD-Landesparteitag
36 - SPD-Bundestagsfraktion
37 - SPD-Bundesparteitag
38 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission:

39
40
41
42
43
44
45
46

48 **Antrag Nr. U 2**

49 **Antragsteller: KV Aurich**

50 **Fracking in sensiblen Bereichen verbieten**

51

52 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

53

54 Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert die Landtags- und Landtags-
55 fraktion auf das Europäische Parlament dahingehend zu unter-
56 stützen, dass Fracking in sensiblen Bereichen wie Trinkwasser-
57 schutzgebieten, Bergbaurevieren oder dicht besiedelten Gegenden
58 komplett verboten wird.

59

60 Darüber hinaus fordert der SPD Bezirk Weser-Ems ein Moratorium
61 zu verhängen, bis die Unbedenklichkeit des hydraulischen Fracking
62 bestätigt ist.

63

64 **Begründung:**

65 Durch Risse in tiefen Gesteinsschichten, die durch geologische
66 Tiefbohrungen und Einpressen von Flüssigkeiten und Chemikalien
67 entstehen, werden Gas und Öl zur Gewinnung freigesetzt. Die Me-
68 thode Fracking ist umstritten, da es durch die chemischen Zusätze
69 sowie mangelnden Vorsichtsmaßnahmen zu Umwelt- und
70 Gesundheitsschäden führen könne. Die Gesundheitsgefahren und
71 Umweltrisiken durch Chemikalienrückständen und ungewollte
72 Freisetzung von radioaktiven Stoffen sowie durch den extrem ho-
73 hen Wasserverbrauch sind nicht zu unterschätzen. Dies könne ne-
74 gative Auswirkungen auf die Boden- und Wasserqualität und so-
75 mit auch auf die Gesundheit der Menschen haben.

76

77

78 Weiterleitung an:

- 79 - SPD-Landtagsfraktionen
80 - SPD-Landesparteitag
81 - SPD-Bundestagsfraktion
82 - SPD-Bundesparteitag
83 - andere:

84

85

86

87

88

89

90

91

92

Empfehlung der
Antragskommission:

94 **Antrag Nr. U 3**

95 **Antragsteller: UB Oldenburg-Land**

96 **Ungebremste Errichtung von Biogasanlagen stop-**
97 **pen – Förderung stoppen**

98
99 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

100
101 Der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems fordert die SPD-Bundestags-
102 fraktion auf, sich dafür einzusetzen, dass bei der Genehmigung
103 von Biogasanlagen die Privilegierung aufgehoben wird.

104
105 **Begründung:**

106 Die übermäßige Genehmigung von Biogasanlagen hat zu erhebli-
107 chen Fehlentwicklungen geführt.

108
109 Für den Betrieb der Anlagen wird vorrangig Mais benötigt. Der da-
110 durch erforderliche Anbau von Maispflanzen führt zu großflächigen
111 Monokulturen die durch Reduzierung der Artenvielfalt und
112 Erosion des Bodens nachhaltig Natur und Kulturlandschaft schädi-
113 gen.

114
115 Durch den enormen Anstieg der Grundstücks- und Pachtpreise ist
116 der traditionellen Landwirtschaft ein wirtschaftliches und konkur-
117 renzfähiges Erzeugen von Lebensmitteln nicht mehr möglich. Es ist
118 ein nicht zu akzeptierender Verdrängungswettbewerb zwischen
119 Landwirtschaft und Energiewirtschaft entstanden, der nicht ge-
120 duldet werden kann.

- 121
122
123 Weiterleitung an:
124 - SPD-Landtagsfraktionen
125 - SPD-Landesparteitag
126 - SPD-Bundestagsfraktion
127 - SPD-Bundesparteitag
128 - andere:

129
130
131
132
133
134
135
136
137
138

Empfehlung der
Antragskommission:

140 **Antrag Nr. U 4**

141 **Antragsteller: KV Emsland**

142 **Generelles Verbot von Fracking**

143
144 Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:
145

146 Der SPD-Bezirk Weser-Ems lehnt mit Nachdruck Fracking bei der
147 Erdgassuche und Erdgasförderung ab. Der SPD Kreisverband
148 Emsland fordert ein generelles Verbot der Fracking-Methode.
149 Dazu gehört eine klarer Genehmigungsstopp auf Landes- und
150 Bundesebene.

151 Außerdem ist zu prüfen, ob das Bergamt für diese Genehmi-
152 gungsverfahren der richtige Partner ist, da dieses häufig im
153 Verborgenen und an den Bürgern vorbei seine Entscheidungen
154 für Investoren trifft. Das Bergamt ist nicht an die üblichen Regu-
155 larien wie UVP oder Bürgerbeteiligung gebunden
156

157 Begründung:

158 Fracking ist eine spezielle Bohrmethode, die unter Einsatz von
159 Chemikalien vorwiegend dazu eingesetzt wird, Gase aus Ge-
160 steinsschichten in großer Tiefe zu fördern. Nach derzeitigen
161 wissenschaftlichen Erkenntnissen ist bei Explorationsmetho-
162 den, (Auffindungsmethode) die auf Basis von „**hydraulic**
163 **fracturing**“, sogenanntem Fracking, beruhen, eine Gefährdung
164 für Erdreich, Wasser und Boden nicht auszuschließen. Denn die
165 Chemikalien, mit denen beim Fracking Erdgas aus dem Boden
166 gelöst werden, könnten ins Trinkwasser gelangen. Bei den Boh-
167 rungen werden Grundwasserschichten durchdrungen- ein Riss
168 in der Bohrleitung und die Chemikalien landen im Wasser.
169 Das mit Chemikalien versetzte Bohrwasser fördert nicht nur die
170 gewünschten Gase sondern je nach Bodenbeschaffenheit auch
171 andere Materien wie z.B. Uran an die Oberfläche. Das Chemika-
172 lien-Wasser, das als Transportmittel dient, und wieder an die
173 Oberfläche gepumpt wird, ist giftig und muss sachgerecht ent-
174 sorgt und gelagert werden. (s. Problem Asse) Wegen der zu be-
175 fürchtenden Umweltauswirkungen gibt es gravierende Vorbe-
176 halte gegen Fracking. Oberstes Gebot muss Sicherheit und
177 Schutz von Mensch und Umwelt sein. Der Schutz des Trink- und
178 Grundwassers als wichtigstes Lebensmittel muss sichergestellt
179 sein und Wissens- und Informationsdefizite beseitigt werden.
180 In diesem Zusammenhang unterstützen die Sozialdemokraten
181 die Arbeit der IG "Schönes Lüne"!
182

- | | |
|----------------------------|----------------------------|
| 183 Weiterleitung an: | 186 SPD-Bundestagsfraktion |
| 184 SPD-Landtagsfraktionen | 187 SPD-Bundesparteitag |
| 185 SPD-Landesparteitag | 188 andere: |

Empfehlung der
Antragskommission:

SPD-Bezirksparteitag 2013

WF

Wirtschaft und Finanzen

1 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

2 **Antrag Nr. WF 1**

3 **Antragssteller: AfA Bezirksvorstand**

4 **ÖPP**

5
6 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

7
8 Die Fraktionen in Bund, Länder und Kommunen sollen bei Erör-
9 terung von Möglichkeiten der Privatisierung bzw. Realisierung
10 von Vorhaben über ÖPP die Einhaltung folgender Grundsätze
11 einfordern:
12

- 13 • Bundesweite verwaltungsrechtliche Umsetzung und prak-
14 tische Anwendung der Empfehlungen, die der Landesrech-
15 nungshof Baden-Württemberg für die Prüfung und Durch-
16 führung von ÖPP formuliert hat.
- 17 • explizite Aufnahme von ÖPP in bereits existierende "Infor-
18 mationsgesetze" auf Länderebene und Schaffung vergleich-
19 barer Gesetze für die Regelung öffentlicher Informations-
20 pflichten und von Informationsrechten der Bürgerinnen
21 und Bürger bei Öffentlichen Projekten in allen Bundeslän-
22 dern
- 23 • Etablierung spezifischer Programme und Verfahren für die
24 langfristigen und systematisch wissenschaftlich -neutrale
25 Evaluierung von ÖPP, wobei auch zu prüfen ist, ob und wie
26 die Privatwirtschaft kostenseitig daran beteiligt werden
27 kann.
- 28 • kurzfristige Aufstockung der Personalressourcen und der
29 Weiterbildungsbudgets der Rechnungshöfe im Bund und
30 Ländern sowie der Kommunalaufsichts-Behörden (Land-
31 kreise, Regierungspräsidenten, Innenministerien der Bun-
32 desländer) für ÖPP -spezifische Prüfung.
- 33 • Stärkung der formalen Mitbestimmung der Beschäftigten
34 und ihrer Interessenvertretung sowie der zuständigen Ge-
35 werkschaften an der politischen und administrativen
36 Entscheidungsprozessen über ÖPP durch geeignete verwal-
37 tungsrechtliche und politische Instrumente.
- 38 • kurzfristige Entwicklung und Erprobung (z.B. in Modellpro-
39 jekten) verbindlicher Verfahren auf Basis Personalräte öf-
40 fentlicher Gebietskörperschaften - jenseits des bereits ge-
41 setzlich geregelten Rahmen- angemessen an der Prüfung
42 von ÖPP-Initiativen sowie na die Vorbereitung, Planung und
43 Kontrolle von ÖPP-Projekten beteiligt werden können, ohne
44 dass dadurch die Wahrnehmung Ihrer originären Aufgabe
45 beeinträchtigt wird.

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

46 Die letztgenannten beiden Punkte gelten in analoger Form
47 auch für zivilgesellschaftliche Umwelt und Verbraucherver-
48 bände.

49
50

51 **Begründung:**

52 In den letzten Jahren haben die Rechnungshöfe der Länder
53 vermehrt massive Kritik an ÖPP-Projekten geübt. So auch im
54 aktuelle Fall für den Ausbau der A7. Sie monieren, dass die Auf-
55 traggeber keine vollständigen und langfristigen Berechnung al-
56 ler Ausgaben vornehmen. Bei exakter Kalkulation kamen die
57 Rechnungshöfe zu deutlich höheren finanziellen Belastung.

58

59 Der Landesrechnungshof Baden-Württemberg hat deshalb Krite-
60 rien für eine Kalkulation formuliert, die zu berücksichtigen sind.

61

62 Darüber hinaus ist festzustellen, dass so genannte öffentlich-
63 private "ÖPP-Kompetenzzentren" wie die "Partnerschaft
64 Deutschland AG" (mit Banken und Bankenverbänden, Bauwirt-
65 schaft, Logistikunternehmen und privaten Beratungsunter-
66 nehmen einerseits sowie Bund, Länder und Kommunen ander-
67 seits als Gesellschafter) zu einseitig von wirtschaftlichen Inte-
68 ressengruppen besetzt sind. In diesen Einrichtungen müssen
69 auch Gewerkschaften, öffentliche Personalvertretungen sowie
70 Verbraucherverbände eingebunden werden.

71

72

73 Weiterleitung an:

- 74 - SPD-Landtagsfraktionen
- 75 - SPD-Landesparteitag
- 76 - SPD-Bundestagsfraktion
- 77 - SPD-Bundesparteitag
- 78 - andere:

79

80

81

82

83 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

84 **Antrag Nr. WF 2**

85 **Antragsteller: OV Stadland**

86 **Die Einführung der kaufmännischen Buchführung**
87 **für das Land Niedersachsen**

88
89 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

90
91 Der Bezirksparteitag fordert die niedersächsische Landtagsfrak-
92 tion auf die Einführung der kaufmännischen Buchführung für
93 das Land Niedersachsen umzusetzen.

94
95
96 **Begründung:**

97 Das Bundesland Hamburg ist bisher das einzige Bundesland mit
98 einem jährlichen Konzernabschluss. Diese Haushaltsführung
99 kann mehr Transparenz in Vermögens- und Kapitalbewegungen
100 aufzeigen. Ebenso Risiken und Chancen bei zukünftigen Pla-
101 nungen besser aufzeichnen. Das Land Niedersachsen hat letztes
102 Jahr die kaufmännische oder doppelte Buchführung für die
103 Kommunen vorgeschrieben.

- 104 Weiterleitung an:
105 - SPD-Landtagsfraktionen
106 - SPD-Landesparteitag
107 - SPD-Bundestagsfraktion
108 - SPD-Bundesparteitag
109 - andere:

110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129

Empfehlung der
Antragskommission:

Ablehnung

131 **Antrag Nr. WF 3**

132 **Antragsteller: KV Osnabrück-Land**

133 **Spekulationen an den Rohstoffmärkten begrenzen**

134
135 **Der SPD-Bezirkspartei möge beschließen:**

136
137 Wir fordern folgende Regulierungsmaßnahmen durchzusetzen:

- 138 - Einführung Wirksamer Positionslimits: Der rein spekulative
- 139 Handel mit Rohstoff-Futures muss begrenzt werden.
- 140 - Institutionelle Anleger wie Versicherungen müssen vom
- 141 Rohstoffgeschäft ausgeschlossen werden. Dies gilt auch für
- 142 den physischen Handel mit Rohstoffen.
- 143 - Publikumsfonds und Zertifikate für Rohstoffe müssen verbo-
- 144 ten werden.

145
146 Begründung:

147 Wird Essen teurer, entsteht Hunger. Finanzmarktspekulationen

148 mit Nahrungsmitteln sind daher unverantwortlich: Durch Wet-

149 ten auf die Preisentwicklung von Agrarrohstoffen wie Mais oder

150 Weizen treiben Investmentbanken die Preise für Nahrungsmit-

151 tel in die Höhe. Sie sind mitschuldig an der Hungerkrise der

152 Welt. Ein Problem, das uns alle angeht: Für die Zockerei im glo-

153 balen Rohstoff-Kasino setzen Banken Geld ein, das wir in Le-

154 bensversicherungen oder Pensionsfonds investieren.

155 Verlierer dieses Spekulationswahnsinns sind die Ärmsten dieser

156 Welt, die nicht über das Einkommen verfügen die gestiegenen

157 Kosten für Weizen, Mais, Kakao etc... ausgleichen zu können.

158 Diese Entwicklung gefährdet zudem das Millenniumsziel der

159 Vereinten Nationen bis 2015 den Anteil der Weltbevölkerung,

160 der unter extremer Armut und Hunger leidet zu halbieren.

161 Verlierer dieser Entwicklung sind auch die Bauern, denen es

162 aufgrund der stark zunehmenden Volatilität an den Märkten

163 immer schwerer fällt vernünftige Preise für ihre Produkte zu

164 kalkulieren oder durch teure Kurs- und Preissicherungsgeschäf-

165 te in Bedrängnis geraten.

166 Weitere Verlierer dieser Entwicklung sind die Volkswirtschaften

167 der G20-Staaten. Durch die Spekulation am Öl-Markt steigt

168 auch hier der Rohstoffpreis. Durch die Verteuerung von Öl, ge-

169 rade als Grundstoff für die chemische Industrie und damit wich-

170 tiger Rohstoff für viele Alltagsprodukte wird es den amerika-

171 nisch/europäischen Staaten schwerer gemacht ihren Wohl-

172 stand zu halten.

173 Den übrigen G20-Staaten wird so erschwert ihre Volkswirt-

174 schaften zu entwickeln und ihren Wohlstand für die einfache

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

175 Bevölkerung zu erhöhen. Dies erhöht tendenziell auch Bil-
176 dung und Einkommen in diesen Staaten und sorgt so gegen
177 Armut, Krankheit und Hunger vor.

178

179

180 Weiterleitung an:

181 - SPD-Landtagsfraktionen

182 - SPD-Landesparteitag

183 - SPD-Bundestagsfraktion

184 - SPD-Bundesparteitag

185 - andere:

186

187

188

190 **Antrag Nr. WF 4**

191 **Antragsteller: UB Aurich**

192 **Managergehälter begrenzen**

193
194 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

195
196 Die SPD im Bezirk Weser-Ems spricht sich dafür aus, dass die Ge-
197 hälter von Managern von Aktiengesellschaften einschließlich der
198 Boni nicht mehr als das 20-fache des Durchschnittsgehalts aller
199 Beschäftigten des Unternehmens betragen dürfen. Sie fordert die
200 SPD-Fraktionen im Niedersächsischen Landtag (Bundesratsinitiati-
201 ve) und im Deutschen Bundestag auf, die notwendigen gesetzge-
202 berischen Schritte in die Wege zu leiten.

203
204 Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert sämtliche sozialdemokrati-
205 schen Aufsichtsratsvertreterinnen und Aufsichtsratsvertreter in
206 den Unternehmen auf, darauf hinzuwirken, dass die Bezüge der
207 Manager die oben genannte Grenze nicht überschreiten bzw. nach
208 Möglichkeit abgesenkt werden. Die eingesparten Bezüge sind zur
209 Sicherung und zum Ausbau von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen
210 des jeweiligen Unternehmens zu verwenden.

- 211
212 Weiterleitung an:
213 - SPD-Landtagsfraktionen
214 - SPD-Landesparteitag
215 - SPD-Bundestagsfraktion
216 - SPD-Bundesparteitag
217 - andere:

218
219
220
221
222
223
224
225
226
227
228
229
230
231
232
233
234
235

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

236 SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

237 **Antrag Nr. WF 5**

238 **Antragsteller: UB Aurich**

239 **Keine Bürgschaften für den Bau von AKW`s**

240
241 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

242
243 Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert die SPD-Bundestagsfraktion
244 und die Regierungen der SPD-geführten Bundesländer auf, sich da-
245 für einzusetzen, dass die Bundesrepublik Deutschland die Vergabe
246 von Bürgschaften für die Errichtung von Kernreaktoren bzw. für
247 den Bau von Atomkraftwerken im Ausland einstellt.

248
249 Weiterleitung an:
250
251 - SPD-Landtagsfraktionen
252 - SPD-Landesparteitag
253 - SPD-Bundestagsfraktion
254 - SPD-Bundesparteitag
255 - andere:

256
257
258
259
260
261
262
263
264
265
266
267
268
269
270
271
272
273
274
275
276
277
278
279
280
281
282
283

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

285 **Antrag Nr. WF 6**

286 **Antragsteller: UB Aurich**

287 **Angemessene Beiträge der Vermögenden zur Bewäl-**
288 **tigung der Finanzkrise**

289
290 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

291
292 Die SPD im Bezirk Weser-Ems fordert mehr Gerechtigkeit bei der
293 Bewältigung der Folgen der Finanzkrise und der Finanzierung der
294 Zukunftsaufgaben des Staates. Die Vermögenden und Spitzenver-
295 diener in der Bundesrepublik Deutschland müssen einen ange-
296 messenen Beitrag zu den Kosten der Bankenkrise, zum Abbau der
297 Staatsverschuldung, zur Finanzierung von Zukunftsaufgaben so-
298 wie zur Verringerung der wachsenden Kluft zwischen Arm und
299 Reich leisten.

300
301 **Deshalb fordert die SPD Weser-Ems:**

302
303 Die Anhebung des Spitzensteuersatzes für Spitzenverdiener.

304
305 Die bis 1991 bestehende Börsenumsatzsteuer und die 1997 ab-
306 geschaffte Vermögenssteuer müssen in zeitgemäßer Form wieder
307 eingeführt werden.

308
309 Die Erhöhung der Erbschaftssteuer beim Vererben großer Vermö-
310 gen.

311
312 Mehr Effizienz im Steuervollzug durch eine bessere personelle
313 Ausstattung von Steuerfahndung und –prüfung.

314
315 Die Abschaffung der Straffreiheit bei der Selbstanzeige von Steu-
316 erhinterziehung großen Stils.

317
318 Die Strafen für Steuervergehen müssen schärfer werden.

319
320 Eine einmalige Vermögensabgabe für Reiche, um den Sozialhaus-
321 halten zusätzliche finanzielle Spielräume zu verschaffen.

322
323
324 Weiterleitung an:
325 - SPD-Landtagsfraktionen
326 - SPD-Landesparteitag
327 - SPD-Bundestagsfraktion
328 - SPD-Bundesparteitag
329 - andere:

330

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

331
332
333
334
335
336
337
338
339
340
341
342
343
344
345
346
347
348
349
350
351
352
353
354
355
356
357
358
359
360
361
362
363
364
365
366
367
368
369
370
371
372
373
374
375
376
377
378

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

Antrag Nr. WF 7

Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

Zukunftsplan Nord-West

Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

Wir fordern die Landesregierung auf, den Aufschwung im Nord-Westen Niedersachsens nachhaltig und zukunftssicher auszubauen. Im Dialog mit den Gewerkschaften, Verbänden und Arbeitgebern sollen das Gewerbe und die Industrie auf eine langfristig gute Entwicklung für die Menschen eingestellt werden.

Dazu fordern wir konkret:

- Einsatz von Fördermitteln des Landes und der EU im Nord-Westen Niedersachsens mit Blick auf nachhaltige Förderung der Wirtschaftskraft und Guter Arbeit.
- Sicherung von guten Arbeitsplätzen durch ein Konzept der Landesregierung mit Blick auf die Erhaltung des nachhaltigen Umbaus der Wirtschaftsstruktur im Bereich erneuerbare Energien.
- Eine konsequente Förderung von On- und Offshore Windkraft. Hier muss der Blick auf Technologieentwicklung und Betrieb entsprechender Anlagen gelegt werden.
- Einen Ausbau der Hafenwirtschaft. Die Bereiche Marketing und Infrastrukturausbau der Häfen sowie die Hinterlandanbindung müssen forciert werden. Ggf. soll das Land in Kooperation mit weiteren staatlichen Ebenen kooperierend fördern.
- Ausbau des nachhaltigen Tourismus. Neue Zielgruppen sollen durch einen barrierefreien Zugang zum Beispiel am Weltnaturerbe Wattenmeer ermöglicht werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Weiterleitung an:

- SPD-Landtagsfraktionen
- SPD-Landesparteitag
- SPD-Bundestagsfraktion
- SPD-Bundesparteitag
- andere:

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

379
380
381
382
383
384
385
386
387
388
389
390
391
392
393
394
395
396
397
398
399
400
401
402
403
404
405
406
407
408
409
410
411
412
413
414
415
416
417
418
419
420
421
422
423
424
425
426

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

Antrag Nr. WF 8

Antragssteller: UB Oldenburg-Land

Spekulationen auf Lebensmittel

Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

Der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems fordert die SPD-Bundestags-fraktion auf sich dafür einzusetzen, dass in den Bundestag eine Gesetzesinitiative eingebracht wird, die Termingeschäfte mit Agrarrohstoffen und damit die Spekulation auf Lebensmittel verbieten soll.

Begründung:

Die Deutsche Bank hat nach einer Unterbrechung erneut als Geschäftsaktivität Termingeschäfte mit Agrarrohstoffen aufgenommen, obwohl Organisationen wie Foodwatch, Oxfam oder auch die UNO-Organisation UNCTAD diese Finanzderivate für den Preisanstieg von Lebensmitteln und somit für die Ausweitung des Hungers in der Welt verantwortlich machen. Das Volumen dieser Finanzgeschäfte ist 20 bis 30 Mal größer als der reale Wert.

Auch der Chef der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) José Graziano da Silva beurteilt diese Derivate als wichtigen Grund für die schwankenden und hohen Preise von Lebensmitteln. Er sieht nur Banken und Hedgefonds nicht aber Produzenten, Käufer und Konsumenten als Profiteure dieser Entwicklung. Commerzbank, Deka-Bank und die Landesbanken haben sich aus diesen Geschäften zurückgezogen.

Diese moralisch höchst verwerflichen Geschäftsaktivitäten, die Profite daraus ziehen, dass Kinder in armen Ländern verhungern, sind wohl mit das Übelste, das Globalisierung und Raubtier-Kapitalismus vielen Menschen auf dieser Welt antun.

Weiterleitung an:

- SPD-Landtagsfraktionen
- SPD-Landesparteitag
- SPD-Bundestagsfraktion
- SPD-Bundesparteitag
- andere:

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Annahme Antrag WF 3

427
428
429
430
431
432
433
434
435
436
437
438
439
440
441
442
443
444
445
446
447
448
449
450
451
452
453
454
455
456
457
458
459
460
461
462
463
464
465
466
467
468
469
470
471
472
473
474
475
476

SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems 2013

Antrag Nr. WF 9

Antragsteller: UB Oldenburg-Land

Änderung des Niedersächsischen Gaststättengesetzes (NGastG)

Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:

Der SPD-Bezirksparteitag Weser-Ems bittet die SPD-Landtagsfraktion sowie den Bezirks- und Landesvorstand der SPD, sich für eine Änderung des Niedersächsischen Gaststättengesetzes einzusetzen. Dabei ist das Ziel zu verfolgen, die bürokratischen Hürden für den ehrenamtlichen Bereich abzubauen.

Begründung:

Seit dem 1. Januar 2012 gilt das Niedersächsische Gaststättengesetz. Insbesondere der § 3 sorgt vor Ort für erhebliche Unruhe. Die örtlichen Vereine, vor allem die vom Finanzamt anerkannten Vereine, Selbsthilfegruppen etc. fühlen sich durch dieses neue Gesetz erheblich benachteiligt.

Gerade in ländlichen Bereichen organisieren diese Vereine mit ihren ehrenamtlichen Helfern Veranstaltungen, die für den sozialen Zusammenhalt des Gemeinwesens unverzichtbar sind!

Auf diesen Veranstaltungen werden auch Speisen und Getränke ausgegeben. Der Erlös kommt dann dem Verein, sehr häufig für die Jugendarbeit oder andere soziale Zwecke zugute.

Durch das Niedersächsische Gaststättengesetz entstehen den Vereinen jetzt Kosten und Verwaltungsaufwand, die in keinem Verhältnis zu dem ehrenamtlichen Einsatz stehen. Wir müssen uns daran erinnern, dass unsere Vereine weitestgehend nur von ehrenamtlichen Kräften organisiert und geführt werden. Sehr häufig finden die Veranstaltungen dann in dem bisher gewohnten Rahmen nicht mehr statt.

Ursprünglich sollte das neue Gesetz entbürokratisierende Wirkung haben. Bei den Vereinen wurde genau das Gegenteil erreicht und sorgt dort für eine zusätzliche Demotivierung.

Die Politik bemüht sich seit Jahren, dass Ehrenamt zu stärken, an dieser Stelle sind die Entscheidungen eher kontraproduktiv gewesen.

Das Niedersächsische Gaststättengesetz bedarf unbedingt einer Klarstellung, wann von der Vorlage der zurzeit geforderten Unterlagen abgesehen werden kann.

Weiterleitung an:

- SPD-Landtagsfraktionen
- SPD-Landesparteitag
- SPD-Bundestagsfraktion
- SPD-Bundesparteitag
- andere:

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

478 **Antrag Nr. WF 10**

479 **Antragsteller: Bezirksvorstand**

480 **Maritimer Koordinator für Europa**

481
482 **Der SPD-Bezirksparteitag möge beschließen:**

483
484 Der SPD-Bezirk Weser-Ems fordert die sozialdemokratischen Frak-
485 tionen in Land, Bund und Europäischem Parlament auf, sich dafür
486 einzusetzen, dass bei der EU-Kommission ein „Maritimer Koordi-
487 nator“ geschaffen wird.

488
489
490 Begründung:

491
492 Ein „Maritimer Koordinator“ wird die Bereiche Schiffbau, Meeres-
493 technik, Seeschifffahrt, Hafenwirtschaft und Fischerei, die die Zu-
494 ständigkeit mehrerer Kommissare betreffen, besser miteinander
495 abstimmen. Ziel muss es sein, den maritimen Standort Europa zu
496 stärken. In der Europäischen Union haben 20 Mitgliedstaaten Zu-
497 gang zum Meer und bilden insgesamt eine europäische Küsten-
498 länge von 68.000 Kilometer, davon entfallen knapp 2.400 Kilome-
499 ter auf Deutschland. Die maritime Wirtschaft erbringt in der EU 3-
500 5% des Bruttoinlandsprodukts. Allein in Deutschland sind rund
501 220.000 Menschen in der maritimen Wirtschaft beschäftigt. Schon
502 heute laufen 90% des interkontinentalen Handels über See; der
503 innereuropäische Handel über Meereswege beträgt 43% und
504 nimmt stetig zu. Jedes Jahr werden mehr als 3,7 Milliarden Tonnen
505 Fracht in EU-Häfen umgeschlagen. Der Seeverkehr ist ein starker
506 Motor der wirtschaftlichen Entwicklung. Er schafft Arbeitsplätze
507 nicht nur zur See, sondern auch an Land. Und das betrifft nicht nur
508 naheliegende Bereiche wie Schiffsbau, -ausstattung, -reparatur
509 oder Hafendienstleistungen, sondern weite Teile des Handelssek-
510 tors.

511
512 Für uns in Weser-Ems ist es besonders wichtig, verschiedene Bran-
513 chen miteinander in Einklang zu bringen, die wichtig für die Ent-
514 wicklung im Nordwesten sind. Wir brauchen eine gute touristische
515 Infrastruktur und ein attraktives Angebot für die Gäste an der
516 Nordseeküste. Zugleich muss sich auch die Industrie weiter positiv
517 entwickeln können und neue Jobs schaffen. Insbesondere die er-
518 neuerbaren Energien bieten hier eine Perspektive, vor allem die
519 Offshore Windkraft. Die Fischereipolitik stellt einen weiteren Be-
520 reich bei der Koordinierung maritimer Interessen dar. Existenzsor-
521 gen haben besonders die Kleinfischer. Dabei schafft die handwerk-
522 liche Küstenfischerei Arbeitsplätze und obendrein ohne Kosten ei-

Empfehlung der
Antragskommission:

Annahme

523 nen kulturellen und touristischen Mehrwert. Sie muss deshalb
524 Vorrang vor der Industriefischerei haben. Damit die Fischerei ins-
525 gesamt Zukunft hat, muss Problemen wie der Überfischung und
526 dem zunehmenden Meeressmüll entschlossener entgegengetreten
527 werden als bisher.

528
529
530

- 531 Weiterleitung an:
- 532 - SPD-Landtagsfraktionen
 - 533 - SPD-Landesparteitag
 - 534 - SPD-Bundestagsfraktion
 - 535 - SPD-Bundesparteitag
 - 536 - andere:

Empfehlung der
Antragskommission: